

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	10
Konsum & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	17
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	27

VERBÄNDE



Thema. Greenwashing	37
DNR intern	38
Aus den Verbänden	38
Ehrenamt	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	42
Neu erschienen	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Nachhaltigkeit in Hochschulen	
Thema: Globales Lernen	

THEMEN DES MONATS

Umweltgeschichte

Gegen die Leisetreteri

In Zeiten ihrer Entpolitisierung muss die Umweltgeschichte wieder über Macht reden

Seite 2

Naturschutzrecht

Der kleinste gemeinsame Nenner

Das neue Bundesnaturschutzgesetz überlässt den Ländern weiter die Gestaltungsmacht

Seite 4

Umwelt und Gesundheit

Lebensqualität als Standortfaktor

Gesundheitsschutz bietet Chancen, aber auch Herausforderungen für Umweltpolitik und -verwaltung

Seite 6

Interview: EU-Umweltpolitik

„Den Markt für die Umwelt nutzen“

Die schwedische Ratspräsidentschaft will die EU auf eine ökoeffiziente Wirtschaft umstellen

Seite 22

SPEZIAL

Bundestagswahl

Seite 29 bis 36

Umweltgeschichte

Gegen die Leisetreteri

In Zeiten ihrer Entpolitisierung muss die Umweltgeschichte wieder über Macht reden

Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein engagiert einen Historiker für die umweltfreundliche Umdeutung seiner Geschichte – einer Geschichte von Umweltzerstörung und Machtpolitik. Umweltgeschichte, die ernst genommen werden will, sollte sich stattdessen selbstbewusst in gegenwartspolitische Debatten einmischen. ■ VON FRANK UEKÖTTER

Das Private ist politisch, lautete ein Slogan der 68er. Inzwischen möchte man das etwas anders formulieren: Alles ist politisch, aber wen kümmert das schon. Die Entpolitisierung ist ein großer Trend unserer Gesellschaft, und sie lässt auch die geisteswissenschaftliche Forschung nicht unberührt. Das Fach des Verfassers, die Umweltgeschichte, ist ein lehrreiches Beispiel. Am Anfang äußerten sich ihre Vertreter explizit politisch, und Aufsätze schlugen mühelos den Bogen von den frühesten Umweltkonflikten wie dem „Freiberger Hüttenrauch“ um 1850 bis zum Waldsterben. Inzwischen macht sich eine Leisetreteri breit: Umweltgeschichte, ja, gerne, aber bitte ohne kantiges politisches Profil. Zum Teil mag das auch ein Lernprozess sein, denn so manche historisch-politische Analogie, die in der Frühzeit der Forschung mit Verve vertreten wurde, erscheint im Rückblick sowohl politisch wie historiografisch arg naiv. Aber ist das die ganze Wahrheit? Eine gewisse politische Windschnittigkeit ist im Kampf um Forschungsmittel und Dauerstellen ja manchmal ein deutliches Plus.

Da freut es eigentlich den Forscher, dass kürzlich der Spiegel zwei Seiten freiräumte, um dem Cottbuser Umwelthistoriker Günter Bayerl Gelegenheit zu einigen Ausführungen zur Geschichte und Zukunft der Braunkohle zu geben. ⁽¹⁾ Weniger erfreulich war, dass es sich nicht um einen redaktionellen Beitrag handelte, sondern um eine Anzeige des Braunkohle-Forums ⁽²⁾, hinter dem der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein steht – übrigens ohne den Vermerk „Anzeige“, der früher, in den guten alten Zeiten, einmal solche Meinungsmache kennzeichnete. Darin erläutert Bayerl, warum die Umweltgeschichte

zum Erhalt, ja zum Ausbau der heimischen Braunkohleindustrie mahne. Man hat sich ja inzwischen daran gewöhnt, dass sich die großen Energiekonzerne einen Stab von internen und externen Experten halten, die bei passenden Gelegenheiten Statements mit voraussagbarem Inhalt produzieren. Aber dass dazu nun auch Umwelthistoriker gehören?

Mythen der Umweltgeschichte

Bevor man sich zu sehr empört, lohnt ein genauer Blick in Bayerls Diskussionsbeitrag. Es ist zum größeren Teil gar kein historischer Beitrag, sondern eine brave Wiederholung der allbekannten standortpolitischen Argumente, und das Wenige, was historisch ist, ist überwiegend falsch. Der Text bietet ein Rendezvous mit den Mythen der Umweltgeschichte: der Entwaldung im Mittelmeerraum durch Griechen und Römer und der Holznot der Frühen Neuzeit. Dabei gibt es seit fast drei Jahrzehnten eine breite Forschungskontroverse über die Holznotdebatte im 18. und 19. Jahrhundert, die zumindest in einer Hinsicht Klarheit gebracht hat: dass die pauschale Behauptung, wonach „ganze Landstriche aufgrund von Rodungen verödeten“, eine von Forstinteressen lancierte Legende ist. Blanker Unsinn ist auch Bayerls Behauptung, der Erfolg der Industrialisierung habe auf einem Energiemix beruht. Das gilt lediglich für die frühe Industrialisierung und auch dort nur mit enormen regionalen Differenzen – um 1900 hing das industrialisierte Deutschland an der Kohle wie der Junkie an der Nadel.

All das ist Lehrbuchwissen, und so drängt sich der Eindruck auf, dass der Forscher aus der Lausitz sein Statement viel-

leicht ganz anders meinte. Möglicherweise war der Artikel ja ein subversiver Versuch, der Braunkohlelobby einen offenkundig absurden Diskussionsbeitrag unterzujubeln, um dann nach Veröffentlichung deren Ignoranz bloßzulegen? Eindrucksvoll belegt Bayerls Wortmeldung, mit welcher Verzweiflung die Braunkohlelobby inzwischen jedes nur irgendwie greifbare Argument instrumentalisiert, ohne dessen Plausibilität auch nur oberflächlich zu prüfen. Wir warten auf ein spektakuläres Coming-out, Herr Bayerl!

Rohstoffgewinnung in Deutschland: Fast schon Kolonialismus

Die Geschichte des deutschen Bergbaus lehrt nämlich zumindest eines: Hier gelten eigene Gesetze. Kein Bereich der deutschen Wirtschaft hat eine so lange Tradition staatlicher Kontrolle und Tätigkeit – aber das führte überhaupt nicht zu einer effektiven Bekämpfung der Umweltschäden. Ganz im Gegenteil: Im Vergleich mit anderen Aufsichtsbehörden erwiesen sich die Bergämter als ausgesprochen lethargische Kontrolleure. Ob es um Staub aus Brikettfabriken oder Zechenkraftwerken ging oder um Kokereiabgase: Die Bergaufsicht fand die Zustände meist gar nicht so schlimm, manchmal sogar dort, wo die Gewerbeaufsicht auf ein Eingreifen drängte. Im Verständnis für die Notwendigkeiten der Industrie ließen sich die Bergbehörden von niemandem übertreffen.

So entstand mit dem Segen des Staates ein merkwürdiger Sonderbereich, eine Art Industrieschutzgebiet, wie es ihn in dieser Form für keinen anderen Industriezweig gab. Im Prinzip war Bergbau die größte Annäherung an Kolonialismus, die sich auf

deutschem Boden finden lässt: Im Kampf um die Rohstoffe, die ferne Metropolen so dringend brauchten, tolerierte man im Ruhrgebiet und anderswo Bedingungen, die man im Rest des Landes niemals akzeptiert hätte. Lang ist die Liste der verzweifelten Klagen über die ökologischen Folgen des Bergbaus – bis hin zum Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der sich so sehr über die Emissionen der rheinischen Braunkohlenindustrie empörte, dass er sich 1930 beim Deutschen Städtetag erkundigte, „ob und mit welchem Erfolge Stadtverwaltungen Prozesse über Rauch- und Rußbelastigung bzw. -schädigung geführt haben“. (3) Es ist also schon ziemlich dreist, wenn Bayerl die heutige Braunkohle als begeisterten Vorkämpfer der Umwelttechnologie feiert und kein Wort über die Vorgeschichte verliert. Einiges spricht dafür, dass die Braunkohle den Schwenk zu Öko-Argumenten erst vollzog, als die traditionelle Hartleibigkeit gesellschaftlich einfach nicht mehr zu vermitteln war.

Wer Großkraftwerke baut, stellt Weichen für Jahrzehnte

Wer über den Bergbau und die Umwelt reden möchte, muss deshalb vor allem über eines reden: Macht. Die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats 1893 markierte den Aufstieg einflussreicher ökonomischer Komplexe, deren Hegemonie manchmal sogar gesetzlich abgesichert war: so etwa beim Kalisyndikat oder bei den Gebietsmonopolen der Elektrizitätskonzerne. Häufig genügte aber schon die Macht der Fakten: Wenn man erst einmal Großkraftwerke in die Braunkohlelandschaft setzte, waren die Weichen auf Jahrzehnte hinaus gestellt. Das Wort „Pfadabhängigkeit“ kommt in Bayerls Beitrag denn auch gar nicht erst vor.

Die über Jahrzehnte nahezu unangefochtene Macht der großen Energiekonzerne darf freilich nicht zu der Annahme verleiten, diese hätten ihre Entwicklung mit überlegener Weitsicht strategisch vorausgeplant. Der Aufstieg der rheinischen Braunkohlenindustrie wirkt eigentlich eher wie ein langsames Abgleiten in Richtung Tieftagebau. Die Planer der 1920er-Jahre

gingen noch von einer ziemlich kurzen Zeit bis zur Erschöpfung der abbauwürdigen Braunkohlereserven aus, und über die riesigen Löcher, die heute in der niederrheinischen Landschaft klaffen, wären die damaligen Vorkämpfer der Braunkohle wohl mächtig erschrocken gewesen. Gut dokumentiert ist der gewundene Weg von RWE zur Atomkraft. Kaum jemand äußerte in den 1960er-Jahren größere Vorbehalte gegen die Kernenergie als jenes Unternehmen, das später zu einem Eckpfeiler des nuklearen Komplexes wurde. Erst um 1968 vollzog RWE eine abrupte Kehrtwende, hinter der ziemlich kurzfristige Kalküle steckten, darunter ein spektakulär gescheiterter Einstieg ins Erdölgeschäft.

Lethargie der Konsumenten

Im Übrigen gilt: Wer von der Energie redet, darf von den Verbrauchern nicht schweigen. Unterschwellig präsentiert Bayerl den Energiebedarf als naturhaft gegebene Größe – ein seit Jahrzehnten beliebter wie durchsichtiger Taschenspielertrick in energiepolitischen Debatten. Nutzen ist aber nicht einfach da, er ist gestaltbar, und er wird gemacht – alles lohnende Themen für kritische Analysen, die übrigens gar nicht einmal zwingend industriekritisch grundiert sein müssen. Die Lethargie der Konsumenten sollten in jeder Geschichte der Energie einen zentralen Platz einnehmen, freilich nicht ohne den Hinweis, dass sie zum Gutteil Wohlstandsphänomene sind. Auch wenn die Vorstellung illusorisch ist: Weniges würde die heutigen Konsumenten wohl so nachhaltig wachrütteln wie der Zwang, wieder zur Holzbeschaffung in den Wald zu gehen, wie es noch vor wenigen Generationen in den Zeiten der Kohlenknappheit üblich war. Der künftige Energiebedarf ist weitaus weniger klar, als die Apologeten der Großkraftwerke uns glauben machen wollen. Die Geschichte der Energieprognosen liefert reiches Anschauungsmaterial dafür, dass sich Nutzen noch schlechter voraussagen lässt als das Wetter der kommenden Wochen.

Am meisten irritiert freilich, wie das Braunkohle-Forum seine Expertenbeiträge bewirbt. „Hier argumentieren unabhän-

gige Experten“, verkünden die Lobbyisten auf ihrer Internetseite. (4) Meinen die das wirklich ernst? Denken die Leute von der Braunkohle tatsächlich, der gemeine Leser sei so naiv zu glauben, dass da ein paar Leute ihre persönlichen Ansichten niederschreiben, die alle ganz zufällig den Interessen der Braunkohle dienen?

Vielleicht sind Lobbyisten ja wirklich so einfältig. Aber vielleicht leben wir auch in schamlosen Zeiten, in denen man mit so etwas durchkommen kann. Gewiss gibt es gute Gründe, nun nicht einfach in die platte Gegenposition zu verfallen und darzulegen, dass die Umweltgeschichte eher zur solaren Revolution als zur Braunkohle mahnt; so einfach sind Lehren der Geschichte nun einmal nicht. Aber ist nicht offenkundig, dass die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts nach Transparenz ruft, nach penibler Überprüfung der Argumente, insbesondere dort, wo sie bestimmten Interessen dienen? Wir brauchen eine Umweltgeschichte, die sich mutig in die gegenwartspolitischen Debatten einmischt, mit Selbstbewusstsein ob ihrer Ergebnisse, aber auch dem Bewusstsein, dass sie bestimmte Dinge nicht liefern kann, ohne sich als Legitimationswissenschaft der einen oder anderen Seite lächerlich zu machen. Und die sich nicht weiter davon beeindrucken lässt, dass man damit vielleicht kein Geld von der Braunkohle bekommt.

Anmerkungen

- ▶ (1) Der Spiegel Nr. 23, 30.05.2009, S. 12–13.
- ▶ (2) Vgl. www.braunkohle-forum.de/104-0
- ▶ (3) Bundesarchiv R 36/1284, Der Oberbürgermeister von Köln an den Deutschen Städtetag, 21.02.1930.
- ▶ (4) Vgl. www.braunkohle-forum.de/60-0

Der Historiker Dr. Frank Uekoetter organisierte 2002 den Kongress „Naturschutz und Nationalsozialismus“. Zurzeit arbeitet er am Deutschen Museum in München zur Wissensgeschichte der Landwirtschaft im 20. Jahrhundert.

Kontakt:
Tel. +49 (0)89 / 14330758,
E-Mail: f.uekoetter@deutsches-museum.de,
www.frank-uekoetter.de



Naturschutzrecht

Der kleinste gemeinsame Nenner

Das neue Bundesnaturschutzgesetz überlässt den Ländern auch weiter die Gestaltungsmacht

Begleitet von vielen Konflikten ist ein neues Bundesnaturschutzgesetz entstanden. Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches konnte sich die Koalition nur auf den Minimalkonsens einigen. Die Länder dürfen weiter in großem Umfang eigene Regelungen erlassen. Zugeständnisse machte der Bund auch bei Agrarflächen, Eingriffsregelung und Vertragsnaturschutz. Doch es hätte noch schlimmer kommen können. ■ VON CORNELIA NICKLAS UND ULRICH STÖCKER, DUH

Ein neues Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) mit der Zustimmung möglichst vieler Beteiligten zu schaffen, war sicher keine leichte Aufgabe. Am 19. Juni hat der Bundestag es verabschiedet. Das Gesetz ist auf der Grundlage der Föderalismusreform entstanden und sollte die geltenden Rahmenregelungen des Bundes durch Vollregelungen ersetzen. Von dieser Möglichkeit hat der Bund mit dem vorliegenden Gesetz aber kaum Gebrauch gemacht. Statt präziser Vollregelungen im Sinne eines einheitlichen, vollzugsfähigen Naturschutzrechts hat sich der Bundesgesetzgeber für ein Regelwerk entschieden, das in zentralen Punkten nicht weit genug reicht, um einen progressiven Schutz von Natur und Biodiversität zu gewährleisten.

Einzelgesetze statt Umweltgesetzbuch

Das Gesetzgebungsverfahren war von vornherein ein zähes Ringen. Bereits vor dem Erscheinen des ersten Referentenentwurfs zum Umweltgesetzbuch (UGB) im November 2007 versuchten sich die beteiligten Fachreferate aus dem Bundesumweltministerium mit KollegInnen aus den Umweltressorts der Länder auf einvernehmliche Regelungen im Naturschutzrecht zu verständigen, um Widerständen im Verfahren selbst vorzubeugen. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich freilich ab, dass einige Länder nicht ein progressives Bundesrecht zum Schutz von Natur und Biodiversität im Sinn hatten, sondern das Naturschutzrecht zum Teil sogar abschwächen wollten. Zu einer einvernehmlichen Lösung kam es nicht, die Konflikte verschärften sich vielmehr

im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens. Nach dem Scheitern des UGB setzten sich die Konflikte im Gesetzgebungsverfahren zu dem im Frühjahr dieses Jahres als Einzelgesetz auf den Weg gebrachten Bundesnaturschutzgesetz fort.

Großer Zeitdruck, doch Länder bremsen

Für besondere Brisanz sorgte der knappe Zeitrahmen, der dem Bund bis zum Ende der Legislaturperiode zur Verfügung stand. Obschon das Gesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates bedurfte, hätte der Bundesrat durch eine Anrufung des Vermittlungsausschusses das Gesetz in dieser Legislatur durch zeitliche Verzögerungen scheitern lassen können. Den Ländern kam auf diese Weise ein nicht ganz unerhebliches Machtpotenzial zu. Denn wenn es dem Bund nicht gelungen wäre, ein Bundesnaturschutzgesetz vor Ende der Legislaturperiode zu verabschieden, hätten die Länder ab dem 1. Januar 2010 ohne einen bundesgesetzlichen Rahmen einen noch viel größeren Spielraum gehabt, um eigene Landesgesetze zu schaffen. Mit dem beschlossenen Bundesgesetz ist dieser Spielraum nun beschränkt auf die Teile der Gesetzgebung, die einer Abweichung zugänglich sind. Nicht dazu gehören die im Grundgesetz so bezeichneten „allgemeinen Grundsätze des Naturschutzes“ sowie das Artenschutzrecht und der Meeresnaturschutz.

Zugeständnisse bei der Eingriffsregelung

Infolge des hohen Zeitdrucks machte die Große Koalition im Bund eine Reihe von Zugeständnissen gegenüber den noch wei-

Eingriffe in die Natur

„Eingriffe in Natur und Landschaft (...) sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Die land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung ist nicht als Eingriff anzusehen, soweit dabei die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden. (...)“

(Neues Bundesnaturschutzgesetz, § 14)

tergehenden Forderungen des Bundesrates. Das wohl prominenteste Beispiel ist die sogenannte Eingriffsregelung, die ein zentrales Prinzip des deutschen Naturschutzrechtes darstellt. Die Regelung stellt sicher, dass derjenige, der schützenswerte Flächen in Anspruch nimmt, diese vorrangig an anderer Stelle real wieder ausgleichen muss (Realkompensation). Dabei hatte der gleichartige Ausgleich in naturräumlicher Beziehung zum Eingriff Vorrang vor dem lediglich „gleichwertigen“ Ersatz, der auch in einem anderen Natur- und Landschaftsraum durchgeführt werden konnte. Dieser Vorrang wird nun aufgehoben. Es steht zu befürchten, dass dadurch mehr Eingriffe zugelassen werden und infolgedessen wichtige Lebensräume verloren gehen.

Außerdem ist die Eingriffsregelung um eine Klausel zugunsten der Landwirtschaft erweitert worden, nach der bei der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher

Flächen als Ausgleichs- und Ersatzflächen auf „agrarstrukturelle Belange“ Rücksicht zu nehmen ist. Insbesondere sind für die landwirtschaftliche Nutzung besonders geeignete Böden nur „im notwendigen Umfang“ in Anspruch zu nehmen und vorrangig andere Maßnahmen zu prüfen.

Klausel auf Kosten des Naturschutzes

Die Regelung lässt dabei offen, was genau unter agrarstrukturellen Belangen zu verstehen ist, und birgt insofern die Gefahr, unkontrolliert ausgedehnt zu werden. Ferner ist zu befürchten, dass die Real-kompensation leichter als bisher Ersatzzahlungen weichen wird. Zwar benennt die Regelung Alternativen zur Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen. Unklar ist aber, ob diese Maßnahmen zur Kompensation des Eingriffs ausreichen. Ein erleichteter Einstieg in die Ersatzzahlung würde die naturschutzrechtliche Abwägung in der Praxis noch weiter schwächen. Die Folge wäre, dass es bei unvermeidbaren Beeinträchtigungen nie bis zur Unzulässigkeit eines Eingriffs käme – geschweige denn zu einer Reduzierung des Verbrauchs ökologisch wertvoller Flächen. Hinzu kommt, dass es schon heute schwierig ist, nur auf der Grundlage von Ersatzzahlungen ökologisch wertvolle Flächen zu sichern. Die Klausel trägt folglich zum Flächensparen bei, dies aber auf Kosten des Naturschutzes und zugunsten

der Landwirtschaft. Nicht zuletzt ist zu bemängeln, dass die Eingriffsregelung nur in ihrem Kernbestand vor Änderungen durch die Länder geschützt ist, nicht aber in ihren weiteren Grundzügen. So ist beispielsweise das, was unter einem Eingriff zu verstehen ist, ebenso wenig abweichungsfest geregelt wie die mehrstufige „Prüfkaskade“ bis hin zur Abwägung.

Fortschrittlichere Pläne wurden gestoppt

Bei den Regelungen zu Nationalparks haben Bundesrat und Bundestag ausgerechnet im Jahr vor der nächsten UN-Vertragsstaatenkonferenz zu der Konvention über die Biologische Vielfalt (CBD) im Herbst 2010, die unter anderem die Umsetzung des Weltschutzgebietsprogramms behandeln soll, zwei begrüßenswerte Neuregelungen wieder aus dem Regierungsentwurf gestrichen: die rechtsverbindliche Bestimmung der Voraussetzungen für die Ausweisung von Nationalparks sowie die Erweiterung des Anteils der sogenannten Prozessschutzfläche, auf der ein möglichst ungestörter Ablauf der Naturvorgänge in ihrer natürlichen Dynamik zu gewährleisten ist, auf die international anerkannten 75 Prozent.

Auch der beschlossene Vorrang des Vertragsnaturschutzes sieht sich – nicht nur wegen seines hohen Verwaltungsaufwandes – erheblichen Bedenken ausgesetzt. Bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege soll zukünftig „vorrangig“ geprüft werden, ob der Zweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann. Der Vertragsnaturschutz hat zwar eine hohe praktische Bedeutung. Er bietet jedoch keine mit hoheitlichen Maßnahmen vergleichbare Drittschutzwirkung, begründet also keine Rechte für Nicht-Vertragspartner. Vertragliche Vereinbarungen bleiben weitgehend der Gestaltungsfreiheit der Vertragspartner überlassen; ob und welche Kontrollmechanismen vereinbart werden, bleibt offen. Außerdem bietet der Vertragsnaturschutz keinen dauerhaften Schutz für ein Gebiet, da die Vertragspartner die Vereinbarung jederzeit kündigen können.

Prozessschutz

Die internationalen Richtlinien der Weltnaturschutzunion IUCN zu Nationalparks – dort Schutzgebiete der Kategorie II genannt – verlangen für drei Viertel der Schutzfläche Prozessschutz: In die natürlichen Prozesse und die Dynamik des Ökosystems darf nicht eingegriffen werden. Das „Nichtstun“ lässt zu, dass Sturm, Insektenbefall, Brände oder ähnliches den Bestand auf natürliche Weise beeinflussen. [jg]

Progressiv sieht anders aus

Die Liste an Beispielen ließe sich beliebig fortsetzen. Zusammenfassend ist festzuhalten: Das beschlossene Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege stellt den kleinsten gemeinsamen Nenner dar. Es enthält weder die für einen progressiven Schutz von Natur und Biodiversität erforderlichen präzisen Vollregelungen noch legt es das erforderliche Maß an abweichungsfesten Regelungen fest, die einer Änderung durch die Länder nicht mehr zugänglich sind.

Dennoch ist das neue Bundesnaturschutzgesetz zu begrüßen. Das Chaos von landesrechtlichen Regelungen, das ab 2010 ohne eine bundesweite Regelung entstanden wäre, wäre sicherlich größer gewesen. Ziel muss es indes weiterhin bleiben, ein Naturschutzrecht auf Bundesebene durchzusetzen, das Ansprüchen an Einheitlichkeit und Vollzugsfähigkeit genügt.

Vertragsnaturschutz

Eine Naturschutzbehörde schließt mit Grundstücksbesitzern wie Landwirten gegen Bezahlung einen Vertrag über eine freiwillige Nutzungsvereinbarung für ein bestimmtes Gebiet ab. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach der Art der Leistung zugunsten von Natur und Landschaft, die ökologisch oder landschaftsästhetisch sein kann. Darunter fällt zum Beispiel das Mähen oder das Beweiden von Wiesen zu festgesetzten Zeiten oder der Verzicht auf Düngemittel. [jg]

Die JuristInnen Cornelia Nicklas und Ulrich Stöcker sind als Leiterin Recht und Leiter Naturschutz bei der Deutschen Umwelthilfe in Berlin tätig.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
2400867-0, Fax -19,
E-Mail: nicklas@duh.de,
stoecker@duh.de,
www.duh.de



Umwelt und Gesundheit

Lebensqualität als Standortfaktor

Gesundheitsschutz bietet Chancen, aber auch Herausforderungen für Umweltpolitik und -verwaltung

Umweltbezogener Gesundheitsschutz hat für eine nachhaltige Entwicklung besondere Bedeutung. Ihn durchzusetzen erfordert die Kooperation zwischen verschiedenen Fach- und Politikebenen. Nordrhein-Westfalen hat als einziges Bundesland ein Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit entwickelt. ■ VON DIANA HEIN, UMWELTMINISTERIUM NRW

Umweltschutz ist vorsorgender Gesundheitsschutz. Das ist für Umweltpolitik und Umweltverwaltungen selbstverständlicher Grundsatz des Handelns. Viele Grenz- und Zielwerte im Umweltrecht stellen den Schutz menschlicher Gesundheit vor schädlichen Einwirkungen in den Mittelpunkt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat mit der 1989 verabschiedeten Charta Umwelt und Gesundheit den Anspruch jedes Menschen „auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht“, einen Prozess der Stärkung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes angestoßen. Inzwischen sind in allen 54 europäischen WHO-Mitgliedstaaten nationale Aktionsprogramme Umwelt und Gesundheit umgesetzt worden. Die Bundesregierung stellte ihr Aktionsprogramm für Umwelt und Gesundheit (APUG) 1999 vor. Auch die EU-Kommission hat mit ihrem Aktionsplan für Umwelt und Gesundheit 2004–2010 diese Initiative aufgegriffen. Die Zusammenhänge zwischen Umwelteinflüssen und potenziellen Gesundheitsbeeinträchtigungen werden immer klarer und inzwischen auch über die Fachwelt hinaus wahrgenommen. Das eröffnet die Chance, eine breitere Öffentlichkeit für diese Zusammenhänge zu sensibilisieren und mehr Menschen zu Verhaltensänderungen zu bewegen.

Luftreinhaltung und Lärminderung

Auf die Erfordernisse des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes müssen sich auch Politik, Verwaltung und Wirtschaft einstellen. Ein Beispiel dafür sind die Anstrengungen, die in allen europäischen Regionen unternommen werden, um die

gesundheitsbezogenen Luftqualitätsstandards einzuhalten. Die Umsetzung der EU-Richtlinien zu Luftqualität und Umgebungslärm ist aktuell ein Schwerpunkt in den Mitgliedstaaten. Beide Richtlinien orientieren sich am Gedanken des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung. Während die Luftqualitätsrichtlinie von sehr anspruchsvollen Grenzwerten und eng gesetzten Fristen gekennzeichnet ist, verzichtet die Umgebungslärmrichtlinie auf Grenzwerte. Klar geregelt sind hier insbesondere die Verpflichtungen zur Kartierung von Lärmbelastungen. Bei der Zieldefinition sind den Mitgliedstaaten mehr Gestaltungsmöglichkeiten gegeben als bei der Luftqualität.

Beide Richtlinien erzeugen besonders in Ballungsräumen einen hohen Handlungsdruck. Der motorisierte Straßenverkehr ist eine wichtige Ursache für die Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub (PM 10) und Stickstoffdioxid (NO₂) und Hauptgrund für die jetzt durch die Lärmkarten überall bekannten Belastungsschwerpunkte.

Chancen für eine andere Mobilität

Eine wichtige Rolle kommt Politik und Verwaltung zu, durch geeignete Maßnahmen und Rahmenbedingungen die Belastung zu senken. Andererseits gibt es natürlich auch individuelle Handlungsmöglichkeiten – besonders bei der Entscheidung über das eigene Mobilitätsverhalten.

Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung zunehmend besorgt über die Umweltqualität und die Zukunft gesunder Lebensverhältnisse ist. Dieser Umstand, verbunden mit der erforderlichen Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Maßnahmen, ist eine Chance für ein Umdenken beim Thema

Mobilität. Der Gesundheitsaspekt kann hier weiter unterstützend wirken – denn Mobilität mit Muskelkraft ist nicht nur ein positiver Beitrag zur eigenen Gesundheit, sondern reduziert auch die Belastung anderer.

Aktionsprogramm auf Landesebene

Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen hat als bisher einziges Bundesland die Idee der Aktionsprogramme Umwelt und Gesundheit aufgegriffen und den internationalen und europäischen Ansatz auf die Ebene einer Region übertragen. Der aktuelle Themenschwerpunkt ist Verkehr, Umwelt und Gesundheit. Der bisherige Fokus auf die fachliche Unterstützung der lokalen Aktivitäten – besonders bei der Umsetzung von EU-Richtlinien zur Luftqualität und Umgebungslärm sowie bei entsprechenden Planungsverfahren – soll zukünftig um die Themenbereiche Mobilitätsmanagement und Stadtentwicklung erweitert werden.⁽¹⁾

Diese inhaltlichen Ausrichtungen ergänzen das Bundes-APUG, das aktuell besonders den Aspekt der sozialräumlichen Verteilung von umweltbedingten Gesundheitsbeeinträchtigungen betrachtet.⁽²⁾ Dieses Thema wird nach Expertenmeinung immer mehr an Bedeutung gewinnen, nicht zuletzt deshalb, weil die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise die sozialen Unterschiede verstärken wird.

Aber auch demografischer Wandel und weitere gesamtgesellschaftlich relevante Entwicklungen wie zum Beispiel der Klimawandel und der globale Wettbewerb werden die Bedeutung umweltgerechter und gesundheitsverträglicher Lebensver-

hältnisse künftig noch stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Wahrnehmung rücken.

Vorausschauen, vorsorgen, kooperieren

Die Erfahrungen mit dem APUG Nordrhein-Westfalen zeigen, dass eine Kooperation aller betroffenen Bereiche von Anfang an notwendig ist, um Verbesserungen im umweltbezogenen Gesundheitsschutz zu erreichen. Das bedeutet zunächst Barrieren zu überwinden, die sich aus Ressortdenken, Zuständigkeiten und unterschiedlichen Fachsprachen ergeben. Das kann am Beispiel von Planungsverfahren sehr gut verdeutlicht werden. Denn vorausschauende und vorsorgende Planungen sind eine wichtige Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Dabei kommt Umwelt- und Gesundheitsbelangen eine besondere Bedeutung zu. APUG NRW hat dieses Thema im Rahmen von zwei Projekten über die Strukturen der Zusammenarbeit der kommunalen Verwaltung aufgegriffen. Hier wird gezeigt, wie Umwelt- und Gesundheitsbelange mit möglichst geringem Aufwand in Planungsverfahren eingebracht und berücksichtigt werden können. Eine Empfehlung daraus ist die Verdeutlichung der Synergieeffekte von Umwelt und Gesundheit als Argument für politische Entscheidungsprozesse. Der

kommunalbezogene projektorientierte Ansatz des APUG NRW, der Vorschläge und Fragestellungen aus der Praxis aufnimmt, hat sich bewährt und kann auch neuen Initiativen und Netzwerken empfohlen werden.

Auf den lokalen Ansatz kommt es an

Die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit werden auf lokaler Ebene besonders deutlich. Menschen nehmen ihre unmittelbare Umgebung sehr intensiv wahr. Sie fühlen sich vom Verkehrslärm gestört, machen sich Sorgen um die schädlichen Auswirkungen von Luftschadstoffen, freuen sich über mehr Grün im Straßenraum und eine Stadtplanung, die Älteren und Kindern Mobilität ohne fremde Hilfe ermöglicht. Die Stadt der kurzen Wege, in der die wichtigsten Ziele auch ohne Auto erreichbar sind, erleichtert vor allem Senioren und Familien mit kleinen Kindern die aktive Teilnahme am sozialen Leben. Aktionsprogramme Umwelt und Gesundheit können hier Unterstützung geben. Insbesondere regionale und lokale Ansätze ermöglichen die frühzeitige Erkennung von Entwicklungen und eine einfachere Zusammenarbeit der verschiedenen Entscheidungsbereiche.

Erkenntnisse aus Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren können helfen, die Lö-

sungen von Problemen sachgerechter zu gestalten und die Akzeptanz zu erhöhen. Umweltgerechte und gesundheitsverträgliche Lebensbedingungen bilden die Basis für Wohlbefinden und Lebensqualität der Menschen und sind zugleich Standort- und Wirtschaftsfaktor vor allem in den Ballungsräumen. Diese Aspekte werden auch bei der vierten Forumsveranstaltung des APUG NRW am 30. September in Düsseldorf diskutiert.⁽³⁾

Quellen und weitere Informationen

- (1) MUNLV NRW (Hrsg.): Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit NRW – Ergebnisse 2002-2007. Düsseldorf 2008
- (2) Umweltbundesamt (Hrsg.): Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Studie zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastung – Deutschland. Berlin 2009-07-02
- (3) Das Programm wird in Kürze unter www.apug.nrw.de verfügbar sein. Interessierte können sich schon jetzt unter apug-forum2009@munlv.nrw.de registrieren lassen.

Diana Hein ist Chemikerin mit langjähriger Erfahrung in verschiedenen Bereichen der Umweltverwaltung. Als stellvertretende Abteilungsleiterin im Umweltministerium Nordrhein-Westfalen ist sie unter anderem für das APUG verantwortlich.



Kontakt: Tel. +49 (0)211 / 4566-589, E-Mail: diana.hein@munlv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de
www.apug.nrw.de

Nachhaltigkeit

A-Z



Grünzonen
einer Lerngemeinschaft
Umweltschutz als Handlungs-, Wirkungs-
und Lebensort der Kirche

S wie Schöpfungsverantwortung

Die »ökologische Frage« verlangt nicht nur der Politik, sondern allen zivilgesellschaftlichen Akteur(inn)en neue Überlegungen ab. Gerade die katholische Kirche steht hier als weltweit größte Religionsgemeinschaft in einer besonderen Verantwortung. Der Politikwissenschaftler und Philologe Thorsten Philipp zeigt auf, welchen Stellenwert ökologische Fragen im Gefüge christlicher Sozialverkündigung einnehmen und welche Antworten die katholische Kirche liefert.

T. Philipp

Grünzonen einer Lerngemeinschaft

Umweltschutz als Handlungs-, Wirkungs- und Erfahrungsort der Kirche
Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 48
oekom verlag, München 2009, 233 Seiten, 39,90 EUR, ISBN 978-3-86581-177-6

Erhältlich bei

www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49

Die guten Seiten der Zukunft

oekom
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Getränkeverpackungen

Ein-, Mehr- oder kein Weg?

■ Der Verordnungsentwurf zur deutlicheren Kennzeichnung von Einweg- und Mehrweggetränkeverpackungen (GetränkeverpackKennV) kommt nicht mehr in dieser Legislaturperiode und voraussichtlich auch nicht 2009 zur Entscheidung. Nachdem die Frist für Stellungnahmen zum internen Entwurf aus dem Bundesumweltministerium (BMU) Mitte Juni abgelaufen ist, werden die von interessierter Seite vorgebrachten Argumente nun geprüft. Anschließend muss die EU-Kommission entscheiden, ob der deutsche Entwurf dem EU-Recht entspricht, da durch Import und Export auch der Binnenmarkt betroffen ist. Die Kommission hat dafür mehrere Monate Zeit, erst danach durchläuft der Gesetzentwurf den politischen Entscheidungsprozess.

Die in der Allianz pro Mehrweg aktiven Verbände hatten den BMU-Vorschlag als halbherzig bezeichnet und gefordert, dass alle Getränkeverpackungen – nicht nur die bepfandeten – einbezogen und klar als Einweg oder Mehrweg gekennzeichnet werden (umwelt aktuell 07.2009, S. 8).

In diesem Zusammenhang gibt es eine Diskussion um die Ökobilanz von Getränkekartons. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) forderte vom BMU die Überprüfung der Einstufung von Getränkekartons als „ökologisch vorteilhaft“. Getränkekartons würden kaum noch recycelt, sondern überwiegend verbrannt oder über große Entfernungen exportiert. Die Einstufung als „ökologisch vorteilhaft“ setze ein qualitativ und quantitativ hochwertiges Recycling voraus. Mindestens 60 Prozent der sogenannten Verbundverpackungen müssen laut Gesetz stofflich verwertet werden. Zwei von drei Verwertungsanlagen, in denen die deutschen Getränkekartons zuvor verwertet wurden, hätten ihre Kapazitäten aber stillgelegt, so die DUH. Nun komme es zu Engpässen beim Recycling.

Der Fachverband Kartonverpackungen

für flüssige Nahrungsmittel (FKN), der unter anderem den Marktführer Tetra Pak in Deutschland vertritt, widersprach. Die Ökobilanz verschlechtere sich durch die veränderten Recyclingbedingungen nur marginal, insofern sei die Bezeichnung „ökologisch vorteilhaft“ weiter berechtigt. Wenn die Kartonverpackungen, die bisher zum Teil nach Finnland transportiert worden seien, nun teilweise nach Spanien gingen, mache das keinen großen Unterschied. Es gebe kein Erliegen des Recyclings, die Recyclingquote über das Duale System Deutschland liege unverändert bei 65 Prozent. Die DUH betreibe eine „Desinformationskampagne“.

In Europa wurde im Jahr 2008 genau ein Drittel der verkauften Getränkekartons recycelt, meldete die Allianz für Getränkekartons und Umwelt (ACE). Dies sei insgesamt ein geringer Zuwachs von einem Prozent im Vergleich zum Vorjahr, so die europäische Branchenvertretung. In Kooperation mit Organisationen und Kommunen wolle man die Sammelquote europaweit verbessern, um das öffentliche Bewusstsein für Recycling zu fördern, versprach die ACE.

Umweltverbände, darunter BUND und NABU, forderten unterdessen einen Baustopp für die umweltgefährdenden Müllverbrennungsanlagen. Es gebe mehr Kapazitäten als nötig, was auch den Mülltourismus unverantwortlich antreibe. [jg]

- ▶ DUH: www.duh.de (Projekte – Abfall, Mehrweg)
- ▶ FKN: www.getraenkekarton.de
- ▶ ACE: www.beveragecarton.eu
- ▶ NABU: www.nabu.de/kreislaufwirtschaft
- ▶ BUND: www.bund-nrw.de (Abfallpolitik)

Gefährliche Abfälle**Mülltourismus vervierfacht**

■ Von 1997 bis 2005 hat sich die Verbringung gefährlicher Abfälle in den EU-Ländern vervierfacht. Das ergab eine Analyse von Abfalltransporten und deren Kontrollsystemen durch die EU-Kommission.

2005 betrug die Gesamtmenge gefährlicher Abfälle in den damals 25 EU-Staaten

5,6 Millionen Tonnen. Insgesamt wurden 91 Prozent der gefährlichen Abfälle im Ursprungsland behandelt. Die Abfallverbringungen fanden überwiegend innerhalb der EU-Grenzen statt. Spitzenreiter bei der Ausfuhr waren die Niederlande, die 2,6 Millionen Tonnen exportierten. An zweiter Stelle landete Belgien, gefolgt von Italien, Frankreich und Irland. Deutschland hatte 1997 mit 601.000 Tonnen an der Spitze gestanden, meldete aber 2005 70 Prozent weniger exportierte gefährliche Abfälle als acht Jahre vorher. Eher importiert Deutschland Müll: Im Jahr 2004 überschritten die Einfuhren erstmals eine Million Tonnen. Oft endet der Abfall in der sogenannten thermischen Verwertung, also in der Müllverbrennung.

Inwieweit die EU die von den Staaten gemeldeten Daten kontrolliert, ist dem Bericht nicht zu entnehmen.

Die neue EU-Abfallverbringungsverordnung verbietet die Ausfuhr von Abfall zur Beseitigung in Nicht-EU-Länder und die Ausfuhr gefährlicher Abfälle zur Verwertung in Nicht-OECD-Länder. [jg]

- ▶ Abfallstatistik: www.kurzlink.de/kom2009-282

Bioabfall**Kabale um Kompost**

■ Der EU-Umweltministerrat hat die EU-Kommission Mitte Juni aufgefordert, „gegebenenfalls“ 2010 einen Gesetzesvorschlag über biologisch abbaubare Abfälle auszuarbeiten. Zunächst soll aber eine Folgenabschätzung klären, ob das überhaupt nötig ist. Darüber hinaus müssten Möglichkeiten geschaffen werden, lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Die Getrenntsammlung von Biomüll ist umstritten. Viele Mitgliedstaaten lehnen bindende Regeln ab. Jedes Jahr fallen in der EU bis zu 139 Millionen Tonnen Bioabfall an. Die Kommission hatte deshalb ein Grünbuch über die Bewirtschaftung biologischer Abfälle erarbeitet (umwelt aktuell 02.2009, S. 10; 05.2009, S. 10). [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/umweltrat-11462-09

Schadstoffregister**Giftdaten von 2007 öffentlich**

■ Menge und Herkunft von Giftstoffen, die 2007 in Deutschland emittiert wurden, sind jetzt im Internet abrufbar. Im Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister PRTR können Angaben über Substanzen in Luft, Boden und Wasser sowie Industrieemissionen nachvollzogen werden. Auch welcher Sektor zum Beispiel das meiste Quecksilber oder Cyanid emittiert, lässt sich anhand von Grafiken und Zahlen ablesen. Das PRTR ist seit Anfang Juni öffentlich. Grundlage ist eine EU-Verordnung, die für alle Industriebetriebe in Europa gilt. [jg]

► www.prtr.bund.de (Fakten)

Schwermetalle**Messgeräte ohne Quecksilber**

■ Im Zero-Mercury-Bündnis aktive Umwelt- und Gesundheitsverbände haben Ende Juni eine Studie zu quecksilberhaltigen Blutdruckmessgeräten veröffentlicht. Demnach gibt es elektronische oder analoge Alternativen, die ein europaweites Verbot der Quecksilbergeräte rechtfertigen. In einigen Ländern wie Schweden, Spanien oder Polen werden Quecksilbergeräte in den meisten Krankenhäusern schon nicht mehr verwendet. In Deutschland benutzt keines der 29 befragten Krankenhäuser noch Blutdruckmesser mit dem flüssigen Schwermetall. Experten bestätigten die Zuverlässigkeit der alternativen Geräte für Routine- wie auch Spezialanwendungen.

Beim Einsatz von quecksilberhaltigen Geräten besteht das Risiko, dass hochgiftiges Quecksilber austritt. Die falsche Entsorgung von Geräten mit Quecksilber verursacht schwere Umweltschäden. Seit 2007 verbietet eine EU-Richtlinie den Verkauf von quecksilberhaltigen Messgeräten für den Privatgebrauch. Die Neuanschaffung quecksilberhaltiger Blutdruckmessgeräte in Krankenhäusern bleibt erlaubt. [fn]

► www.kurzlink.de/eeb-hg-studie09.pdf

EU-Chemikalienpolitik**Verbot gefährlicher Biozide?**

■ Zur Novellierung der zehn Jahre alten Biozidrichtlinie hat die EU-Kommission Mitte Juni eine neue Verordnung vorgeschlagen, die Zulassung und Vermarktung von rund 50.000 Produkten wie Mottenspray oder Holzschutzmittel regeln soll. Das in Hamburg ansässige Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) fordert Nachbesserungen. So sollten besonders gefährliche Umwelteigenschaften zum Verbot eines Stoffes führen.

Laut Verordnungsentwurf soll die Anwendung von Bioziden, die krebserregend, fortpflanzungs- oder erbgutschädigend sind oder das Hormonsystem beeinflussen, verboten werden. Biozidhaltige Gebrauchsgüter wie Textilien mit antibakteriellen Zusätzen oder Teppiche, die gegen Mottenfraß ausgerüstet sind, sind zu kennzeichnen, um die KonsumentInnen vor Stoffen zu schützen, die in der EU verboten sind, im Ausland aber noch eingesetzt werden. Auch Produkte mit zugelassenen Bioziden sollen künftig gekennzeichnet und gegebenenfalls mit Gefahrenhinweisen versehen werden.

Durch Antibewuchsfarben an Schiffsrümpfen oder beim Fassadenschutz gegen Pilze und Algen gelangen Biozide auch direkt in die Umwelt. Studien hätten gezeigt, dass bei Regen erhebliche Mengen herausgewaschen würden, kritisiert PAN. Deshalb müssten umweltgefährdende Biozide ebenfalls verboten werden. [jg]

- PAN Germany, Susanne Smolka, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 399191024, www.pan-germany.org
- EU-Kommission zu Bioziden (Revision): www.ec.europa.eu/environment/biocides

Pestizide**Aktionsplan in Arbeit**

■ Bei einer Fachtagung zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln Ende Juni in Potsdam haben Umweltverbände eine deutliche Risikoreduzierung beim

Pestizideinsatz gefordert. Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit müssten klare, verbindliche Ziele festgelegt werden. Der Aktionsplan unter Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums sieht unter anderem vor, die Gefährdung durch Ackergifte bis 2020 um ein Viertel zu verringern. Er geht auf EU-Vorgaben zurück.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN Germany), der NABU und Greenpeace forderten, dass der Pestizideinsatz schon in den nächsten fünf Jahren um ein Drittel reduziert wird. Krebserregende oder hormonell wirksame Pestizide müssten in zehn Jahren komplett verboten sein, sagte Susan Haffmans von PAN.

Der Naturschutzbund forderte auch bessere Vorgaben zum Schutz der Biodiversität. Fast die Hälfte des Grundwassers sei mit Pestiziden belastet, Amphibien würden direkt geschädigt und frühere häufige Vogelarten wie die Feldlerche fänden in Ackerbauregionen nicht mehr genügend Nahrung, sagte Florian Schöne vom NABU. Weil der Ökolandbau ohne chemisch-synthetische Pestizide auskommt, fordern Umweltverbände, die so bewirtschafteten Flächen um jährlich 20 Prozent auszudehnen. [mbu]

- Nationaler Aktionsplan (PDF, 35 S., 4,7 MB): www.kurzlink.de/pestizidaktionsplan
- Positionspapier der Umweltverbände: www.kurzlink.de/ngo-kritik-pestizide

Industrieemissionen**Lasche EU-Grenzwerte**

■ Der EU-Umweltministerrat hat im Juni in Luxemburg nur schwache Grenzwerte für Industrieanlagen beschlossen. Der Umgang mit Industrieemissionen und die neue Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVU) sind umstritten. Die derzeitigen Mindestnormen wurden zwar verschärft, EU-Kommission und Parlament fordern aber strengere Grenzwerte. 22 UmweltministerInnen stimmten auf der Ratssitzung für die schwache Neuregelung, Dänemark enthielt sich. ►

Deutschland, Frankreich, Österreich und Irland kritisierten die Standards als zu schwach und die Umsetzungsfristen als zu lang, konnten sich aber nicht durchsetzen. Großbritannien und Polen kämpften gegen aus ihrer Sicht zu strenge Auflagen. Die IVU-Richtlinie gilt für rund 52.000 Anlagen. Bis 2020 will der Ministerrat in Einzelfällen nationale Sondergenehmigungen für Schwefeldioxid, Stickoxid und Feinstaub zulassen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) forderte eine Anhebung der Mindeststandards: Die Gesundheit der Bevölkerung stehe über dem Profit einiger Anlagenbetreiber. Vier bis fünf Jahre länger auf die bestee verfügbare Technik warten zu müssen sei nicht hinnehmbar. Im Herbst wird das EU-Parlament in zweiter Lesung über die IVU-Richtlinie debattieren. [jg]

- EEB: www.eeb.org (Press Releases – 25/06/09)
- EU-Rat: www.kurzlink.de/umweltrat09-06-25

Luftqualität

Kein Aufschub für Feinstaub

■ Die EU-Kommission hat einen Großteil der erbetenen Ausnahmen für das Einhalten der Feinstaubgrenzwerte für Partikel bis zehn Mikrometern zurückgewiesen. Von 94 Anfragen aus neun Ländern ließ sie nur 19 Ausnahmen in Deutschland, Österreich und Ungarn zu. In den jeweiligen Zonen herrschen besondere lokale Verhältnisse, die laut der Richtlinie für saubere Luft in Europa (CAFE) Ausnahmen rechtfertigen. Die Fristverlängerung gilt bis Juni 2011.

Deutschland bekommt Aufschub für zehn Zonen: Augsburg, München, Bremen, Cottbus, Düsseldorf, Hagen, Aschersleben, Dortmund, Wuppertal und Weimar.

Eigentlich hätten die Staaten die Grenzwerte schon 2005 erreichen sollen. Insgesamt 19 Staaten haben Fristverlängerungen beantragt. Die EU-Kommission will für die anderen acht Staaten die Entscheidung noch in diesem Jahr fällen. Feinstaub ist der derzeit gefährlichste Luftschadstoff. [jg]

- www.eu-koordination.de (EU-News – 03.07.09)

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

G8-Gipfel

Zwei Grad Erwärmung, freier Handel, Hilfe für Bauern

■ Der diesjährige G8-Gipfel der wichtigsten Industriestaaten und Russlands brachte drei wesentliche Ergebnisse: Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, die Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO wieder in Gang zu bringen und den Bauern in den Entwicklungsländern 20 Milliarden US-Dollar in den nächsten drei Jahren zur Verfügung zu stellen, um die dortige Landwirtschaft wieder anzukurbeln.

Medien und Beobachter interessierten sich zudem vor allem für die Symbolpolitik des italienischen Regierungschefs Silvio Berlusconi, der den Gipfel in die von einem Erdbeben stark beschädigte Stadt L'Aquila verlegt hatte, sowie für die Frage, ob die G8 angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre nicht längst auf G20 erweitert werden müssten. Dementsprechend waren auch die wichtigsten Schwellenländer zu einem späteren Zeitpunkt zum Gespräch geladen worden, was unter anderem dem libyschen Staatschef Muammar al-Gaddafi als Vorsitzendem der Afrikanischen Union die erste Teilnahme an einem G20-Treffen ermöglichte.

Kritiker nannten die Beschlüsse des Gipfels zu anspruchslos. So erklärte die Entwicklungshilfeorganisation Oxfam, dass 75 statt 20 Milliarden Dollar für die Bauern des Südens benötigt würden. Zudem werde ein Teil des versprochenen Geldes lediglich aus der Entwicklungshilfe umverteilt und sei kein zusätzliches Geld.

Auch den Beschluss, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, werteten Umweltorganisationen zwar als wichtigen Schritt. Die Zusage der Industriestaaten, ihre Emissionen bis 2050 um 80 Prozent zu senken, sei aber zu wenig, kritisierte die Organisation Germanwatch. Es fehlten ein mittelfristiges Ziel bis 2020 und ein Basis-

jahr für die Reduktionsziele bis 2050. Die G8-Versprechen könnten Schwellenländer wie Indien und China nicht überzeugen, eigene Minderungsziele festzulegen. Chinas Klimabeauftragter Su Wie sagte, mit der Umsetzung müssten die Industrieländer beginnen.

Das Ansinnen, die seit Jahren stockende WTO-Welthandelsrunde bis Ende 2010 abzuschließen, hält das globalisierungskritische Netzwerk Attac dagegen für einen völlig falschen Ansatz: Mehr Freihandel werde die derzeitige Krise nur noch weiter anfachen, so ein Sprecher. [ms]

- G8-Gipfel, offizielle Seite: www.g8italia2009.it
- Germanwatch, Klaus Milke, Hamburg, E-Mail: milke@germanwatch.org, www.germanwatch.de

KLIMA & ENERGIE

Klimaschutz I

Wende in der US-Klimapolitik

■ Mit äußerst knapper Mehrheit hat das US-Repräsentantenhaus einem Klimaschutzgesetz zugestimmt. Gegenüber 1990 soll der Treibhausgasausstoß um vier Prozent gesenkt werden. Energieunternehmen sollen ihren Strom zu 15 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewinnen. Auch der Emissionshandel ist Teil des Gesetzesvorschlages. US-Präsident Barack Obama appellierte an den Senat, das Gesetz im Herbst zu verabschieden.

Umweltminister Sigmar Gabriel begrüßte den „historischen Beschluss“. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen seien aber größere Anstrengungen nötig. [mv]

Klimaschutz II

Kirche fordert Investitionen

■ Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) fordert Investitionen für den Klimaschutz in Höhe von bis zu 50 Milliarden US-Dollar jährlich. Diese Summe sei

notwendig, „wenn neue Technologien zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien eingesetzt werden sollen“, heißt es in der 160-seitigen Denkschrift „Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“. Atomenergie lehnt die Kirche als Alternative eindeutig ab.

Die EKD fordert die Menschen auf, ihren Lebensstil grundlegend zu verändern. Nur so sei die Erderwärmung auf zwei Grad zu beschränken. [mv]

► Denkschrift der EKD:
www.ekd.de/download/klimawandel.pdf

Urwaldschutz

Deutschland zahlt für Verzicht auf Erdölförderung

■ Deutschland wird den ecuadorianischen Plan zum Regenwaldschutz finanziell unterstützen. Seit zwei Jahren wirbt Ecuadors Außenminister Fander Falconí für den Vorschlag, auf die Erdölförderung im Tropenwald zu verzichten, wenn das südamerikanische Land im Gegenzug Ausgleichszahlungen von der internationalen Gemeinschaft erhält. Nun hat Deutschland nach einem Besuch Falconís im Juni seine Hilfe zugesagt. „Der gordische Knoten ist durchschlagen“, freute sich die grüne Bundestagsabgeordnete Ute Koczy, die sich zwei Jahre lang dafür eingesetzt hatte, im Yasuní-Nationalpark auf Ölbohrungen zu verzichten. Erich Stather, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, sicherte die Einzahlung von rund 50 Millionen US-Dollar pro Jahr in einen internationalen Treuhandfonds zu.

Der Yasuní-Nationalpark, eines der artenreichsten Urwaldgebiete der Erde, wird von zwei indigenen Völkern bewohnt. Unter der Erde wird ein Erdölvorkommen von 846 Millionen Barrel vermutet. Ein Förderverzicht würde etwa 410 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen.

Der Rohölexport ist Ecuadors größte Einnahmequelle und trägt mit einem Drittel zum Staatshaushalt bei. Das Geld aus

dem Treuhandfonds soll nach Angaben Falconís in den Erhalt von Naturschutzgebieten, die Förderung erneuerbarer Energien und in Sozialprojekte fließen. [kw]

► Deutscher Bundestag, Ute Koczy, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 227733150, E-Mail: ute.koczy@bundestag.de, www.ute-koczy.de

Erneuerbare Energien

Irena geht nach Abu Dhabi

■ Abu Dhabi hat das Rennen um den Hauptsitz der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (Irena) gemacht. Die Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate setzte sich Ende Juni gegen Bonn und Wien durch. Die ehemalige Bundeshauptstadt am Rhein muss sich nun mit einem Innovations- und Technologiezentrum zufriedengeben. In der österreichischen Hauptstadt wird es ein Verbindungsbüro für Kontakte zu den Vereinten Nationen geben. Die Irena-Zentrale soll in Masdar, der geplanten emissionsarmen Musterstadt bei Abu Dhabi, entstehen. [mv]

► www.irena.org

Gebäudeeffizienz

Scheitert die neue EU-Gebäuderichtlinie?

■ Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten wenden sich gegen Kernpunkte der Neufassung der Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden. Auf einem Treffen der Arbeitsgruppe des EU-Energieministerrats Anfang Juli diskutierten die Regierungsvertreter den Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission vom vergangenen November sowie die Änderungsanträge des EU-Parlaments, das Ende April abgestimmt hatte.

Viele EU-Regierungen sind beispielsweise dagegen, den Anwendungsbereich der Richtlinie auf alle Gebäude auszuweiten. Bisher greifen die Vorschriften

erst ab einer Gesamtnutzfläche von 1.000 Quadratmetern, mit der Folge, dass nur ein Viertel des Gebäudebestandes überhaupt Effizienzstandards nach größeren Renovierungen einhalten muss. Den Wunsch des Parlaments, dass ab 2019 nur noch Nullenergiehäuser gebaut werden, halten viele Mitgliedstaaten für unrealistisch.

Die Liste strittiger Punkte ist lang. Dennoch will die schwedische EU-Ratspräsidentschaft das Gesetz bis zum Energieministerrat am 7. Dezember unter Dach und Fach bringen. Auch über andere Energieeffizienzgesetze soll bis dahin Einigkeit herrschen. Damit will Schwedens Regierung zu Beginn der Verhandlungen über ein globales Klimaabkommen in Kopenhagen ein Zeichen setzen. Schweden hat sich für die Ratspräsidentschaft auf die Fahne geschrieben, die EU auf eine ökoeffiziente Wirtschaft umzustellen (siehe S. 22). Um die Regierungen auf diesen Kurs einzuschwören, veranstaltete sie Ende Juli (nach Redaktionsschluss) ein informelles Treffen der europäischen Energie- und Umweltminister. Die Grundlage hierfür liefert eine Studie des Umweltinstituts Stockholm im Auftrag der Regierung. Sie zeigt, wie Europa Vorreiter der globalen Umstellung auf Ökoeffizienz werden kann.

Der Gebäudesektor ist dabei zentral, denn er bietet als größter Energieverbraucher in der EU ein enormes Einsparpotenzial: Auf ihn entfallen 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs und 36 Prozent der CO₂-Emissionen. Wird die Gebäuderichtlinie wie von der Kommission vorgeschlagen umgesetzt, ließen sich der Endenergieverbrauch bis 2020 um fünf bis sechs Prozent und die CO₂-Emissionen um vier bis fünf Prozent verringern. Die Kommission schätzt, dass die Wirtschaft bei Investitionen von acht Milliarden Euro im Jahr bis 2020 jährlich 25 Milliarden an Energiekosten einsparen kann und 450.000 direkte Arbeitsplätze im Baugewerbe entstehen würden. [mv]

► Kurzübersicht zur Gebäuderichtlinie: www.eu-koordination.de (Pubikationen – Factsheets – Gebäude)
► Studie des Stockholm Environment Institute: www.sei.se/publications/?task=view&id=1241

Der oekom verlag, der Fachverlag für Umwelt und Nachhaltigkeit, wird 20! Aus Anlass dieses Jubiläums laden wir junge Wissenschaftler(innen) und Engagierte in NGOs, Unternehmen oder politischen Ämtern zu einem Wettbewerb ein:



Schritte in eine nachhaltige Zukunft

Die westliche Welt steht vor den Trümmern ihres Weltbildes: In kürzester Zeit hat ein marodes Finanzsystem die wirtschaftlichen Säulen ins Wanken gebracht, auf denen unsere scheinbar so sichere Zukunft aufgebaut war. Klimawandel, Energie- und Rohstoffkrisen unterhöheln unser heutiges Lebens- und Wirtschaftsmodell. Mit Abwrackprämien und Krisengipfeltourismus wird diesen Herausforderungen nicht beizukommen sein. Doch welche Perspektive haben wir dann? Welcher Weg führt in eine nachhaltige Zukunft?

Das Ziel ist klar: eine nachhaltige und gerechte Welt im Jahr 2029.

Von Ihnen wollen wir wissen:

Was müssen wir jetzt tun, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen?

Welche Schritte müssen wir gehen – als Einzelne, als Institutionen oder Unternehmen, als Gesellschaft? Ob es dabei um unser individuelles Verhalten geht oder um ein neues Weltwirtschaftssystem, ob Ihr Weg aus Ihrem persönlichen Engagement erwächst oder aus Ihrer wissenschaftlichen Arbeit – wichtig ist, dass Sie uns und andere überzeugen!

Die drei besten Beiträge werden von einer fachkundig besetzten Jury prämiert.
Die Preisträger(innen) erhalten jeweils

- eine Einladung zur Jubiläumsveranstaltung »nachhaltig weiter denken« des oekom verlags in München (Datum noch offen),
- einen Gutschein für Bücher des oekom verlags im Wert von 500,- EUR,
- eine Präsentation ihres Beitrags in der Zeitschrift »politische ökologie«, im oekom-Newsletter »Nachhaltigkeitsnews« und auf der Homepage des oekom verlags.

Form

Text- und Bildbeiträge (wissenschaftliche Abhandlungen/Essays/Erzählungen/Comics/Storyboards ...), Video- oder Hörbeiträge

Umfang

für Texte 10.000 Zeichen inkl. Leerzeichen, für Video- und Hörbeiträge maximal drei Minuten

Altersbeschränkung

Teilnehmer(innen) sollten nicht älter als 35 Jahre sein

Bewerbungsfrist

21. August 2009

Bitte senden Sie Ihren Beitrag per E-Mail zusammen mit einem tabellarischen Lebenslauf an oekom verlag, Katrin Schießl, schiessl@oekom.de

Energieeffizienz**Neuer Anlauf bei Reifen**

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juli einen erneuten Gesetzesvorschlag für die Einführung eines Kennzeichnungssystems für Reifen vorgelegt. Sie kam damit dem Änderungswunsch des EU-Parlaments nach, das Gesetz nicht als Richtlinie, sondern als Verordnung zu fassen. Die Bestimmungen gelten dann sofort EU-weit und müssen nicht erst in nationales Recht umgesetzt werden.

Inhaltlich folgte die Kommission dem Parlament in dem Punkt, eine Kennzeichnung von A (besonders energieeffizient) bis G für Winterreifen einzuführen. Eine entsprechende Kennzeichnung für die Lautstärke soll es jedoch nicht geben. [mv]

- ▶ Verordnungsvorschlag der EU-Kommission:
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st11/st11707.de09.pdf>

Geräteeffizienz**Strengeres Energy-Star-Label**

■ Die EU-Kommission und die USA haben sich Mitte Juni auf strengere Kriterien für das Energy-Star-Label geeinigt. Mit dem freiwilligen Label werden energieeffiziente Bürogeräte und -materialien wie Computer oder Drucker ausgezeichnet.

Die Kommission erwartet durch die strengeren Vorgaben, die schon ab Juli greifen sollen, Energieeinsparungen von 22 Terawattstunden in den nächsten vier bis sechs Jahren in der EU. Das entspricht dem gesamten Energieverbrauch Irlands.

Die Kriterien des Energy-Star-Programms werden von der Kommission in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten und der US-Umweltbehörde EPA kontinuierlich weiterentwickelt. Das Programm ist Teil der von der EU-Kommission verfolgten Strategie, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz weltweit gehandelter Güter zu stärken. [ms]

- ▶ www.eu-energystar.org

Ökostrom**Netze für Erneuerbare**

■ Die Umweltschutzorganisationen WWF und Germanwatch haben einen gemeinsamen Nenner mit den Netzbetreibern Vattenfall Europe Transmission und der niederländischen TenneT gefunden: den Ausbau der europäischen Stromnetze für Ökoenergie voranzutreiben. Hierfür gründeten sie im Juli in Berlin die Renewables Grid Initiative (RGI). Zu den Zielen der RGI gehört, dezentral und lokal produzierte erneuerbare Energie vollständig zu integrieren, die Investitionen für Stromübertragungsleitungen zu erleichtern und sogenannte Smart-Grid-Technologien zur Förderung von Energieeinsparung einzusetzen. [mv]

- ▶ RGI: www.renewables-grid.eu

Gasversorgung**Start für Nabucco-Pipeline**

■ Nach jahrelangem Streit über die Aufteilung der acht Milliarden Euro Investitionskosten haben die Regierungschefs von Bulgarien, Österreich, Rumänien und der Türkei Mitte Juli in Ankara eine Vereinbarung zum Bau der sogenannten Nabucco-Pipeline getroffen. Das Gas soll von Zentralasien über die Türkei durch eine 3.300 Kilometer lange Pipeline nach Wien transportiert werden. Der anwesende EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach von der „Versinnbildlichung der strategischen Beziehungen der EU zur Türkei“. Die Pipeline soll ab 2014 etwa zehn Prozent des EU-Bedarfs decken.

Umweltschützer kritisierten die langfristige Festlegung auf das klimaschädliche Gas: „In den nächsten Jahren wird Strom aus Sonnenenergie deutlich billiger sein als aus Erdgas“, sagte Greenpeace-Energieexperte Jurrien Westerhof. „Mit dem Nabucco-Vertrag verpflichten sich die EU-Staaten jedoch auf Jahrzehnte, Erdgas aus dem kaspischen Raum zu beziehen.“ [mv]

- ▶ Greenpeace, Jurrien Westerhof, Wien, Tel. +43 (0)1 / 5454580, www.greenpeace.at

Solkraftwerke**Wüstensonne für Europa**

■ Nordafrikanischer Wüstenstrom soll Europas Bedarf im Jahr 2025 zu 15 Prozent decken. Hierfür sollen Solarthermie-Kraftwerke in der Sahara entstehen. 20 Konzerne kamen Mitte Juli in München zur ersten konstituierenden Sitzung für das Riesensolarkraftwerk mit dem Namen Desertec zusammen, darunter RWE, Siemens und Eon.

Stephan Kohler, Leiter der Deutschen Energieagentur, mahnte, den Strom in erster Linie vor Ort zu verbrauchen. Nur bei Überschüssen solle über den Bau von sogenannten Stromautobahnen nach Europa nachgedacht werden. Scharfe Kritik übte der Präsident von Eurosolar, Hermann Scheer. Desertec sei ein Weg, auch Solarstrom unter Monopolbedingungen herzustellen. Der Plan sei „so umfangreich und kostenintensiv, dass er nur aufgehen kann, wenn man den Ausbau der erneuerbaren Energien bei uns willkürlich stoppt“.

Greenpeace begrüßte dagegen die Initiative. Desertec könne zu einem Meilenstein für die Solarenergie werden. Befürchtungen, das Projekt gefährde die dezentrale Energiewende und schaffe neue geopolitische Abhängigkeiten, teilt der Energieexperte von Greenpeace Andree Böhling nicht: Beides, zentrale und dezentrale Energieversorgung, sei für die vollständige Umstellung auf Ökostrom nötig. [mv]

- ▶ www.desertec.org
- ▶ Eurosolar, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, E-Mail: info@eurosolar.org, www.eurosolar.org
- ▶ Greenpeace, Andree Böhling, Hamburg, Tel. +49 (0)151 / 18053382, E-Mail: andree.boehling@greenpeace.de, www.greenpeace.de

Emissionshandel**Viele Industrien freuen sich**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Juli sechs weitere Sektoren zur Liste der Industrien hinzugefügt, die Treibhausgas-Emissionszertifikate kostenlos erhalten sollen, weil sie die Kriterien des sogenannten „carbon leakage“ erfüllen. Insgesamt ist ▶

das deutlich mehr als die Hälfte aller Industriesektoren.

Vom EU-Emissionshandelssystem ETS werden insgesamt 258 Sektoren der europäischen Wirtschaft erfasst. Für die nächste ETS-Phase ab 2012 sieht die EU vor, dass die meisten Unternehmen die benötigten Emissionszertifikate ersteigern müssen – Energieversorger zu 100 Prozent, andere zunächst nur zu 20 Prozent, ab 2020 zu 70 Prozent. Es gibt aber Ausnahmen für besonders energieintensive Sektoren, damit diese ihre Produktion nicht in das außereuropäische Ausland verlagern („carbon leakage“). Die Kommission war aufgefordert worden, zu analysieren, um welche Sektoren es sich dabei handelt. In dem Bericht kommt sie nun zu dem Schluss, dass 149 der 258 Sektoren Anspruch auf freie Zuteilung von Zertifikaten hätten. Im September soll die Liste von den Mitgliedstaaten absegnen werden. [mv]

- EU-Kommission zu „carbon leakage“: www.kurzlink.de/carbon-leakage-09

CO₂-Speicherung

Gesetz erst nach der Wahl?

■ Das sogenannte CCS-Gesetz zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung von CO₂ ist für diese Legislaturperiode gescheitert. Unions- und SPD-Fraktion im Bundestag konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Marco Bülow, Umweltsprecher der SPD-Fraktion, sagte, die Union habe in den Verhandlungen die Verkürzung des Rechtsschutzes betroffener Grundstückseigentümer, die Senkung der Sicherheitsstandards und eine Verschlechterung der Haftungsregelung erreichen wollen. Für einen neuen Gesetzesentwurf forderte NABU-Energieexperte Elmar Große Ruse „Vorrang für die Nutzung von Erdwärme, Genehmigung nur nach den höchsten Sicherheitsstandards sowie langfristige Haftung der Energiekonzerne bei möglichen Schäden“. [mv]

- NABU, Elmar Große Ruse, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841611, www.nabu.de

Europäisches Energierecht

EU wirft Deutschland Vertragsverletzung vor

■ Die EU-Kommission beschuldigt Deutschland, die europäischen Vorschriften für die liberalisierten Energiemärkte nicht korrekt umgesetzt zu haben und damit gegen Verbraucherinteressen zu handeln. Daher hat sie Ende Juni ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet.

Die Kommission sieht deutliche Mängel in der deutschen Umsetzung der Vorschriften zur Liberalisierung der Gas- und Elektrizitätsmärkte von 2003 („Zweites Energiepaket“). Vor allem verstoße Deutschland gegen die Transparenzregeln. Energieanbieter würden nicht alle Informationen offenlegen, die Verbraucher für eine freie Kaufentscheidung benötigten. Zudem müsse Deutschland die Kapazitäten des Verteilernetzes deutlich verbessern, um zwischenstaatliche Konkurrenz von Marktteilnehmern zu ermöglichen.

Das „Dritte Energiepaket“, das weitergehende Vorschriften zur Liberalisierung der Energiemärkte vorsieht, wurde vor Kurzem von Ministerrat und EU-Parlament verabschiedet. [ms]

- Mängelberichte zu den einzelnen Ländern: www.kurzlink.de/energy-infringements
- EU-Kommission zum Dritten Energiepaket: www.kurzlink.de/eu-energy-package

Stromversorger

Rebellen kaufen Konzern

■ Die Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ will bis zu 100 Millionen Euro sammeln, um Anteile an dem Eon-Tochterkonzern Thüga zu kaufen. Damit wollen die „Stromrebell“ das Unternehmen zu einer umwelt- und sozialverträglichen Energieversorgung drängen. Aus kartellrechtlichen Gründen ist Eon verpflichtet, seine Tochterfirma zu verkaufen. [mv]

- Energie in Bürgerhand, Freiburg, Tel. +49 (0)761 / 72088830, www.energie-in-buergerhand.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Produktsicherheit

EU-Spielzeugrichtlinie gültig

■ Seit Ende Juli ist die Novelle der europäischen Spielzeugrichtlinie in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sie bis Januar 2010 in nationales Recht umsetzen. Die Richtlinie schränkt die Verwendung von Chemikalien in Spielsachen deutlich ein. Substanzen, die Krebs erzeugen, das Erbgut und die Fortpflanzungsfähigkeit schädigen können, sind künftig verboten. Auch allergieauslösende Duftstoffe dürfen Puppen oder Teddys nicht mehr enthalten. Erlaubt bleiben allerdings Spuren von fünf Schwermetallen. Gesundheits- und Umweltverbände kritisieren die Novelle, weil die Grenzwerte für Schwermetalle zum Beispiel nicht für innenliegende Teile von Spielzeug gelten, die angeblich keine Gefahr darstellen. [mbu]

- EU-Spielzeugrichtlinie (PDF, 37 S., 1 MB): www.kurzlink.de/safety-of-toys

Lebensmittelkennzeichnung

Ohne-Gentechnik-Siegel soll populär werden

■ Nach dem Willen von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) soll die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ für Lebensmittel bekannter werden. Ende Juni vereinbarte die Ministerin mit Vertretern von Industrie und Umweltverbänden, ein einheitliches Siegel dafür zu schaffen.

Bisher kann jeder Hersteller nach eigenem Gusto darauf hinweisen, dass sein Produkt gentechnikfrei ist. Seit Mai 2008 ist die Regelung für die freiwillige Kennzeichnung gentechnikfreier Lebensmittel in Kraft, aber ohne ein einheitliches Siegel. Aigner hat nun einen Entwurf vorgelegt, der noch vor der Bundestagswahl umgesetzt werden soll.

Greenpeace findet die Pläne gut. Ein

einheitliches Logo erhöhe den Wiedererkennungswert und damit die Absatzchancen für Ohne-Gentechnik-Produkte.

Zu den Pionieren der Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung gehören Landliebe und die Upländer Bauernmolkerei. Durch den Hinweis auf gentechnikfreie Verarbeitung konnte Landliebe nach eigenen Angaben seine Umsätze in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um bis zu zehn Prozent steigern.

Einer Forsa-Umfrage zufolge wünschen mehr als drei Viertel der BundesbürgerInnen, dass Handelsketten und Lebensmittelindustrie das Label „Ohne Gentechnik“ einsetzen. 73 Prozent gaben an, sie würden sich beim Einkauf daran orientieren. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, www.bmelv.de
- ▶ Umfrage: www.kurzlink.de/ohnegentechniklogo
- ▶ Greenpeace, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 30618-0, Fax -100, www.greenpeace.de

Lebensmittelsicherheit

Schutz vor Imitaten

■ Nach immer zahlreicheren Berichten über Lebensmittelimitate will das Bundesverbraucherministerium die KundInnen besser vor Täuschungen schützen. Die Bundesländer, die für die Kontrollen zuständig sind, sollten verstärkt Waren prüfen und die Namen von Herstellern und Wirten nennen, die gegen die Kennzeichnung verstoßen, forderte Ministerin Ilse Aigner (CSU) im Juli. Die Verbraucherzentralen lobten Aigners Vorstoß.

In jüngster Zeit wurden immer mehr Lebensmittel entdeckt, die VerbraucherInnen in die Irre führen, weil sie nicht das enthalten, was die Aufschrift suggeriert. Beispiele dafür sind der Analogkäse, der aus Öl, Eiweißpulver, Wasser, Stabilisatoren und Aromen zusammengerührt wird, gepresste Fischabfälle in Garnelenform oder „Schokokekse“ ohne jede Spur von Schokolade. [mbu]

- ▶ Verbraucherzentrale Bundesverband, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 25800-0, Fax -518, www.vzbv.de

EU fördert Milch und Fleisch von Klontieren – wer verdient?

Die Europäische Kommission folgt der Einschätzung ihrer Lebensmittelbehörde, wonach Fleisch und Milch von geklonten Tieren grundsätzlich sicher sind. Sie zeigt damit weder Sachkenntnis noch Verantwortung. Ein Kommentar von Anita Idel.

Nach einem Vierteljahrhundert millionenschwerer Forschung und 13 Jahre nach Dolly lautet das alarmierende Fazit: Klontieren bleibt auf Zufälle beschränkt, denn die Dolly-Methode führt nicht zu wiederholbaren Ergebnissen und nur in Einzelfällen zu lebensfähigen Tieren. Die von den Lebensmittelüberwachungsbehörden der EU und der USA, EFSA und FDA, ausgewerteten Untersuchungsberichte belegen, dass über 95 Prozent der geklonten Tiere sterben oder missgebildet sind. Dies wird durch unbeabsichtigte, aber meistens mit dem Klontieren verbundene Störungen des Erbguts verursacht – sogenannte epigenetische Veränderungen, die die Genregulation schädigen.

Aber trotz dieses Desasters lehnt die EU-Kommission ein Verbot, eine Gesetzgebung oder auch nur eine Kennzeichnung von Milch und Fleisch ab. Sie stützt sich auf die irritierende Schlussfolgerung im Gutachten der EFSA: „Obwohl Sterblichkeit und Erkrankungsrate beim Klontieren signifikant höher sind“, so die Behörde, „kann die Technologie bei Rindern und Schweinen erfolgreich als Reproduktionsmethode eingesetzt werden.“

Nein, das kann sie nicht! Eine Milliarde Hungernde meldet die Welternährungsorganisation (FAO) 2009, deshalb muss buchstäblich jede politische Entscheidung und jede Forschungsmillion daran gemessen werden, ob sie an diesem Problem etwas ändern will und kann. Klontieren hilft nicht gegen den Welthunger, sondern sägt im Gegenteil am Ast unserer Zukunft. Denn geklont werden auf Hochleistung gezüchtete Tiere, die immer noch mehr Milch und noch mehr Fleisch produzieren sollen und dafür selbst einen hohen Futterbedarf haben. Dafür wird Grasland umgebrochen und Regenwald gerodet und unter intensivem Pestizid- und Düngereinsatz Soja und anderes Tierfutter angebaut – mit katastrophalen Folgen für Klima, Weltwasserhaushalt und Bodenfruchtbarkeit.

Die Klontier-Industrie will an patentierten Klontieren verdienen. Ob Klontieren bei Tieren jemals profitabel sein wird, hängt davon ab, ob sich langfristig

Gentechnik und Klontieren verbinden lassen werden. Bis heute gibt es aufgrund der enormen biologisch und technisch bedingten Probleme weltweit keine transgenen, das heißt gentechnisch manipulierten Tiere in der kommerziellen Landwirtschaft. Dieses Scheitern wurde zum entscheidenden Motor für die Klontierforschung, um die Investitionen in die Genmanipulation von Tieren doch noch gewinnbringend nutzen zu können: In den Fällen, in denen ein gentechnisch manipuliertes Individuum nur die gewünschten Wirkungen zeigt, soll(te) es durch Klontieren massenhaft vervielfältigt werden. Beide sind hoch komplexe und kostenintensive Techniken und verursachen genetische Schäden. Alle Tiere, die die Manipulationen überleben, fallen unter das Patentrecht.

Trotz kritischer Einzelstimmen hatte jahrelang auch das Europäische Parlament mehrheitlich alle Entscheidungen mitgetragen, die das Klontieren – vor allem die millionenschweren Forschungsbudgets – vorantrieben. Aber im Herbst 2008 votierten aufgrund der desaströsen Auswirkungen auf die Tiere 622 EU-ParlamentarierInnen gegen das Klontieren für die Lebensmittelversorgung bei nur 32 Neinstimmen. Während sich die EU-Kommission über diese Parlamentsentscheidung hinwegsetzt, können Fakten geschaffen werden, da die Einfuhr geklonter Tiere, ihrer Samen oder Embryonen ebenso wenig verboten ist wie die ihrer Fleisch- und Milchprodukte.

Wir alle sind jetzt gefordert. Natürlich müssen wir unseren Fleisch- und Milchkonsum einschränken. Vor allem aber müssen wir mit unserem Konsum nachhaltig produzierende, das heißt Ressourcen schonende Bäuerinnen und Bauern unterstützen.

Dr. Anita Idel ist Tierärztin, Mediatorin und Lehrbeauftragte an der Universität Kassel.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 70509501,
E-Mail: info@anita-idel.de,
www.anita-idel.de,
www.agrobiodiversitaet.net**

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Artgerechte Tierhaltung

Serviert Europa Klonfleisch?

■ Der EU-Agrarministerrat hat Ende Juni beschlossen, die Vermarktung von sogenanntem Klonfleisch zu regulieren. Das geplante Gesetz sieht vor, zunächst Produkte von geklonten Tieren sowie der ersten Generation ihrer Nachkommen über die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuzulassen. Die EFSA hat Klonfleisch grundsätzlich als gesundheitlich unbedenklich eingestuft. Es müsse aber weiter geforscht werden.

Derzeit sind in Europa noch keine Fleisch- oder Milchprodukte von geklonten Tieren oder deren Nachkommen auf dem Markt. In den USA und Kanada wird aber bereits Klonfleisch verkauft. Durch eine Regelungslücke könnten theoretisch Produkte von Nachkommen geklonter Tiere in die heimischen Supermärkte gelangen, denn dafür gibt es bisher kein ausdrückliches Verbot. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) sagte, man wolle mit der geplanten Regulierung eine Verschärfung auf europäischer Ebene erreichen. Das Europaparlament muss dem Vorgehen noch zustimmen. Eine zweite

Lesung ist frühestens ab Herbst möglich.

Der Deutsche Tierschutzbund forderte die EU auf, keine Anträge zur Vermarktung von Klontieren- und -produkten zu bewilligen, solange dies nicht abschließend geprüft und geregelt sei. Das geltende Tierschutzrecht der EU stehe dem Klonen von Tieren in der Landwirtschaft ohnehin entgegen. Der Verband setzt sich für ein generelles Verbot des Tierklonens ein [mbu]

- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, www.bmelv.de
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Statistik

Elf Prozent Öko in Österreich

■ Europäischer Spitzenreiter im Ökolandbau ist Österreich. Dort war 2007 jeder neunte Betrieb „bio“. Deutschland schaffte es mit 3,7 Prozent auf Platz fünf, während der EU-weite Anteil ökologisch bewirtschafteter Betriebe nur bei 1,1 Prozent lag. Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche betrug der Ökoanteil im EU-Durchschnitt 3,7 Prozent. [mbu]

- ▶ Statistik Landwirtschaft in Deutschland und der EU: www.kurzlink.de/agrarstatistik-2009

Gentechnikfreisetzen

Mehr Informationsrechte

■ Der Bundestag hat im Juni Änderungen der Århus-Konvention über Bürgerbeteiligung im Umweltschutz ratifiziert. Sie betreffen den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Fällen der Freisetzung und Inverkehrbringung gentechnisch veränderter Organismen. Nach Meinung der Bundesregierung deckt das deutsche Gentechnikrecht bereits alle im Århus-Abkommen enthaltenen Informationsrechte der Bürger ab. Durch den Entwurf ändere sich bei den Informationspflichten nichts. Immerhin ist die Auskunftspflicht, die von der Industrie und vielen Genforschern abgelehnt wird, nun gesetzlich festgeschrieben. Nicht mehr als vertraulich gelten danach:

- ▶ eine allgemeine Beschreibung der gentechnisch veränderten Organismen, die freigesetzt werden sollen,
 - ▶ Name und Adresse des Antragstellers,
 - ▶ der Verwendungszweck und
 - ▶ gegebenenfalls der Ort der Freisetzung.
- Offenzulegen sind auch Monitoringpläne und -verfahren, Notmaßnahmen und die Umweltverträglichkeitsprüfung. [mbu]
- ▶ 1. Århus-Änderungs-Übereinkommen (PDF, 16 S., 200 kB): www.kurzlink.de/aarhus-aenderung09

ÖKOLOGIE & LANDBAU

Zeitschrift für ökologische Landwirtschaft

Schwerpunkt in Heft 151 Ökologische Aquakultur

- Aspekte nachhaltiger Fischzucht
- Alternative tierische Proteine im Fischfutter
- EU-Richtlinien zur ökologischen Aquakultur

Themen in Heft 151 aus Forschung, Praxis und Beratung

- Erfolgreiche „bio-offensive“
- Öko-Qualität – mit Sicherheit
- Klimaneutrale Bio-Kost
- Traineeprogramm Öko-Landbau

Herausgeber: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) |
Erscheinungsweise: vier Ausgaben pro Jahr | Abo: Privatbezieher 31,- EUR |
Firmen/Organisationen 48,80,- EUR | ermäßigt 22,- EUR

Bestellen Sie jetzt Ihr Probeabo*
(zwei Ausgaben für nur 8,50 Euro) bei:
oekom verlag | München |
Tel. ++49 / (0)89 / 54 41 84-0, Fax -49 | www.oekom.de

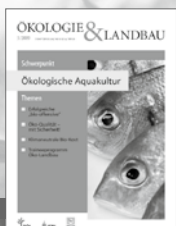


Foto: BfL, Bavin/Thomas Stephan

* Sie erhalten ein vergünstigtes Probeabo, beginnend mit der aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen Ökologie & Landbau gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des zweiten Heftes kündigen, erhalten Sie Ökologie & Landbau automatisch im regulären Abonnement.

Gentechnikzulassung**EFSA hält Genmais für sicher**

■ Ende Juni hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) den gentechnisch veränderten Mais MON810 der Firma Monsanto als sicher bewertet. Die Maissorte musste erneut beurteilt werden, weil die Zulassung in der EU im Frühjahr 2007 nach zehn Jahren ausgelaufen war. Seitdem befindet sich der Genmais im Wiedenzulassungsverfahren. Laut EU-Recht darf er trotz abgelaufener Genehmigung weiter in der EU angebaut werden, weil Monsanto einen Antrag auf Wiedenzulassung gestellt hat.

In einigen EU-Staaten gelten nationale Anbauverbote für MON810, weil er nach wissenschaftlichen Studien als potenziell gesundheitsgefährdend gilt. 13 EU-Länder, darunter Deutschland und Österreich, haben sich beim Umweltministerrat im Juni dafür eingesetzt, die Zulassung für den Anbau von Genpflanzen den einzelnen Mitgliedstaaten zu überlassen. Die EU-Minister sind in dieser Frage zerstritten.

Trotz der positiven Bewertung durch die EFSA ist es nicht sicher, dass die EU-Kommission MON810 wieder zulässt. Neben den wissenschaftlichen Sicherheitsfragen sollen in Zukunft auch die sozio-ökonomischen Auswirkungen des Anbaus von genmanipulierten Pflanzen berücksichtigt werden. Das Zulassungsverfahren der EFSA ist seit Langem umstritten und soll verbessert werden.

Umweltverbände wie Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisieren die gentechnikfreundliche Genehmigungspraxis der EFSA. Im jüngsten Fall gab es laut FoEE eine besonders enge Verflechtung zwischen Zulassungsbehörde und Agrogentechnikindustrie: Monsanto erfuhr bereits einen Tag früher als die Öffentlichkeit von der positiven Bewertung der EFSA und lobte diese in einer Pressemitteilung. [mbu]

- ▶ EFSA, Parma, Tel. +39 (0)521 / 036111, E-Mail: press@efsa.europa.eu, www.efsa.eu (de)
- ▶ EU-Kommission zur Lebensmittelsicherheit: www.ec.europa.eu/food/index_de.htm
- ▶ FoEE, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 5420180, E-Mail: info@foeeurope.org, www.foeeurope.org/GMOs

Gentechnik-Risikoforschung**Gefahren unabhängig prüfen**

■ Umwelt- und Erzeugerverbände sowie VertreterInnen der Evangelischen Kirche und der Wissenschaft haben ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der Risikoforschung zur Agrogentechnik verlangt. Vor dem zweiten Runden Tisch von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) zur Agrogentechnik Ende Juli legten sie einen Neun-Punkte-Katalog vor. Vor allem soll umfassender als bisher untersucht werden, welche Auswirkungen gentechnisch veränderte Pflanzen haben. Auch sozioökonomische Folgen sollen dabei einbezogen werden.

Der Naturschutzbund beklagte, dass Umwelt- und Verbraucherthemen oft ausgeblendet würden. So seien etwa gesundheitliche Effekte der Genmaissorte MON810 noch nicht erforscht, sagte die NABU-Gentechnikexpertin Steffi Ober.

Mit Blick auf die hohen Kosten der Genforschung schlug Peter Röhrig vom Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) vor, die volkswirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Agrogentechnik zu untersuchen. Es müsse in kostengünstigere und nachhaltige Alternativen investiert werden, so der Gentechnikexperte. DNR-Vizepräsident Hartmut Vogtmann sagte, Forschung mit öffentlichen Geldern müsse sich gegenüber der Gesellschaft verantworten und dürfe nicht unter den Zielvorgaben von Monsanto & Co. stehen.

Das Treffen selbst verlief nach Angaben von Teilnehmern weniger einseitig als der erste Runde Tisch im Mai. BÖLW-Experte Röhrig sprach von einer „offenen Debatte, auch wenn die Positionen zum Teil weit auseinanderlagen“. PR-Auftritte der Gentechniklobby habe es diesmal nicht gegeben. Nach der ersten Veranstaltung hatten die wenigen geladenen Umwelt- und Verbraucherschützer ihre Rolle als „Feigenblatt“ beschrieben und für den Wiederholungsfall mit Ausstieg gedroht. [mbu, mb]

- ▶ BÖLW, Peter Röhrig, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482-300, Fax -309, www.boelw.de
- ▶ Neun-Punkte-Katalog: www.kurzlink.de/gentechnikforschung

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Nationales Naturerbe**Plus für biologische Vielfalt**

■ 100.000 Hektar ökologisch wertvoller ehemaliger Militärfelder sowie Flächen aus DDR-Volkseigentum werden künftig in Deutschland für den Naturschutz zur Verfügung stehen. Der Haushaltsausschuss des Bundestags stimmte im Juli dem Vorschlag zu, diese Flächen nicht zu privatisieren. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) nannte den Beschluss einen wichtigen Schritt zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland und dankte ausdrücklich den Naturschutzverbänden für ihre jahrelange beharrliche Arbeit (siehe *umwelt aktuell* 06.2009, S. 6).

Auch die Umweltverbände lobten die Entscheidung. DNR-Vizepräsident Leif Miller sagte, die Sicherung des Nationalen Naturerbes sei ein gemeinsamer Erfolg von Naturschutzorganisationen und Bundesregierung. Der NABU forderte die Abgeordneten auf, bald eine Lösung für noch ausstehende 25.000 Hektar zu finden. Es müssten nun vor allem Flächen aus den alten Bundesländern für den Naturschutz gesichert werden, um dort die Zersiedelung aufzuhalten.

Erfreulich sei, dass der Bund sich zu seiner Verantwortung für militärische Altlasten bekenne, sagte der NABU-Vizepräsident und Vorsitzende der Stiftung Nationales Naturerbe, Christian Unselt. Der Ausschuss stimmte einer Haftungsregelung für die Altlastensanierung zu, wonach der Bund ab einer Höhe von 200.000 Euro je Gebiet die Kosten künftig auch dann noch trägt, wenn diese in die Obhut von Naturschutzorganisationen wechseln.

Umweltverbände und -stiftungen werden rund 20.000 Hektar Flächen des Nationalen Naturerbes übernehmen, davon über 7.000 Hektar die Stiftung des NABU. [mbu]

- ▶ Bundesumweltministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, Fax -2016, www.bmu.de
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-1801, E-Mail: christian.unselt@nabu.de, www.nabu.de

Reichtum vor der Haustür

Dieses Buch stellt 33 heimische Tiere und Pflanzen vor. Renommierte Autor(inn)en wie Claus-Peter Lieckfeld, Beate Jessel und Josef H. Reichholf präsentieren liebevolle Details und überraschende Fakten. Dazu stellt die Münchener Künstlerin Rita Mühlbauer alle Arten in stimmungsvollen Bildern in ihrem natürlichen Umfeld dar – anschaulich und lebensnah. Ein Buch zum Schmökern für die ganze Familie mit praktischen Hinweisen und Tipps für bleibende Naturerlebnisse.

Museum Mensch und Natur & Hofpfisterei München (Hrsg.)

Schatzkammer Natur

Von der Vielfalt heimischer Arten
224 Seiten, Hardcover mit zahlreichen
Illustrationen, 14,90 EUR
ISBN 978-3-86581-134-9



Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



Natura 2000

Zwei Drittel der Ökosysteme Europas gefährdet

■ In der Europäischen Union sind 65 Prozent der Lebensräume und 52 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in einem schlechten oder mangelhaften Zustand. Das brachte der Bericht über die Bedrohung der nach der Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Richtlinie geschützten Lebensräume und Arten ans Tageslicht, den die EU-Kommission Mitte Juli veröffentlichte. Vor allem Grünland, Feuchtgebiete und Küstenräume seien in Gefahr. Dem Bericht zufolge sind vor allem Tourismus, Klimawandel und Landwirtschaft dafür verantwortlich.

Die FFH-Richtlinie verpflichtete die EU-Mitgliedstaaten 1992 zu einem besseren Schutz bedrohter Lebensräume und Arten, vor allem indem sie Schutzgebiete für das EU-weite Netz Natura 2000 ausweisen sollten. Seit 2007 müssen die EU-Staaten den Zustand von Arten und Lebensräumen bewerten. Aus den Ergebnissen erarbeitete die Kommission die nun vorliegende Übersicht.

Der Naturschutzbund (NABU) und sein europäischer Partner BirdLife bezeichneten die Veröffentlichung als „alarmierendes Signal“. Trotz gegenteiliger Beteuerungen sei Deutschland beim Schutz der Lebensräume und Arten nur Mittelmaß. Andere Mitgliedstaaten hätten gezeigt, dass man mehr tun könne. Dem Bericht zufolge hätten beispielsweise Italien und Slowenien ihre Hausaufgaben besser gemacht.

Der WWF und das Europäische Umweltbüro (EEB) erklärten, die EU werde ihr Ziel, bis 2010 den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen, nicht erreichen, solange die Naturschutzgesetze nicht konsequent durchgesetzt würden und es nicht genug Geld dafür gebe. [mbu]

- ▶ Bericht der EU-Kommission (PDF, 17 S., 220 kB): www.kurzlink.de/habitatreport
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: nabu@nabu.de, www.nabu.de
- ▶ EEB, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 28910-90, Fax -99, E-Mail: info@eeb.org, www.eeb.org

Artenschwund

Jede vierte Säugetierart vom Aussterben bedroht

■ Nach einer Analyse der Weltnaturschutzunion IUCN steht der Erde ein massenhaftes Aussterben von Tier- und Pflanzenarten bevor. Demnach können die Ziele der UN-Konvention für biologische Vielfalt, bis 2010 den Verlust der Arten und Lebensräume zu bremsen, nicht mehr erreicht werden.

Laut der Analyse „Wildlife in a Changing World“ steht fast ein Drittel aller Amphibienarten vor der Ausrottung. Jede achte Vogel- und jede vierte Säugetierart könnte für immer verschwinden. Die IUCN analysierte die knapp 45.000 Spezies, die auf der Roten Liste für gefährdete Arten stehen. Demnach gelten rund 17.000 dieser Arten als akut vom Aussterben bedroht. Laut IUCN hat sich der weltweite Biodiversitätsverlust in den letzten Jahren sogar noch beschleunigt.

Die Staatengemeinschaft solle deshalb für den Artenschutz so viel Engagement zeigen wie im Kampf gegen die globale Wirtschaftskrise, sagte Volker Holmes vom WWF. Der WWF fordert, einen UN-Weltvertrag zum Schutz der biologischen Vielfalt einzurichten. Das wissenschaftliche Gremium solle ähnlich wie der Weltklimarat die Regierungen beraten und die Dringlichkeit des Handelns verdeutlichen. [mbu]

- ▶ IUCN-Analyse (PDF, 180 S., 15 MB): www.kurzlink.de/wildlife-changing08
- ▶ WWF Deutschland, Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 79144-216, E-Mail: info@wwf.de, www.wwf.de

Biodiversität

Artenvielfalt als Firmenziel

■ Naturschutzverbände und Hersteller von Ökolebensmitteln wollen sich in einer Arbeitsgruppe gemeinsam für den Erhalt der Artenvielfalt einsetzen. Die Initiative starteten Ende Juni die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller (AoeL) und der Deutsche Naturschutzring. Ziel

der Allianz ist es, Unternehmen davon zu überzeugen, Biodiversität in ihre Firmenphilosophie aufzunehmen. Man wolle sich dabei auf die Lebensmittelbranche konzentrieren und zunächst Standards für die rechtliche Umsetzung des Biodiversitätsziels erarbeiten. Als Beispiele wurden das Naturkosmetikunternehmen Weleda und der Nudelproduzent Alb-Gold genannt, die bei Herstellung oder Import ihrer Produkte bereits die Artenvielfalt berücksichtigten. [mbu]

► AoEL, Bad Brückenau, Tel. +49 (0)9741 / 4834, E-Mail: kontakt@aoel.org, www.aoel.org

Bundeswaldgesetz

Im deutschen Wald bleibt alles beim Alten

■ Die Reform des Bundeswaldgesetzes ist endgültig gescheitert. Im Juli stimmte der Bundestag gegen die geplante Novellierung des Gesetzes aus dem Jahr 1975. Strittig waren vor allem die Haftungsregelung bei angeschlagenen Bäumen und die Vorgabe, nur standortheimische Baumarten zu pflanzen. Die SPD-Fraktion im Bundestag argumentierte, dass Bäume, die von Natur aus in Deutschland wüchsen, widerstandsfähiger gegen heimische Stürme und Temperaturen seien. CDU und CSU sträubten sich generell gegen Vorschriften für Waldbesitzer. Die oppositionelle Grünen-Fraktion hatte beantragt, arten- und strukturreiche und damit naturnahe, vitale Wälder zu schaffen, die gegen Schädlingsbefall, Sturm- und Waldbrandschäden besser geschützt sind.

Waldbesitzer müssen nun weiterhin haften, wenn ein Spaziergänger von einem Ast verletzt wird. Aus diesem Grund werden Bäume oft gefällt und entfernt, auch wenn sie nur leicht lädiert sind. Außerdem müssen Forstbesitzer weiter für die Verkehrssicherung im gesamten Wald sorgen, nicht nur wie in der Novelle vorgesehen an Wegen. [mbu]

► www.kurzlink.de/bundeswaldgesetz.pdf

Landschaftsnutzung

Artenreiche Lebensräume besser fördern

■ Eine im Juni veröffentlichte Studie des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL) und des NABU hat ergeben, dass naturschutzfachlich wertvolle Lebensräume von den Direktzahlungen der EU-Agrarpolitik wenig profitieren. Fallbeispiele belegten, dass die Vorgaben der EU-Agrarreform in Deutschland uneinheitlich und fachlich teilweise unzureichend umgesetzt worden seien. Für den Erhalt extensiv genutzter Lebensräume, so die Studie, sei aber die Integration in das Prämiensystem der EU-Agrarpolitik wichtig.

Bergwiesen, Heideflächen, Streuobstwiesen und beweidetes Grünland sind artenreich und entstanden aus der extensiven Nutzung der Landschaft über Jahrhunderte. Für den Artenschutz und die Vielfalt in der Agrarlandschaft sind diese Flächen sehr bedeutsam. DVL und NABU empfehlen in der Studie, wie die Regelungen und Förderungen der EU weiterentwickelt werden sollten, um die Bewirtschaftung der Flächen zu sichern. [mbu]

► DVL, Liselotte Unseld, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 465335-40, E-Mail: unseld@lpv.de, www.lpv.de

► NABU, Agrarreferent Florian Schöne, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-26, Fax -84, E-Mail: florian.schoene@nabu.de, www.nabu.de/landwirtschaft

Artenschutz

Wölfe kennen keine Grenzen

■ Einer internationalen Studie zufolge leben in Westpolen derzeit etwa 13 Rudel Wölfe. Ende Juni veröffentlichte Sabina Nowak von der Association for Nature Wolf (WILK) die Ergebnisse der Untersuchung in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Tierschutz-Fonds (IFAW) und der Naturschutzstiftung EuroNatur. Genetische Untersuchungen bestätigten, dass die in der sächsischen Lausitz lebenden Wölfe zur selben Population wie die westpolnischen Wölfe gehören. Trotz der

positiven Entwicklung blieben die deutschen Wölfe aber extrem gefährdet, vor allem durch illegale Abschüsse, warnte der IFAW. Die meisten Tiere, die nach Deutschland auswanderten, kommen aus Polen. Aus Sicht von EuroNatur müssen deshalb Wildtierkorridore erhalten oder neu geschaffen werden, die den Wölfen den Weg aus den polnischen Habitaten in den Westen ebnet. Die Wölfe in Deutschland und Polen müssten weiter konsequent geschützt werden, fordern die Tier- und Naturschutzorganisationen. [mbu]

► WILK, Dr. Sabina Pieruzek-Nowak, Lipowa (Schlesien), Tel. +48 (0)606 / 110046, E-Mail: sdnwilk@vp.pl, www.polishwolf.org.pl

► EuroNatur, Katharina Grund, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-10, Fax -22, www.euronatur.org

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierheime

Finanzkrise trifft Haustiere

■ Die Wirtschaftskrise hat die Tierheime erreicht. Immer mehr Tierhalter können die Kosten für Futter, Pflege und Tierarzt nicht mehr aufbringen und geben ihr Tier dort ab. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Deutschen Tierschutzbundes werden heute 69 Prozent der Tiere aus „finanzieller Not“ in Tierheimen der Organisation abgegeben. Gleichzeitig gaben 55 Prozent der Einrichtungen an, dass sich Tiere schlechter vermitteln lassen. Besonders Hunde sind jeweils betroffen. Bei 54 Prozent der Tierheime erhöhten sich die Futterkosten. Zudem sind die Raumkapazitäten vielfach erschöpft. Das Spendenaufkommen ist dagegen in vielen Tierheimen stark rückläufig; die ersten stehen vor der Insolvenz. Der Tierschutzbund fordert von der Bundesregierung, die Tierheime mit mindestens 15 Millionen Euro zu unterstützen. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Tierschutz beim Schlachten

EU-Verordnung reformiert

■ Ende Juni hat der EU-Agrarminister eine Reform der Regelungen für das Schlachten von Tieren beschlossen. Die neue Verordnung löst eine Richtlinie von 1993 und die entsprechenden Regelungen der Mitgliedstaaten ab und soll 2013 in Kraft treten. Sie enthält Vorschriften für Ausstattung und Abläufe in Schlachthöfen, neue Betäubungs- und Tötungsverfahren sowie die Benennung von Tierschutzbeauftragten in Großbetrieben.

Der Deutsche Tierschutzbund begrüßt die neue Verordnung. Allerdings reichen die Verbesserungen nicht aus. Das Gesetz sei zwar im Vergleich zu den ersten Entwürfen verbessert worden und der Tierschutz könne nun in einigen EU-Ländern vorangebracht werden, so der Verband, doch würden neueste wissenschaftliche Erkenntnisse nicht ausreichend berücksichtigt. Für Deutschland mit seinen wesentlich genaueren Vorschriften sei die Verordnung sogar ein Rückschritt. Für den Tierschutzbund kommt es nun darauf an, ob die Bundesregierung strengere Regelungen erlässt, wo die EU-Verordnung dies ermöglicht, um den erreichten Tierschutzstandard auf deutschen Schlachthöfen zu halten. Außerdem müssten die Bestimmungen ausreichend kontrolliert und Verstöße streng bestraft werden.

Zurzeit überarbeitet die EU-Kommission außerdem die Tiertransportverordnung aus dem Jahr 2005. Zumeist mit dem Ziel der Schlachtung werden jährlich mehr als 360 Millionen Tiere in Europa und über seine Grenzen hinweg transportiert. Der Tierschutzbund verlangt mit einer Anfang Juli gemeinsam mit europäischen Partnern gestarteten Kampagne ein Ende der „unwürdigen Praxis“ dieser Transporte. Die Transportdauer müsse definitiv begrenzt, die Bedingungen für die Tiere, vor allem die Temperatur- und Platzverhältnisse, müssten deutlich verbessert werden. [ans]

- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de
- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 23.06.09)
- ▶ Tiertransporte: www.tierschutzbund.de/245.html

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Bundestagswahl

KandidatInnencheck

■ Am 27. September wird in Deutschland ein neues Parlament gewählt (siehe Spezial, S. 29–36). Wer wissen möchte, welche Position die DirektkandidatInnen im eigenen Wahlkreis zur Agrotechnik, zu Kohle und Atomkraft haben, kann das unter www.bund.net/kandidatencheck im Internet erfahren. Für die Aktion wurden alle direkt Kandidierenden aus den großen Parteien befragt. Bisher sprachen sich zum Beispiel fast drei Viertel von ihnen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft aus. Aber noch nicht alle haben geantwortet.

Auch die anderen großen Verbände aus Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Entwicklungspolitik haben Forderungen oder Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl vorgelegt. [mbu]

- ▶ Forderungen der Verbände: siehe S. 29

Militärübungsflächen

Naturtourismus statt Bomben

■ Nachdem das Bundesverteidigungsministerium im Juli das endgültige Aus für das sogenannte Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide verkündet hat, fordert die Deutsche Umwelthilfe (DUH), das Gebiet großflächig unter Schutz zu stellen. Die Landschaft solle an Länder oder Naturschutzstiftungen übertragen werden, sagte der DUH-Geschäftsführer Jürgen Resch.

Bereits jetzt steht die Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg unter dem Schutz der europäischen FFH-Richtlinie. Weil dort der seltene Lebensraumtyp „Atlantische Heiden“ vorherrscht, hat Brandenburg das Gebiet als Bestandteil des EU-Schutzgebietssystems Natura 2000 gemeldet. Die offenen Heideflächen seien sehr wichtig für den Erhalt der biologischen Vielfalt, betonte der DUH-Naturschutzexperte Ulrich Stöcker. Wenn die Heide

in das Nationale Naturerbe aufgenommen würde, könnten dort Naturschutz, Tourismus und Wirtschaft im Sinne einer schonenden Nutzung miteinander verknüpft werden. Die Landschaft war von Anfang an in der Auswahl für das Nationale Naturerbe, konnte aber bis jetzt nicht in die Übertragungsliste aufgenommen werden, weil das Verteidigungsministerium sie für militärische Übungen nutzen wollte. Nach 17 Jahren Kampf haben sich jedoch nun die BürgerInnen der Region durchgesetzt.

Nach dem Aus für das Bombodrom in Brandenburg fordert nun auch Niedersachsen die Schließung seines Luft-Boden-Schießplatzes Nordhorn Range – allerdings nicht aus Natur-, sondern aus Lärmschutzgründen. Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) fürchtet, dass Nordhorn Range und auch der Luft-Boden-Schießplatz im niederbayerischen Siegenburg jetzt verstärkt genutzt werden. [mbu]

- ▶ DUH, Naturschutzexperte Ulrich Stöcker, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240086781, E-Mail: stoecker@duh.de, www.duh.de (Projekte)

Beschaffungswesen

Keine Ausbeutung mit Steuergeldern

■ Das Netzwerk für Unternehmensverantwortung CorA hat Mitte Juli einen Vorschlag für einen „Aktionsplan sozial-ökologische öffentliche Auftragsvergabe“ in Deutschland vorgelegt. Die im CorA-Netz zusammengeschlossenen Organisationen fordern, die europäische Vergaberichtlinie nach sozialen und ökologischen Kriterien auszulegen und umzusetzen. Bisher hat Deutschland diese Vorgaben nur als „Kann-Bestimmung“ angesehen und keine verbindlichen Maßnahmen vorgelegt. In Deutschland werden jährlich rund 360 Milliarden Euro für öffentliche Aufträge gezahlt. Dies entspricht etwa 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Der Bund müsse mit seiner eigenen Auftragsvergabe eine Vorbildrolle übernehmen, so das Bündnis. Das CorA-Netz

fordert, dass bis zum Jahr 2014 mindestens 50 Prozent der Verträge sozial-ökologische Anforderungen beinhalten. Bis 2018 soll die Beschaffung des Bundes zu 100 Prozent nach den definierten sozial-ökologischen Kriterien durchgeführt werden. [jg]

► www.cora-netz.de

Nachhaltige Entwicklung

Ressourcennutzung messen

■ Eine neue Studie im Auftrag der Umweltorganisation Friends of the Earth beschreibt die Nutzung von Ressourcen als Schlüsselindikator auf dem Weg zur nachhaltigen Entwicklung. Nicht nur der ökologische Effekt von Produkten, auch ► der biotische und abiotische Materialverbrauch,

► die für die Herstellung genutzte Wassermenge und
 ► Bodenfläche sowie
 ► die Treibhausgasemissionen
 müssten beachtet werden, schreiben die AutorInnen vom European Research Institute (SERI) in Wien. Sie schlagen diese vier Indikatoren als neues System für die Messung des Ressourcenverbrauchs vor. Es müssten dann jeweils Grenzwerte festgelegt werden, bis zu denen Produktion und Verbrauch noch nachhaltig sind.

Die Studie könnte für die EU-Umweltpolitik noch wichtig werden, unter anderem bei der Überarbeitung der thematischen Strategie für eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen im kommenden Jahr. [jg]

- SERI, Stefan Giljum, Wien, Tel. +43 (0)1 / 9690728-19, E-Mail: stefan.giljum@seri.at, www.seri.at
- Einführung: www.kurzlink.de/seri-ressourcen
- Studie: www.kurzlink.de/eu-resource-use.pdf

Amt übernehmen. Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) ist der Studienrat und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament Herbert Reul (CDU). Reul gilt als industriefreundlich und ist Atomkraftbefürworter.

Eine Entscheidung über den neuen Präsidenten der EU-Kommission verschob das Europaparlament auf September. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hatte den bisherigen Amtsinhaber José Manuel Barroso vorgeschlagen. Der Rat und wohl auch Barroso hatten auf eine frühere Entscheidung gehofft. [jg]

► www.europarl.eu (Tätigkeiten – Ausschüsse)

EU-Umweltbilanz 2008

Einige Erfolge, viel zu tun

■ Die EU-Kommission hat Ende Juni eine Überprüfung ihrer Umweltpolitik des letzten Jahres vorgenommen. 2008 sind laut ihrem Bericht wichtige politische Maßnahmen eingeführt worden, darunter die REACH-Verordnung und die Richtlinie über die Luftqualität, Umweltqualitätsnormen für Oberflächengewässer und die Erweiterung des Natura-2000-Schutzgebietsnetzes. „Die Kommission ist sich jedoch durchaus darüber im Klaren, dass mehr getan werden muss, nicht zuletzt, um die Umsetzung des EU-Rechts zu verbessern“, hieß es in einer Mitteilung.

Als Hauptaufgabenfelder sieht die EU-Kommission den Klimawandel sowie den Schutz der Biodiversität und der Wälder. Außerdem müssten angestoßene Projekte wie nachhaltige Produktions- und Konsummuster sowie der Übergang von einer Wegwerf- hin zu einer Verwertungsgesellschaft weiter verfolgt werden.

In zwei Anhängen zum Bericht werden die Daten ausführlich aufgeschlüsselt. Zudem werden die Leistungen der Mitgliedstaaten berichtet und im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt bewertet. Deutschland liegt meist im Mittelfeld. [jg]

► www.eu-koordination (EU-News – 06.07.09)

Fraktionen im EU-Parlament	
EPP	265 Sitze
S&D	184 Sitze
ALDE	84 Sitze
GREENS/EFA	55 Sitze
ECR	54 Sitze
GUE/ NGL	35 Sitze
EFD	32 Sitze
NA	27 Sitze
gesamt	736 Sitze
EPP:	Europäische Volkspartei (Christdemokraten)
S&D:	Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten
ALDE:	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GREENS/EFA:	Grüne/Freie Europäische Allianz
ECR:	Europäische Konservative und Reformisten
GUE/NGL:	Vereinigte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke
EFD:	Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie
NA:	fraktionslos

EU-Parlament

Jo Leinen leitet Umweltausschuss

■ Der neue Präsident des EU-Parlaments kommt aus Polen. Jerzy Buzek, ehemaliger Ingenieur in der Chemieindustrie und aktiv in der Solidarność-Bewegung, wurde Mitte Juli bei der konstituierenden Sitzung des Parlaments mit großer Mehrheit gewählt. Das Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte sieht der Konservative als Grundlage seines politischen Engagements. Unter den 14 neuen VizepräsidentInnen sind drei deutsche Abgeordnete: Dagmar Roth-Behrendt (SPD), Rainer Wieland (CDU) und Silvana Koch-Mehrin (FDP).

Der Jurist, Anti-Brokdorf-Aktivist und ehemalige saarländische Umweltminister Jo Leinen (SPD) ist für die ersten zweieinhalb Jahre der neuen Legislaturperiode des EU-Parlaments Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Anschließend soll der niedersächsische SPD-Abgeordnete Matthias Grootte das

„Der Markt muss für die Umwelt funktionieren“

Mikael Karlsson von der Swedish Society for Nature Conservation traut es der schwedischen Ratspräsidentschaft zu, die EU auf eine ökoeffiziente Wirtschaft umzustellen und den Durchbruch bei den UN-Klimaverhandlungen zu schaffen.

Umwelt aktuell: Was erwarten Sie von der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft, die am 1. Juli begonnen hat?

Mikael Karlsson: Zuerst erwarte ich, dass Schweden es schafft, die EU zu viel stärkeren Klimaschutzverpflichtungen zu drängen, sodass Europa im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels doch noch eine treibende Kraft wird. Das bedeutet vor allem anspruchsvollere Minderungsziele – etwa eine 40-prozentige Reduktion der Treibhausgase in der EU bis 2020 – sowie starke und konkrete Entscheidungen zum Transfer von Finanzmitteln und Klimatechnologien an Entwicklungsländer. Zweitens muss sich die schwedische Ratspräsidentschaft für einen strengeren Schutz der Biodiversität in Europa und weltweit starkmachen. Wir brauchen neue, ambitionierte Ziele, um den Verlust von Arten und Ökosystemen zu stoppen. Um hier glaubwürdig zu sein, muss Schwedens Regierung sofort ihre eigene Politik umkehren und zum Beispiel mehr Geld für den Biodiversitätsschutz bereitstellen. Drittens hoffe ich, dass die Präsidentschaft ihr Ziel, die EU auf eine ökoeffiziente Wirtschaft umzustellen, erreicht.

Was muss passieren, damit wir eine ökoeffiziente Wirtschaft in Europa bekommen?

Vor allem braucht Schweden Unterstützung für seine Ökoeffizienz-Agenda. Es fängt mit der Sichtweise an, dass Umweltpolitik Jobs schafft und zu mehr Wettbewerbsfähigkeit beiträgt – nicht andersherum. Die Agenda muss zu konkreten, wirksamen Maßnahmen führen und die zukünftigen Nachhaltigkeitsstrategien beeinflussen. Für die aktuellen Gesetzesdebatten etwa über Industrieemissionen, Gebäudeenergieeffizienz und andere Effizienzgesetze braucht Schweden Mitstreiter. Im Kern muss eine Ökoeffizienzagenda den Markt so gestalten, dass er für die Umwelt funktioniert. Dafür müssen umweltgefährdende Subventionen abgeschafft, die Steuern auf Verschmutzung und Ressourcen erhöht und die Steuern auf Arbeit oder Einkommen um den gleichen Betrag gesenkt werden. Hier könnte Schweden einen Prozess anschieben, bei dem gleichgesinnte Mitgliedstaat-

ten beispielsweise an einer zehnprozentigen Steuererlagerung im kommenden Jahrzehnt arbeiten. Weiter muss jede erfolgreiche Ökoeffizienzagenda auch andere Politikfelder beeinflussen: Fischerei, Landwirtschaft und nicht zuletzt den Etat der EU.

Was plant Ihr Verband für die nächste Zeit?

In Schweden verbreiten wir schon lange unsere Ideen zur Ökoeffizienz. Wir bringen sie nun bei zahlreichen offiziellen Treffen ein, zum Beispiel beim informellen EU-Umwelt- und Energieministerrat Mitte Juli in Schweden. Indem wir uns gemeinsam mit Unternehmen und lokalen Politikern für höhere Klimaziele einsetzen, wollen wir unserer und den anderen EU-Regierungen zeigen, dass viel mehr getan werden kann, als die EU bisher vorhat. Wir haben gerade mit dem Europäischen Umweltbüro unsere „10 grünen Prüfsteine“ für die schwedische Präsidentschaft veröffentlicht. Für die werden wir uns einsetzen und die Präsidentschaft am Jahresende daran messen. Und in der „Spring Alliance“ mit Gewerkschafts- und Sozialverbänden und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen fordern wir gemeinsam eine neue Nachhaltigkeitsagenda für das kommende Jahrzehnt. Wir haben ein Manifest verabschiedet, das die schwedische Präsidentschaft, die neue EU-Kommission und das neu gewählte Parlament zu einem grundsätzlichen Umdenken veranlassen soll.

Wie stark ist Schwedens Umweltbewegung?

Wenn Sie mich fragen, wirklich sehr stark – seit 100 Jahren!

[Interview: Maïke Vygen]

Mikael Karlsson ist Direktor der Swedish Society for Nature Conservation (SSNC) und Präsident des Europäischen Umweltbüros (EEB).

Kontakt: Tel. + 46 (0)8 / 7026590, E-Mail: mikael.karlsson@natur-skyddsforeningen.se, www.naturskyddsforeningen.se



EU-Ratspräsidentschaft

Zehn grüne Prüfsteine für Schwedens Präsidentschaft

Der Dachverband der europäischen Umweltverbände, das Europäische Umweltbüro (EEB), hat in Brüssel seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine veröffentlicht. Danach soll sich die schwedische Ratspräsidentschaft in ihrer Amtszeit im zweiten Halbjahr 2009 besonders für folgende Punkte einsetzen:

- ▶ Förderung und Umsetzung des Manifests „Menschen zuerst“ der Spring Alliance, eines Bündnisses von Umweltorganisationen, Sozialverbänden und Gewerkschaften,
- ▶ ein starkes und faires internationales Klimaabkommen in Kopenhagen,
- ▶ Förderung einer ökoeffizienten Wirtschaft,
- ▶ aussagekräftige Evaluation der Strategie für nachhaltige Entwicklung
- ▶ Verbesserung der Gebäudeenergieeffizienz,
- ▶ Verbesserung der Strategie für den Ostseeraum,
- ▶ Stärkung von Vermeidung und Wiederverwertung in der Abfallpolitik,
- ▶ ambitionierter Biodiversitätsschutz,
- ▶ globale Reduktion von Quecksilber,
- ▶ einheitliche Rahmenbedingungen zur Vermeidung und Verminderung von Industrieemissionen (IVU-Richtlinie).

Am Ende der Ratspräsidentschaft im Dezember will das EEB wie üblich die Erfolge des schwedischen Vorsitzes in der Umweltpolitik bewerten.

Auch die Naturschutzorganisation BirdLife International und ihr schwedischer Partner SOF haben Forderungen an die derzeitige Ratspräsidentschaft gestellt. Es geht darin vor allem um den Schutz der Artenvielfalt. [kw, jg]

- ▶ EEB, Generalsekretär John Hontelez, Brüssel, Tel. + 32 (0)2 / 2891091, www.eeb.org
- ▶ Zehn grüne Prüfsteine ausführlich: www.eu-koordination.de (EU-News – 02.07.09)
- ▶ BirdLife: www.kurzlink.de/nabu-eunaturschutz
- ▶ Schwedische Präsidentschaft, Arbeitsprogramm: www.kurzlink.de/eu2009sweden

EU-Ratspräsidentschaft Rückblick**Lob und Kritik für Tschechien**

■ Der Dachverband Europäisches Umweltbüro (EEB) hat am Ende der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Juni eine kritische Bilanz zu deren umweltpolitischen Erfolgen gezogen. Lob gab es für den Einsatz in der globalen Anti-Quecksilber- und für Fortschritte bei der Abfallpolitik. Auch dass Tschechien die Debatte der Klimaanpassung auf die Themen Biodiversität, Wassermanagement und Landnutzung lenkte, sah das EEB mit Wohlwollen. Harsche Kritik dagegen erntete das osteuropäische Land für Zeitverschwendung und mangelnden Ehrgeiz in der Klimapolitik. Die EU-FinanzministerInnen hätten keine konkreten Zusagen für die Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Anpassung an den Klimawandel gemacht, was die restliche Welt durchaus als negatives Signal für die Verhandlungen werte, so das EEB.

Auch für die Durchsetzung von Umweltrecht gab das EEB eine negative Bewertung. Weder sei die Mitteilung der EU-Kommission zu diesem Thema auf die Tagesordnung einer Ministerratsitzung gesetzt worden, noch habe es spürbare Fortschritte beim Zugang zu EU-Dokumenten gegeben. Bei der Industrieemissionsrichtlinie und der Bodenschutzrichtlinie habe die Präsidentschaft in Anbetracht der Umstände ihr Bestes getan – auch wenn die Resultate letztlich enttäuschend gewesen seien. [jg]

► www.eeb.org (Press Releases – 26/06/09)

EU-Sicherheitspolitik**Schutz vor atomar-biologisch-chemischen Gefahrstoffen**

■ Die Europäische Kommission hat Ende Juni ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Sicherheit (CBRN) vorgeschlagen. Kernpunkt des Pakets ist der europäische CBRN-Ak-

tionsplan. Er beinhaltet 133 Maßnahmen zur Erkennung dieser Stoffe, zur Reaktion auf sogenannte CBRN-Ereignisse und zur Prävention. Damit soll Unbefugten der Zugang zu CBRN-Stoffen so schwer wie möglich gemacht werden. „Die Vorstellung, dass Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen, einschließlich CBRN-Material, gelangen, ist äußerst beängstigend“, sagte der für Sicherheit zuständige EU-Kommissar Jacques Barrot.

Der Aktionsplan soll Ende des Jahres mit Vertretern der EU-Mitgliedstaaten diskutiert und – sofern eine Einigung zustande kommt – ab 2010 umgesetzt werden. [mv]

► www.europa.eu/rapid (Reference – IP/09/992)

Lissabon-Vertrag**Urteil in Deutschland, neues Referendum in Irland**

■ Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Juni in einer Grundsatzentscheidung mehrere Klagen gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon abgewiesen. Ein Begleitgesetz bezeichnete das Gericht dagegen als verfassungswidrig.

Geklagt hatten der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler sowie die Linkspartei. Das Gericht wies die Einwände gegen das Zustimmungsgesetz – mit dem die Bundesrepublik Deutschland dem Lissabon-Vertrag grundsätzlich zugestimmt hat – einstimmig als unzutreffend zurück. Im Grunde sei die deutsche Verfassung europarechtsfreundlich, sagte der Vorsitzende Richter des Zweiten Senats Andreas Voßkuhle. Es gebe zwar auch Grenzen der Europäischen Integration, dann nämlich, wenn die EU sich zu einem Bundesstaat weiterentwickeln sollte und Deutschland somit in der EU aufginge. Das sei mit dem Lissabon-Vertrag aber nicht der Fall.

Das Begleitgesetz über die Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in EU-Angelegenheiten sei dagegen verfassungswidrig. Es räume Bundestag und Bundesrat keine hinreichenden parla-

mentarischen Beteiligungsrechte ein, kritisierte das Gericht. Der Gesetzgeber müsse diese Rechte zunächst stärken, bevor der Bundespräsident den Vertrag ratifizieren dürfe. Der Bundestag will das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode ändern, dafür finden noch zwei Sondersitzungen am 26. August und am 8. September statt.

Die irische Bevölkerung soll am 2. Oktober nochmals über den EU-Reformvertrag abstimmen. Die EU-Staats- und Regierungschefs hatten dem Land im Juni Zugeständnisse gemacht, darunter militärische Neutralität und Sonderregelungen beim Abtreibungsverbot sowie in der Sozial- und Steuerpolitik. [ms, jg]

► www.bundesverfassungsgericht.de (Entscheidungen – 30. Juni 2009)

Umweltrecht**Bundesrat segnet Reste des Umweltgesetzbuchs ab**

■ In Deutschland hat der Bundesrat in seiner letzten offiziellen Sitzung dieser Legislaturperiode Mitte Juli noch 61 Gesetze behandelt, darunter vier umweltbezogene. Die vier aus dem gescheiterten Umweltgesetzbuch stammenden Nachfolgegesetze wurden beschlossen. Es handelt sich dabei um

- das Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege (siehe Titelthema, S. 4);
- das Gesetz zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung;
- das Gesetz zur Neuregelung des Wasserrechts sowie
- das Gesetz zur Bereinigung des Bundesrechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Rechtsbereinigungsgesetz Umwelt – RGU).

Im Wesentlichen folgten die Mitglieder des Bundesrates den Empfehlungen des Umweltausschusses. Damit ist der Weg frei für das Inkrafttreten der Gesetze. [jg]

► www.bundesrat.de

Von der Fähigkeit zu staunen

2009 jährt sich der Geburtstag von Charles Darwin zum 200. Mal. Sein Hauptwerk, die »Entstehung der Arten«, hat ihn weltberühmt gemacht. Doch was für ein Mensch steckt hinter dem Naturforscher Darwin? Was trieb den nimmermüden Abenteurer an? Angela und Karlheinz Steinmüller zeichnen ein sehr persönliches Bild: »Sie beschreiben den großen Charles Darwin nicht als einen der Welt entrückten Mythos, sondern fast romanhaft als einen Menschen des 19. Jahrhunderts.« (aus dem Vorwort von Josef H. Reichholf)

A. & K. Steinmüller

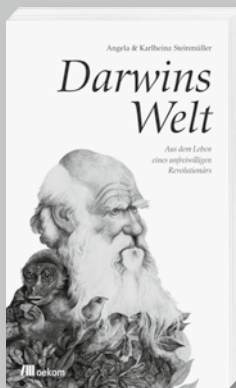
Darwins Welt

Aus dem Leben eines
unfreiwilligen Revolutionärs

320 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-124-0

 oekom

Erhältlich bei www.oekom.de
kontakt@oekom.de
Fax +49/(0)89/54 41 84-49



VERKEHR & TOURISMUS

Grenzverkehr

Feste Fehmarnbeltquerung immer wahrscheinlicher

■ Der geplante Brückenschlag oder Tunnel zwischen Dänemark und Deutschland hat eine weitere Hürde genommen. Nach dem Parlament in Kopenhagen sowie Bundestag und Bundesrat in Berlin gab im Juli auch die EU-Kommission grünes Licht für die Planung einer festen Verbindung in der Ostsee. Die Inseln Fehmarn und Lolland sind durch den Fehmarnbelt, eine 19 Kilometer breite Meeresstraße, getrennt, auf der ein reger Fährverkehr herrscht.

Die EU-Kommission hatte keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken gegen das eigens gegründete staatliche Unternehmen Femern Bælt A/S und billigte das Finanzierungsmodell der dänischen Regierung aus öffentlichen Geldern für die Planungsphase. Dafür sind rund 194 Millionen Euro veranschlagt. Das Unternehmen werde als staatliche Behörde tätig, es handele sich also nicht um staatliche Beihilfe, hieß es in einer Mitteilung der Kommission.

Bis zum Jahr 2018 soll die Verbindung fertig sein. Bevorzugte Variante ist der Bau einer Schrägseilbrücke, aber auch ein Tunnel wird laut Kommission noch geprüft. Der Bau würde die Fahrtzeit zwischen Mitteleuropa und Skandinavien um eine Stunde verkürzen. Dänemark trägt die Baukosten in Höhe von schätzungsweise fast fünf Milliarden Euro. Deutschland muss die Bahn- und Straßenanbindung auf deutscher Seite bezahlen, für die bisher rund 800 Millionen veranschlagt werden.

Umweltverbände wie NABU und BUND protestieren seit Langem gegen das Verkehrsprojekt, weil es gegen EU-Naturschutzrecht verstoße (umwelt aktuell 07.2009, S. 25). [mbu]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission:
www.kurzlink.de/fehmarnebeltfinanzen
- ▶ NABU Schleswig-Holstein, Neumünster,
Tel. +49 (0)173 / 9373241, www.nabu-sh.de

Verkehrsverlagerung

Emissionshandel schiebt Eisenbahn aufs Abstellgleis

■ Die geplante EU-Neuregelung des CO₂-Emissionshandels ab 2013 könnte Bahnkunden dazu bringen, von der Schiene auf die Straße oder das Flugzeug umzusteigen. Das ergab eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Die Wissenschaftler berechneten, dass der Bahnverkehr in Deutschland pro Jahr etwa zweieinhalb Millionen Fahrgäste an andere Verkehrsträger verlieren könnte. Gleichzeitig würden jährlich 770.000 Tonnen CO₂ mehr als bisher ausgestoßen. Der Grund: Die Eisenbahn soll in vier Jahren ihre Klimaschutzzertifikate zu 100 Prozent ersteigern, während Fluggesellschaften 85 Prozent der Verschmutzungsrechte geschenkt bekommen. Der Straßenverkehr soll gar nicht in den Emissionshandel einbezogen werden. Für die Bahn bedeutet dies laut der Studie höhere Stromkosten, die wahrscheinlich zu teureren Tickets führen würden. Laut ZEW ist dies eine Ungleichbehandlung. Die Eisenbahn würde benachteiligt und es könnte statt zu einer Senkung der CO₂-Emissionen sogar zu einem Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgase kommen, prognostizierten die Wissenschaftler.

Umwelt- und Verkehrsverbände fordern Nachbesserungen beim Emissionshandelssystem. Die klimaschädlichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern müssten beendet und die Zertifikate für den Flugverkehr vollständig versteigert werden, sagte der Bundesvorsitzende des Verkehrsclub Deutschland (VCD) Michael Gehrman. Die Allianz pro Schiene schlug vor, die Bahn durch geringere Steuern und Abgaben zu entlasten, solange der Luftverkehr nicht alle Zertifikate ersteigern müsse. [mbu]

- ▶ ZEW, Georg Bühler, Mannheim, Tel. +49 (0)621 / 1235-01, E-Mail: buehler@zew.de, www.zew.de
- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Kfz-Steuer**Zwei Euro pro Gramm CO₂**

■ Seit Juli gilt in Deutschland eine neue Berechnungsgrundlage für die Kfz-Steuer. Nicht mehr der Hubraum entscheidet über die Höhe der Steuer, sondern die Menge an ausgestoßenem Kohlendioxid. Die Neuregelung betrifft aber nur ab Juli neu zugelassene Wagen. Bis 2011 sind die ersten 120 Gramm emittiertes CO₂ pro Kilometer frei, jedes weitere Gramm kostet dann zwei Euro im Jahr. 2012 soll der Freibetrag auf 110 Gramm fallen, ab 2014 auf 95 Gramm – ebenfalls nur für Neuzulassungen. Damit sollen die Autobauer dazu gebracht werden, schadstoffärmere Autos anzubieten.

Das bezweifelt der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD). Die neue Kfz-Steuer bringe keinerlei Lenkungswirkung zugunsten sparsamer Autos, hieß es bei dem Verband. Statt Spritschlucker mit hohen Kosten zu belegen und Energieeffizienz zu belohnen, bevorzugen die neue Kfz-Steuer vor allem Dieselfahrzeuge. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Radverkehrsförderung**Radprämie auch in Frankfurt**

■ Nach dem Vorbild von Mannheim gab es im Juli auch in Frankfurt am Main eine Prämie von 50 Euro für Einwohnerinnen und Einwohner, die ihr altes Fahrrad abgeschrieben und dafür in ihrer Stadt ein neues gekauft haben. Keinen Zuschuss erhielten Mountainbikes, Rennräder und Kinderäder. Die Drahtesel mussten noch funktionstüchtig sein, denn sie wurden nicht verschrottet, sondern wieder hergerichtet und an Bedürftige vergeben. Wer die Prämie kassieren wollte, musste neben einem Kaufbeleg für das neue Fahrrad auch das alte Rad mitbringen. Obwohl es nur ein bescheidener Beitrag war, lobte der VCD die Aktion, weil sie ein umweltfreundliches Verkehrsmittel unterstütze. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/radpraemie-frankfurt

WASSER & MEERE

Nachhaltige Fischerei**EU fördert ökologisch umstrittene Fischfarmen**

■ Ende Juni hat die EU-Kommission die Durchführungsbestimmungen für die ökologische Aquakultur zur neuen EU-Bioverordnung verabschiedet. Damit gibt es erstmals eine europaweite gesetzliche Regelung für Biofisch und -meeresfrüchte. Zuvor hatten die zuständigen Minister im Rat für Landwirtschaft und Fischerei der Kommissionsstrategie zugestimmt, der Aquakultur neue Impulse zu geben. So sollen Fischfarmen künftig stärker gefördert werden.

Aquakulturen seien wichtig für die „nachhaltige Ausbeutung der Gewässer“, sagten die für Fischerei zuständigen Minister. Im Gegensatz zum starken weltweiten Wachstum habe die Branche in Europa im letzten Jahrzehnt stagniert. Im April hatte die EU-Kommission deshalb eine entsprechende Strategie vorgeschlagen.

Nach offiziellen Angaben produzieren Europas Fischfarmen im Jahr etwa 1,3 Millionen Tonnen Fisch im Wert von gut drei Milliarden Euro – rund zwei Prozent der Weltproduktion. Aquakulturen gibt es für Schalentiere, Salz- und Süßwasserfische. Hauptproduzenten sind Frankreich, Spanien, Italien und Großbritannien. Deutschland verkauft vor allem Forellen und Karpfen aus Fischfarmen.

Gegen die Überfischung hülften diese aber nicht, warnte Greenpeace. Die Aquakultur treibe die Ausbeutung der Meere weiter voran, denn viele der Zuchtfische seien Raubfische, die selbst Fisch als Nahrung brauchten. Laut Greenpeace müssen für ein Kilogramm Zuchtlachs bis zu fünf Kilo Wildfische gefüttert werden. Bei der Thunfischzucht seien sogar 20 Kilo Futter pro Kilo Thunfisch nötig. [mbu]

- ▶ Schlussfolgerungen des Agrarrates zur Aquakultur: www.kurzlink.de/eu-aquakultur
- ▶ www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei

Schutz der Meeressäuger**Keine neuen Walfangquoten**

■ Ohne greifbares Ergebnis ist die Tagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) Ende Juni auf Madeira zu Ende gegangen. Dies teilte die Gesellschaft zum Schutz der Meeressäuger (GSM) mit. Seit einem Jahr versucht eine Arbeitsgruppe aus 84 Ländern, die IWC zu reformieren. Immerhin konnte sich das Gremium darauf einigen, in kleineren Gruppen mindestens ein weiteres Jahr daran zu arbeiten.

Die IWC zeigte sich weiter nicht in der Lage, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Weder Befürworter noch Gegner des Walfangs können allein die Dreiviertelmehrheit erzielen, die für Beschlüsse erforderlich ist. Auch wenn nur drei Staaten – Japan, Island und Norwegen – noch aktiven Walfang betreiben, verfügen diese über verhältnismäßig viele Stimmen. Nach Angaben von Greenpeace sicherte sich Japan durch Zahlungen die Stimmen vor allem kleinerer Pazifik- und Karibikstaaten, die selbst nur eine jährliche Fangquote von zwei bis drei Wale besitzen. Im vergangenen Jahr wurden nach IWC-Angaben mehr als 1.900 Wale getötet, davon gut 1.000 von japanischen Walfängern.

Die Mitglieder der IWC konnten sich nicht auf neue Fangquoten einigen. So hatte Grönland zusätzlich zu Quoten von Finn-, Zwerg- und Grönlandwalen beantragt, noch zehn Buckelwale jagen zu dürfen. Für die indigenen Bewohner Grönlands gilt das Fangverbot zu kommerziellen Zwecken nicht. Bei dem Anspruch auf die gefährdeten Buckelwale gingen die Meinungen weit auseinander. Entscheiden soll nun eine Sondersitzung im Herbst.

Dies kritisierte die internationale Wal- und Delfenschutzorganisation (WDCS) als ökologisch und ökonomisch nicht akzeptabel. Der IWC-Vorsitzende habe Verfahrenstricks genutzt, um eine Abstimmung zu verhindern, als klar war, dass der Antrag Grönlands keine Mehrheit erhalten würde, hieß es bei der WDCS. [mbu]

- ▶ GSM: www.gsm-ev.de
- ▶ IWC: www.iwcoffice.org
- ▶ WDCS: www.wdcs-de.org

DIE ZUKUNFT
DES
WIRTSCHAFTENS
HAT BEGONNEN!

2
2009

NEU!



SCHWERPUNKT

Social Entrepreneurship

Von Zukunftsgründern und Heldengeschichten

WEITERE THEMEN

- Ökonomie und Nachhaltigkeit im Europa-Wahlkampf
- Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung
- Klimapolitik ganzheitlich denken

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

oekom@de.rhenus.com

Leseproben, Informationen zur
Zeitschrift und Abbedingungen:

www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

Meeresschutz

Weltnaturerbe Wattenmeer

■ Das Wattenmeer an der deutschen und niederländischen Nordseeküste ist zum Welterbe der Menschheit erklärt worden. Das entschied das Welterbekomitee der Unesco Ende Juni in Sevilla. Bislang gibt es weltweit rund 200 Naturdenkmäler, darunter der Grand Canyon in den USA, die Galapagosinseln im Pazifik und das Great Barrier Reef in Australien. Die Juroren würdigten das Wattenmeer als eines der größten küstennahen und zeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde. Das Gebiet sei ein einzigartiges Ökosystem mit besonderer Artenvielfalt.

Der NABU lobte die Ernennung des Wattenmeers zum Weltnaturerbe. Die größte zusammenhängende Naturlandschaft in Mitteleuropa werde damit in ihrer Bedeutung gestärkt. Das Wattenmeer mit seinen Salzwiesen und Muschelbänken sei ein weltweit einmaliger Lebensraum für viele bedrohte Tiere und Pflanzen sowie Drehscheibe für Millionen Zugvögel wie Ringelgänse, Eiderenten und Alpenstrandläufer. Dort lebten tausende Seevögel, darunter auch europaweit bedrohte Arten wie Brandseeschwalbe und Seeregenpfeifer sowie Schweinswale, Seehunde und Kegelrobben.

Der niedersächsische NABU-Landesvorsitzende Holger Buschmann forderte, für den Schutz dieses Gebietes nun noch mehr zu tun. Die wichtigen Hochwasserplätze der Zugvögel hinter dem Deich seien bis heute nicht ausreichend geschützt. Offshore-Windkraft und Massentourismus stellten eine ständige Bedrohung des Wattenmeers dar. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte, für die Bundesregierung sei es ebenfalls eine Verpflichtung, dem Schutz des Wattenmeers auch in Zukunft hohe Priorität einzuräumen.

Im Januar 2008 hatten Deutschland und die Niederlande bei der Unesco den Welterbe-Antrag gestellt. Das angemeldete Gebiet umfasst die Flächen der beiden Wattenmeer-Nationalparks in Schleswig-Holstein und Niedersachsen sowie eines Schutzgebiets in den Niederlanden mit einer Fläche von zusammen fast 10.000

Quadratkilometern. Ausgenommen vom Welterbestatus ist das Hamburger Wattenmeer. Zugunsten der Elbvertiefung hatte Hamburg darauf verzichtet, sich am Antrag zu beteiligen. Deutschland hat derzeit 33 Welterbestätten, davon nur noch eine Naturerbebestätte: die Grube Messel bei Darmstadt. [jgl]

- Bundesumweltministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, Fax -2016, www.bmu.de
- NABU Niedersachsen, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 9105-0, www.niedersachsen.nabu.de

Invasive Arten

Artenkiller Ballastwasser

■ Täglich werden in den Ballastwassertanks von Schiffen Tausende Arten durch die Welt gefahren und verursachen laut der Umweltstiftung WWF Schäden in Höhe von 36 Milliarden Euro. Wenn die Meerestiere in fremde Lebensräume eindringen, seien ihnen die dort lebenden Spezies schutzlos ausgeliefert, weil es keine natürlichen Feinde gebe. Die invasiven Arten bringen laut WWF das ökologische Gleichgewicht durcheinander und schaden vor allem der Fischerei, den Wasserversorgern und Hafentreibern. Auch Deutschland sei längst betroffen.

So siedelte sich die Nordamerikanische Rippenqualle, die im Schwarzen Meer Sardelle und Sprotte fast ausgerottet hat, auch in Nord- und Ostsee an. Auch die Chinesische Wollhandkrabbe verbreitete sich in Europa, warnte der WWF. Diese Krabbenart habe in Deutschland Flussufer, Fischereiausrüstung und industrielle Infrastruktur im Schätzwert von 80 Millionen Euro zerstört. Auch Schwebegarnelen breiteten sich sehr schnell in Deutschland aus. Große Schwärme seien in Rhein, Main und Bodensee gesichtet worden. Der WWF fordert daher, endlich ein internationales Abkommen gegen die unsachgemäße Entsorgung von Ballastwasser zu ratifizieren. Die Technologie, mit der die Ausbreitung von Arten durch Ballastwasser vermieden werden könnte, gebe es längst und sie sei auch nicht zu teuer, sagte Karoline Schacht

vom WWF. Von den zehn weltweit führenden Schifffahrtsnationen unterschrieb aber bisher nur Liberia eine Konvention, die Richtlinien und Standards für die effektive Kontrolle und Reinigung von Ballastwasser vorschreibt. [mbu]

- ▶ WWF Deutschland, Fischereiexpertin Karoline Schacht, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200-127, E-Mail: schacht@wwf.de, www.wwf.de

Flusstemperatur

Rhein wird immer wärmer

■ Weil ständig große Mengen Kühl- und Abwässer in den Rhein fließen, ist die Durchschnittstemperatur des Flusses in den letzten 100 Jahren um rund drei Grad gestiegen. Das ergab eine Studie des BUND. Nur etwa ein Grad sei davon auf den Klimawandel zurückzuführen. Am wärmsten sei das Rheinwasser zwischen Mainz und Worms in Rheinland-Pfalz.

Laut BUND leiten Atom- und Kohlekraftwerke, Industriebetriebe und Kläranlagen mehrere 10.000 Megawatt Abwärme in den Rhein. Spitzenreiter sei das französische AKW Fessenheim mit rund 4.000 Megawatt. Die Flusserwärmung gefährde sogar die Wiederansiedlung von Lachsen im Rhein. Diese stellten bei etwa 25 Grad Wassertemperatur ihre Sommerwanderung flussaufwärts ein. Stellenweise würden aber bis zu 28 Grad gemessen.

Die Erwärmung stoppen kann aus Sicht des BUND nur eine schnelle Energiewende. Im Hitzesommer 2003 musste das AKW Obrigheim bereits wegen zu starker Kühlwassererwärmung abgeschaltet werden, die Meiler in Neckarwestheim und Philippsburg mussten ihre Leistung drosseln. Der Umweltverband fordert, keine neuen Kohlekraftwerke am Rhein und seinen Nebenflüssen zu bauen. Stattdessen sollten dezentrale Blockheizkraftwerke Strom und Wärme für Gebäude liefern. [mbu]

- ▶ BUND Rheinland-Pfalz, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 62706-0, Fax -66, E-Mail: info@bund-rlp.de
- ▶ Studie: www.bund-rlp.de (Themen & Projekte – Wasser – Wärmelast Rhein)

Wasserrahmenrichtlinie

Gewässerschutz von morgen

■ Die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie können in Deutschland nicht erfüllt werden, solange die Minderungsziele für Nitrat und Phosphat aus der Landwirtschaft nicht ausreichen und solange der Klimawandel als zusätzlicher Faktor für das Absinken der Grundwasserspiegel außer Acht gelassen wird. Diese Ergebnisse eines Projekts der Grünen Liga zeigen nach Ansicht des Umweltverbandes zwei der künftigen Konfliktlinien im Gewässerschutz. Weitere Handlungsfelder sowie zahlreiche Positivbeispiele haben Wasserexperten des Verbandes jetzt in einer Publikation über „Gewässerschutz im Zeichen der Wasserrahmenrichtlinie“ zusammengefasst. Die Grüne Liga will damit erreichen, dass bei der derzeitigen Erarbeitung der Bewirtschaftungspläne für deutsche Flussgebietseinheiten Naturschutzbelange stärker berücksichtigt werden. [mb]

- ▶ DNR/Grüne Liga, Arbeitskreis Wasser, Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-44, www.wrrl-info.de (Angebote – Projektmaterialien)

nicht nachgekommen zu sein. Der Ilisu-Staudamm sollte den Fluss Tigris auf einer Länge von 85 Kilometern aufstauen. Für den entstehenden 300 Quadratkilometer großen Stausee hätten knapp 11.000 Anwohner umgesiedelt werden müssen, weitere Zehntausende hätten ihr Acker- und Weideland verloren. Auch wäre die 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf mit unschätzbaren Kulturgütern in den Fluten versunken.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie das Bundesentwicklungsministerium begrüßten den Ausstieg der Kreditinstitute. Die europäischen Regierungen würden sich endlich für den Schutz von Menschenrechten, Kulturgütern und Umwelt einsetzen, sagte Heike Drillisch von der Organisation Urgewald.

Noch ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass der Staudamm trotzdem gebaut wird. Die türkische Regierung reagierte mit Verärgerung auf den Ausstieg der Kreditinstitute. Sie will das Projekt nun ohne europäische Hilfe realisieren. [ms]

- ▶ www.gegenstroemung.org

Unternehmensverantwortung

Viel Kosmetik, wenig Ethik

■ Immer mehr international tätige Unternehmen schreiben sich bei ihren Auslandsinvestitionen verantwortungsvolles Handeln auf die Fahnen. Verstöße gegen Umwelt- und Sozialstandards oder gegen die Menschenrechte sind in einigen Branchen dennoch eher die Regel als die Ausnahme. Das ist das Ergebnis einer umfangreichen Untersuchung der Ratingagentur oekom research und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers.

Die Autoren nahmen 825 Unternehmen aus 40 Branchen, die in 38 Ländern investieren, unter die Lupe. Die meisten von ihnen gaben an, bei Auslandsinvestitionen die Prinzipien der Corporate Social Responsibility zu berücksichtigen – und zwar aus zwei Gründen: einmal, um den eigenen ethischen Ansprüchen zu genügen, und zweitens, um die Reputation des

WIRTSCHAFT & UNTERNEHMEN

Exportbürgschaften

Kein Geld für Ilisu-Staudamm

■ Die Finanzierung des umstrittenen Ilisu-Großstaudamms im Südosten der Türkei ist vorerst gescheitert. Nachdem die Exportkreditagenturen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ihre Bürgschaftszusagen für beteiligte Unternehmen aus ihren Staaten zurückgezogen haben, kündigten auch die wichtigsten Banken – DekaBank, UniCredit/Bank Austria und Société Générale – ihre Kreditzusagen. Die Institute werfen dem türkischen Bauherrn vor, gegen Umwelt- und Menschenrechtsauflagen zu verstoßen und auch mehrfachen Aufforderungen zur Nachbesserung

Unternehmens nicht zu gefährden.

In der Praxis zeigte sich allerdings ein anderes Bild: So verstießen zwei von drei Unternehmen aus der Unterhaltungselektronikbranche und jedes zweite Unternehmen der Computerindustrie gegen diverse Arbeitsrechte. Jedes dritte Bergbauunternehmen und jeder fünfte Mineralölkonzern sah sich Vorwürfen der Menschenrechtsverletzung ausgesetzt. Auch Verstöße gegen Umweltvorschriften sind laut der Studie an der Tagesordnung.

Die Autoren empfehlen den Unternehmen dringend, die Kluft zwischen den häufig sehr guten Leitlinien und Absichten auf der einen und den gravierenden Mängeln bei der Umsetzung auf der anderen Seite zu beseitigen. [ms]

- ▶ oekom research, München, Tel. +49 (0)89 / 54418490, E-Mail: info@oekom-research.com
- ▶ www.oekom-research.de (Info-Center – Studien)

Menschenrechte

Beschwerde gegen unfairen Kaffeeimporteur

■ Die Menschenrechtsorganisation FIAN wirft der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe vor, nichts gegen die Vertreibung von 400 Kleinbauernfamilien in Uganda unternommen zu haben. FIAN hat deswegen Beschwerde beim Bundeswirtschaftsministerium wegen eines Verstoßes gegen die Leitlinien für Multinationale Unternehmen der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eingereicht.

Der Konflikt begann 2001, als die ugandische Armee die 400 Familien FIAN zufolge gewaltsam vertrieb. Kurz darauf weihte die Neumann Gruppe auf dem freigewordenen Land die Kaweri-Kaffeeplantage ein. Nach Informationen von FIAN sind die Kleinbauern für den Verlust ihres Landes und ihrer Häuser nicht entschädigt worden, was ein klarer Verstoß gegen die OECD-Leitlinien wäre. Bis heute ist es zu keiner Vermittlung zwischen den Konfliktparteien gekommen.

Die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen fordern von weltweit agierenden Konzernen, Mindest-Verhaltensstandards für den Schutz von Menschenrechten oder der Umwelt einzuhalten. Sie sind zwar unverbindlich, gleichwohl definieren sie einen Mechanismus, über den sich Betroffene bei der jeweiligen Regierung des Unternehmens beschweren können. Die zuständige Kontaktstelle in Deutschland ist das Bundeswirtschaftsministerium. [ms]

- ▶ www.kurzlink.de/oecd-kontaktstelle
- ▶ FIAN Deutschland, Gertrud Falk, Tel. +49 (0)172 / 1848783, E-Mail: g.falk@fian.de, www.fian.de

Energiewirtschaft

Rekord-Kartellstrafe der EU gegen Gasversorger

■ Die Europäische Kommission hat eine Strafe in Höhe von insgesamt 1,1 Milliarden Euro gegen die deutsche Eon Ruhrgas AG und das französische Unternehmen GDF Suez wegen unerlaubter Absprachen im Gasmarkt verhängt. Es handelt sich um die erste Kartellstrafe im Energiemarkt und die zweithöchste Strafe, die die Kommission je beschlossen hat.

Die beiden Energieversorger hatten 1975 einen Vertrag geschlossen, nach dem sie ihr Gas nicht im Land des jeweils anderen Unternehmens verkaufen würden. Mit der Liberalisierung der europäischen Gasmärkte in den 1990er-Jahren war diese Absprache ein klarer Verstoß gegen das Verbot von Kartellen nach Artikel 81 des EG-Vertrages und hätte verworfen werden müssen. Beide Konzerne hielten nach Auffassung der EU-Kommission allerdings bis zum Jahr 2005 an ihren Praktiken fest.

Eon und GDF Suez bezeichneten die Entscheidung der Kommission als „nicht nachvollziehbar“ und warfen der Kommission vor, Marktabsprachen zu konstruieren und wirtschaftliche Zusammenhänge zu ignorieren. Sie reichten Klage gegen die Entscheidung beim Europäischen Gerichtshof erster Instanz ein. [ms]

die klima-allianz

“Welchen Weg wählt Deutschland aus der Wirtschafts- und Klimakrise?”

Die Bundestagswahl ist energiepolitisch eine Richtungsentscheidung, daher führt die Klima-Allianz von Mitte Juli bis Mitte September bundesweit zehn Podiumsdiskussionen in verschiedenen Wahlkreisen mit den Direktkandidaten vor Ort durch.

Debatten mit Kandidaten, die Energieexperten sind:*

- **Bonn:** 9. September, 20.00 Uhr; Uli Kelber (SPD), Katja Dörner (Grüne), Paul Schäfer (Linke), N.N. (FDP), Stefan Eisel (CDU, angefragt)
- **Dortmund:** 24. August, 20.00 Uhr im Reinoldinum; Michael Kauch (FDP) und Marco Bülow (SPD)
- **Essen:** 10. September, 20.00 Uhr; Rolf Hempelmann (SPD), Jutta Eckenbach (CDU), Ute Hegener (Grüne)

„Runden“ in Wahlkreisen mit Kohlekraftwerksplanungen:

- **Düsseldorf:** 19. August, 20.00 Uhr, Goethe-Hafez-Saal; Michael Müller (SPD), Gisela Piltz (FDP, angefragt), Thomas Jarzombek (CDU), Mona Neubaur (Grüne)
- **Mainz/Wiesbaden:** 31. August, 20.00 Uhr; Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), N.N. (FDP), N.N. (CDU), Gisela Schuchalter-Eicke (Grüne)
- **Mannheim:** 24. September, 20.00 Uhr; Dr. Gerhard Schick (Grüne), Dr. Birgit Reinemund (FDP), Stefan Rebmann (SPD) (angefragt), Prof. Dr. Egon Jüttner (CDU), Michael Schlecht (Die Linke)
- **Rügen/Lubmin:** 31. August, 20.00 Uhr, Stralsund; Angela Merkel (CDU, angefragt), Sonja Steffen (SPD), Gino Leonhard (FDP), Dr. Marianne Linke (Linke)

* Weitere Termine und Infos : <http://www.klimawahl2009.de/>

umwelt aktuell Spezial zur Bundestagswahl

Die Parteien haben ihre Wahlprogramme vorgelegt, zahlreiche Organisationen Wahlprüfsteine verschickt. Über Atomkraft oder Klimaschutz wird seit Wochen breit debattiert. Daneben sind es aber oft die übergreifenden Themen, die unseren Alltag beeinflussen. Deshalb beleuchten Gastautoren in diesem umwelt aktuell Spezial die Positionen der fünf aussichtsreichsten Parteien zu Generationengerechtigkeit, Steuerpolitik, Rohstoffhandel, Bioenergie und Fußgängerverkehr.

29 Parteien und politische Vereinigungen werden sich an der Bundestagswahl am 27. September beteiligen. Sechs von ihnen werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten und in das deutsche Parlament einziehen. 598 Sitze sind zu vergeben, eventuell kommen einige Überhangmandate hinzu. Die Bürgerinnen und Bürger können mit ihrer Erststimme Personen und mit der Zweitstimme Parteien wählen, deren Positionen ihren eigenen Ansichten am ehesten entsprechen. Doch werden die Parteien ihre Wahlversprechen halten? Wie sehen die notwendigen Kompromisse im politischen Alltag in welcher Koalition aus? Wirklich wissen können wir das erst am Ende der Legislaturperiode voraussichtlich im Jahr 2013.

Als Entscheidungshilfe finden Sie in diesem Spezial Analysen zu fünf Themen rund um den Umweltschutz. Gastautoren aus Nichtregierungsorganisationen (NGO) haben die Wahlprogramme, das Abstimmungsverhalten und die sonstige Politik der Parteien kritisch geprüft. Denn eine zukunftsfähige Regierung muss enkeltaugliche Entscheidungen treffen, mit einem Bewusstsein für die ökologische Krise auf die Finanzkrise reagieren und beim Handel mit Ressourcen auf Menschenrechte und Umweltschutz achten. Auch bei Biokraftstoffen und in der Verkehrspolitik sind nachhaltige Lösungen gefragt.

Lassen Sie sich inspirieren und treffen Sie eine gute Wahl! **[Die Redaktion]**

Auswahl umwelt- und entwicklungspolitischer NGO-Forderungen zur Bundestagswahl:

- ▶ BUND: KandidatInnen-Check zu Atomausstieg, Kohlekraftwerken und Gentechnik: www.bund.net/kandidatinnencheck
- ▶ NABU: www.nabu.de (Themen – Umweltpolitik – Wahlen – Superwahljahr)
- ▶ Verkehrsclub Deutschland: www.vcd.org/?208
- ▶ Deutscher Tierschutzbund: www.tierschutzbund.de/3441.html
- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de/?auf_ruf_gegen_den_hunger
- ▶ Klima-Allianz: www.klimawahl2009.de
- ▶ WWF: www.wwf.de

Generationengerechtigkeit

Enkeltaugliche Entscheidungen treffen

Die Deutschen stellen im Superwahljahr kurz-, mittel- und langfristige Weichen für die Zukunft

Die Umweltpolitik ist ein Maß für die Zukunftsfähigkeit von Wahlprogrammen. Alle größeren Parteien räumen der Umwelt einen hohen Stellenwert ein – auf dem Papier. Inwieweit die Parteien ihre Vorhaben nach der Wahl auch umsetzen, hängt unter anderem von der Art der Koalition ab. ■ VON PATRICK WEGNER UND JÖRG TREMMEL, SRZG

Die Konstellation im Jahr 2009 ist außergewöhnlich. Wir erleben das Superwahljahr, das Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Verstaatlichungen und Konjunkturpakete, das „Obama-Jahr“ und nicht zuletzt die entscheidenden Verhandlungen über das Kyoto-Nachfolgeprotokoll. Die Deutschen sind zu einem Zeitpunkt aufgerufen, den neuen Bundestag zu wählen, an dem Entscheidungen über wichtige kurz-, mittel- und langfristige Entwicklungen anstehen.

Kurzfristig stellt sich die Frage, wie wir mit der Finanzkrise umgehen sollen. Sind Abwrackprämie und Staatshilfe für strauchelnde Unternehmen die richtigen

Mittel oder erliegt die Politik in Zeiten des Wahlkampfes der Versuchung, wenig nachhaltige Konjunkturpakete mit großem Verpuffungseffekt zu verabschieden? Mittelfristig müssen wir entscheiden, wie unser Finanz- und Wirtschaftssystem in Zukunft aussehen soll. Dabei brauchen wir grundlegende Antworten, wie stark die Rolle des Staates in unserer Gesellschaft sein soll. Langfristig stellen sich schließlich die großen Fragen der Generationengerechtigkeit unserer Gesellschaft. Wie sichern wir die Nachhaltigkeit unseres Sozialsystems, wie verhindern wir eine totale Überschuldung kommender Generationen und wie vermeiden wir, dass wir unseren Nachfahren

eine vom Klimawandel stark veränderte Welt hinterlassen? Kurz: Wie stellen wir sicher, dass kommende Generationen die gleichen Chancen haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, wie wir?

Wir wählen auch für die noch nicht Geborenen mit

Während uns die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen klar vor Augen stehen, unterliegt unsere Auseinandersetzung mit langfristigen Themen einer fatalen Aufmerksamkeitskonjunktur. Den Beweis dafür lieferte die Politik der vergangenen Monate, die die Klimaziele im wahrsten

Sinne des Wortes abwrackte, um rückständige Industriezweige kurzfristig zu fördern. Wenn wir die langfristigen Entwicklungen jedoch ernst nehmen, sollte uns bewusst sein, dass wir immer auch für die noch ungeborenen Generationen zur Wahlurne gehen. Die Bundestagswahl 2009 ist daher, wie jede Bundestagswahl, auch eine Generationenwahl. Wir beeinflussen durch unsere Entscheidungen wesentlich die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde, und sollten uns im Moment der Wahrheit nicht aus der Verantwortung stellen.

Wahlprogramme mit Langfristwirkung – welche Rolle spielt die Umwelt?

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns als WählerInnen mit den langfristigen Auswirkungen der Wahlprogramme der Parteien beschäftigen, die sich im September zur Wahl stellen. In Anbetracht der Herausforderungen durch den Klimawandel ist klar, dass die Umweltpolitik dabei eine wesentliche Rolle spielt. Sie bietet sich daher in besonderem Maße an, um die Zukunftsfähigkeit der Wahlprogramme zu vergleichen. Dabei sind die Energiepolitik, die Verkehrspolitik und der Umweltschutz die wichtigsten Aspekte.

Vergleicht man die kürzlich verabschiedeten Wahlprogramme der größeren Parteien (CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linkspartei), wird deutlich, dass die Umweltpolitik in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen hat. Keine Partei kann es sich mehr leisten, ein Wahlprogramm zu verabschieden, das nicht auf die Kernaspekte der Umweltpolitik eingeht. In vielen Bereichen hat sich dabei ein weitgehend parteiübergreifender Konsens herausgebildet, in anderen Bereichen gehen die Positionen noch mehr oder weniger stark auseinander.

Kernthemen: Energie, Verkehr und Naturschutz

In der Energiepolitik sprechen sich alle Parteien für eine Reduktion der CO₂-Emissionen und eine schrittweise Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien

an der Strom- und Wärmeproduktion aus. Am weitesten geht die Forderung der Grünen, die bis 2040 einen 100-prozentigen Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion verlangen. Auch fordern alle Parteien die Verbesserung der Energieeffizienz bei Gebäuden. Sie unterscheiden sich vor allem darin, in welchem Ausmaß sie diese Energiewende fördern und forcieren wollen. Linke, Grüne und SPD halten am Atomstopp fest, CDU/CSU und FDP sehen die Kernenergie als wichtige Übergangstechnologie. Generell nehmen die Union, die FDP und zu einem geringeren Teil auch die SPD bei der Energiewende mehr Rücksicht auf die traditionellen Stromerzeuger. Alle drei wollen, im Gegensatz zu den Grünen, die Technik des Carbon Capture and Storage (CCS) zum unterirdischen Speichern von Kohlekraftwerksemissionen fördern. Die stärksten Einschränkungen bei der Förderung erneuerbarer Energien sind im Programm der FDP zu finden, die eine Prüfung jeder Förderung auf Effizienz und Kosten verlangt. Dabei sollte man im Hinterkopf behalten, dass bei der Einführung erneuerbarer Energien, wie bei allen Technologien, zunächst auch Kosten zu erwarten sind.

In der Verkehrspolitik sprechen sich alle Parteien für die Entwicklung umweltfreundlicherer und effizienterer Autos aus. Dabei wird von allen Parteien das Elektroauto favorisiert. FDP und Die Linke sprechen sich gegen die Förderung von Biosprit aus. Unterschiedlich sehen die Parteien vor allem die Zukunft der Schiene. Zwar wollen alle Parteien den Bahnverkehr fördern, am stärksten Grüne und Linke, aber Union und FDP betonen weiter die Unverzichtbarkeit der Straße.

Auch im Naturschutz ist inzwischen ein Konsens erkennbar. So wollen alle Parteien Naturschutzgebiete stärker vernetzen, um dem Artensterben entgegenzuwirken. Auch treten alle für ein höheres Schutzniveau für Gewässer und Böden ein. Union und FDP setzen jedoch auf Eigenverantwortung und wollen wirtschaftliche Interessen mit dem Umweltschutz in Ausgleich bringen. Die Grünen fordern hingegen Sanktionen bei Verstößen gegen Umweltschutzrecht ein

und sind für stärkere Restriktionen bei Konflikten zwischen wirtschaftlichen und Umweltinteressen.

Wie geduldig ist Papier in Krisenzeiten?

Insgesamt ist zu erwarten, dass eine Regierungskoalition, die stärker im konservativ-liberalen Lager verortet ist, wirtschaftliche Faktoren bei der Umsetzung der Umweltpolitik stärker berücksichtigen würde. Eine Regierung unter sozialdemokratischer/grüner/linker Ägide würde in der Umsetzung der Umweltpolitik vermutlich weiter gehen und die Wirtschaft mehr in die Pflicht nehmen. Spannend bleibt die Frage, wie eine schwarz-grüne Koalition sich in der Umweltpolitik positionieren würde. Im Zweifel würde die Union der Kernforderung der Grünen nach einem Atomstopp wohl nachgeben.

Abzuwarten ist jedoch, inwiefern sich die Bekenntnisse der Parteiprogramme in Krisenzeiten auch in der tatsächlichen Regierungspolitik niederschlagen werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Umweltpolitik den hohen Stellenwert einnehmen wird, der ihr in den Wahlprogrammen zugeschrieben ist.

Patrick Wegner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG). Er hat Politikwissenschaft, Soziologie und Recht studiert.



Dr. Dr. Jörg Tremmel lehrt an der London School of Science and Economics. Er promovierte in Soziologie und Philosophie zu Themen der Generationengerechtigkeit und hat dazu zahlreiche Artikel und Bücher veröffentlicht.



Kontakt:
Tel. +49 (0)6171 / 982367,
E-Mail: kontakt@srzg.de,
www.srzg.de

Ökologische Finanzpolitik

Wie Parteien auf die Krise reagieren

Ohne radikale Kehrtwende in der Steuerpolitik ist Umweltschutz nicht zu erreichen

Solange die Marktwirtschaft Umweltzerstörung belohnt, ist eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes, des Flächenverbrauchs oder des Artenschwunds nicht zu schaffen. Keine der Parteien traut sich, unpopuläre Maßnahmen schon vor der Wahl anzukündigen – dabei hätte sie gute Argumente auf ihrer Seite. ■ VON DAMIAN LUDEWIG, FÖS

Eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 95 Prozent in den nächsten 40 Jahren macht sich nicht nebenher. Auch das Problem des Artenschwunds ist nach wie vor ungelöst. Diese und weitere Umweltprobleme in einer Marktwirtschaft können nicht gelöst werden, solange die finanziellen Anreize dagegenstehen. Wenn eine Gemeinde sich maßgeblich durch Bauland finanzieren muss, wird es keine Verringerung des Flächenverbrauchs geben. Solange der Kauf von Umweltprodukten teurer ist als die Ausbeutung von Mensch und Natur zugunsten von Ramschprodukten, helfen Aufklärungsarbeit und Appelle nur bedingt weiter. Wir brauchen eine umfassende Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik.

Noch immer finanziert sich der Staat zu mehr als zwei Dritteln durch die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben, während Steuern auf Naturverbrauch zu weniger als zehn Prozent zu den Staatsfinanzen beitragen. Aber statt zu verteuern, was wir fördern wollen (Arbeitsplätze), sollten wir besteuern, was wir reduzieren wollen (Naturverbrauch). Umweltschädliche Subventionen wie Ausnahmen bei der Ökosteuer oder staatliche Zahlungen für die Kohle belaufen sich nach Berechnungen des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Deutschland auf rund 34 Milliarden Euro jährlich.⁽¹⁾ Das Umweltbundesamt kommt gar auf 42 Milliarden – das ist mehr, als der Staat durch Umweltsteuern einnimmt. Auch wenn wir Ordnungsrecht in vielen Bereichen brauchen – ohne massive Korrektur struktureller Fehlanreize wird uns der Schutz von Umwelt und Natur nicht gelingen.

Die Bundesregierung hat die Chancen zusätzlicher Staatsausgaben für die Ökolo-

gisierung des Wirtschaftens nur unzureichend genutzt. Nach einer Studie des FÖS können nur 13 Prozent der Konjunkturpakete I und II als nachhaltig bezeichnet werden.⁽²⁾ Zentrale Frage in den nächsten Monaten ist, wie der Staat die gewaltigen Mehrausgaben für seine Konjunkturprogramme gegenfinanziert. Wir brauchen Steuern, die helfen, Probleme zu lösen, und die mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Anreize schaffen, statt Probleme zu verschärfen oder verursachen. Dazu gehören neben Umweltsteuern auch Börsenumsatz- und Vermögenssteuer. Umweltsteuern helfen, die Klimakrise zu verhindern, soziale Steuern vermindern das Risiko von Finanzkrisen und führen zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz ökologischer Reformpolitik.

Die Wahlprogramme der Parteien unter der Lupe

Die Parteien werden diesen Herausforderungen nur unzureichend gerecht. Am stärksten verankert ist der Gedanke einer Ökologisierung der Steuer- und Finanzpolitik im Wahlprogramm der Grünen. Er nimmt zwar nicht mehr den zentralen Stellenwert ein wie in früheren Zeiten, aber eine halbe Seite ist das Thema der Partei wert. Viele Themen wie Abschaffung der Entfernungspauschale, Reform der Dienstwagenbesteuerung, Einführung einer Steuer auf Kernbrennstoffe oder die Ökologisierung der Gemeindefinanzen werden genannt. Auch in den tatsächlichen Abstimmungen im Bundestag setzte sich die Grünen-Fraktion bisher am stärksten für eine ökologische Finanzreform ein.

Die Linkspartei hat zumindest einige

Aspekte einer ökologischen Finanzreform aufgegriffen. Im Vordergrund steht zwar das Soziale, Ökologie wird aber spürbar als Querschnittsthema gesehen. Die Linke fordert, „bezahlbare Energie und Mobilität“ müsse „auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben“. Doch sie scheint verstanden zu haben, dass soziale Umweltpolitik nicht heißt, Energieverbrauch möglichst billig zu machen, sondern mit Einnahmen aus Umweltsteuern oder Zertifikateversteigerungen für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Während die Partei im Europaprogramm noch für die Abschaffung des Emissionshandels plädierte, übt sie nun nur noch berechtigte Kritik, indem sie „Besteuerung der Extraprofiten der Energiekonzerne“ und „Versteigerung statt kostenlose Vergabe von Emissionszertifikaten“ fordert. Die Erlöse will sie für den Klimaschutz und zur sozialen Abfederung der Energiewende einsetzen. Die Mehrwertsteuer für den Schienenpersonenfernverkehr soll auf den ermäßigten Satz von sieben Prozent gesenkt, im Gegenzug der Flugverkehr wesentlich belastet werden. Das praktische Handeln sah in der letzten Legislaturperiode jedoch oft anders aus: Während die Linkspartei im Kampf gegen „Windfall Profits“ und mangelnde Versteigerung im Emissionshandel durchaus Vorreiter war, hat sie gleichzeitig die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale gefordert und auch die Absenkung der Steuer auf Agrardiesel unterstützt. Abbau umweltschädlicher Subventionen sieht anders aus.

Bei der SPD taucht das Thema ökologische Finanzreform im Wahlprogramm quasi nicht auf. Lediglich ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz wird angekündigt, das „klare und verlässliche Anreize im Steu-

errecht für Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“ schaffen soll. Die SPD legt klare Bekenntnisse zu Steinkohlesubventionen und zum Neubau von Kohlekraftwerken ab. Aber sie will ein großes Pilotvorhaben zum Test von Flächenzertifikaten starten. Auch Energiesteuerprivilegien für das produzierende Gewerbe an die Einführung von Energiemanagementsystemen zu binden, ist zu begrüßen. Insgesamt bleibt das Programm schwammig mit wenig konkreten Maßnahmen. Auch die Bilanz der letzten Legislaturperiode ist durchwachsen: Beim Abbau umweltschädlicher Subventionen gab es Fortschritte etwa beim Auslaufen der Eigenheimzulage und dem Versuch, die Pendlerpauschale deutlich zu kürzen. Insgesamt ist aber zu wenig passiert, zum Teil sind auch Rückschritte zu verzeichnen. So führt die Kfz-Steuerreform zu Entlastungen der Autofahrer und auch die Steuer für Agrardiesel wurde gesenkt.

Die CDU/CSU bekennet sich abstrakt zu ökonomischen Instrumenten im Umweltschutz: „Anreize und marktwirtschaftlich

orientierte Instrumente sind staatlichen Regulierungen und Vorschriften vorzuziehen.“ Im Detail ist sie dann aber dagegen: „Eine höhere staatliche Belastung der Energiepreise wird es mit CDU und CSU nicht geben.“ „Wir werden dafür sorgen, dass die zeitliche Befristung der Steuerentlastung beim Agrardiesel aufgehoben wird und die Entlastung dauerhaft wirksam ist.“ Auch bei den Fortschritten, die es in den letzten vier Jahren gab, ist die CDU/CSU selten als progressiver Part aufgetreten.

Die FDP tritt für eine massive Senkung (nicht mehr Abschaffung) der Ökosteuer ein. Selbst die Mehrwertsteuer auf Energie soll auf sieben Prozent gesenkt werden. Positiv ist, dass die FDP den Emissionshandel auf andere Sektoren ausweiten will. Die FDP-Überlegung scheint allerdings folgende zu sein: Wenn der Verkehrssektor in den Emissionshandel einbezogen wird, können wir alle anderen Instrumente ablehnen und über den Clean Development Mechanism billige CO₂-Einsparungen im Ausland vornehmen, sodass Deutschland „business as usual“ betreiben kann.

Weder rosig noch grün

Insgesamt sind die Aussichten weder rosig noch grün. Bleibt die vage Hoffnung, dass es nach einer Wahl einfacher ist, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, als diese vor der Wahl anzukündigen. Vielleicht fasst sich die neue Bundesregierung ja doch ein Herz und stärkt ökofiskalische Instrumente, statt die Mehrwertsteuer weiter anzuheben – dann hätte sie zumindest die besseren Argumente auf ihrer Seite.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.kurzlink.de/gp-subventionsstudie
- ▶ (2) www.kurzlink.de/wwf-konjunkturstudie

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin und einer der Sprecher der Klima-Allianz.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 51053080, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de



Ressourcenpolitik

Freihandel mit Rohstoffen?

Auf Druck der Industrie fordern Bundesregierung und EU weltweit „offene Märkte“ für Rohstoffe aller Art

Deutschland gehört zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Viele Ressourcen werden ohne Rücksicht auf Umweltschutz und Menschenrechte importiert. Zur Bundestagswahl finden die Parteien allerlei schöne Worte für „Ressourcengerechtigkeit“. Doch deutsche Regierungen drängen gemeinhin auf Freihandel. ■ VON PETER FUCHS, WEED

Auf seiner Internetseite kommt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zu einem klaren Befund: Deutschland zählt als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Ein Großteil der Massenrohstoffe wie Kies und Sand werden zwar aus heimischen Lagerstätten gewonnen. Aber bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien besteht eine nahezu 100-prozentige Importabhängigkeit. Auch die Energierohstoffe Öl, Gas, Kohle und Uran werden in großem Umfang aus dem Ausland eingeführt. In

der ordnungspolitischen Philosophie des BMWi ist die direkte „Rohstoffsicherung Aufgabe der Wirtschaft“⁽¹⁾. Aber mit ihrer Rohstoffpolitik will die Bundesregierung die „erforderlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige, international wettbewerbsfähige Rohstoffversorgung“ schaffen. Also betreibt sie die außenpolitische und außenwirtschaftliche Flankierung der Rohstoffimporte deutscher Unternehmen.

Bundesregierung und Wirtschaft arbeiten nach eigener Auskunft dabei eng zusammen. Im 2007 eingerichteten Interministeriellen Ausschuss Rohstoffe

unter Federführung des BMWi wirken die verschiedenen Ressorts, aber auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) aktiv mit. Die vermeintliche „Klimakanzlerin“ Angela Merkel (CDU) versprach dem BDI 2007 ein verstärktes Rohstoffengagement und noch im gleichen Jahr wurde das Papier „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“⁽²⁾ vorgelegt. Immer wieder betont wird darin „das Ziel einer möglichst weitreichenden Liberalisierung der Weltmärkte gerade auch bei Rohstoffen“. Sogenannte Handelshemmnisse sollen abgebaut und

Exportzölle verboten werden. Gestärkt und ergänzt wird diese Agenda auch in Brüssel: Industriekommissar Günter Verheugen (SPD) stellte im November 2008 die neue EU-Rohstoffstrategie vor, die ebenfalls den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ (sprich: Freihandel mit Rohstoffen) als wichtigen Grundpfeiler nennt. Zuvor hatte bereits 2006 die Bundesregierung eine stärkere Berücksichtigung deutscher Rohstoffinteressen im Rahmen der „Global-Europa“-Handelspolitik eingefordert.

Schöne Worte zur Ressourcenpolitik

Vor diesem Hintergrund lesen sich die Wahlaussagen der Parteien im laufenden Bundestagswahlkampf reichlich blumig. Immerhin, die Grünen sowie die Linkspartei haben sich im Bundestag schon länger für einen grundlegenden Kurswechsel in der Ressourcenpolitik starkgemacht. So ist es konsequent, wenn im Programm der Grünen formuliert wird: „Umweltschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit. 15 Prozent der Weltbevölkerung verschwenden über die Hälfte der Rohstoffe. Der Ressourcenmangel der Industrie- und Schwellenländer ist für die Konflikte auf unserem Globus mitverantwortlich. Der Handel mit Rohstoffen darf nicht zulasten von Menschenrechten gehen. Internationale Abkommen, die Preise für Agrarerzeugnisse und Rohstoffe auf fairem Niveau stabilisieren, sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg von Entwicklungsländern. Wir brauchen eine andere Ressourcenpolitik. Der Zugriff auf die knappen Ressourcen unserer Erde muss fair geteilt werden.“ Analytisch etwas schärfer kritisiert die Linkspartei die Außenpolitik der industrialisierten, rohstoffarmen Länder wie Deutschland als eine „imperiale Rohstoff- und Energiesicherungspolitik“.

Die Linke sieht im „Streben nach sozialer Gerechtigkeit und einem radikalen ökologischen Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen zwei Seiten einer Medaille“. Folgerichtig spricht sich die Linkspartei für eine konsequente Energiewende aus und unterstreicht die zunehmende Knappheit der Rohstoffe: „Die Stoffströme,

die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, müssen daher in den nächsten Jahrzehnten um den Faktor zehn reduziert werden.“ Und sie formuliert am deutlichsten von allen Parteien eine klare Absage an „die Politik des Freihandels und der Liberalisierung“.

Programmatisches – nicht etwa tagespolitisches – Leitmotiv der SPD ist die „ökologische Industriepolitik“. In ihrem „Regierungsprogramm“ schreibt sie: „Wachsende Bevölkerungszahlen und die schnell zunehmende Industrialisierung weltweit führen zu einer drastisch weiter wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen. Die Antwort der SPD ist der bewusste Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Unser Konzept ist das der ökologischen Industriepolitik.“ Die SPD will Deutschland als „globalen Anbieter von Umwelttechnologien und -dienstleistungen des 21. Jahrhunderts“ positionieren. Diese Grundorientierung wird von allerlei recht vage gehaltenen Bekenntnissen zu Ressourceneffizienz, globaler Strukturpolitik, einer globalen Verantwortungsgemeinschaft und zu einer kooperativen Energie- und Ressourcenpolitik flankiert.

Auch die FDP nennt in ihrem Wahlprogramm die stärkere Nutzung nachwachsender Rohstoffe, eine nachhaltige Ressourcenwirtschaft und das langfristige Ziel einer CO₂-neutralen Energieversorgung. Zugleich aber unterstreicht sie mehr als die anderen Parteien ihr unerschütterliches Technikvertrauen („zweite grüne Revolution“, „Fortschritt durch moderne Technik“) sowie ein ungebrochenes Verhältnis zu marktliberalen Grundüberzeugungen: „Freihandel statt Protektionismus“.

Das CDU-Regierungsprogramm konstatiert: „Der weltweit wachsenden Nachfrage stehen begrenzte fossile Ressourcen gegenüber. Wir müssen Abhängigkeiten verringern, Energie effizienter nutzen und erneuerbaren Energien zum Durchbruch verhelfen. Unser Ziel muss es sein, unsere weltweit führende Rolle in der gesamten Bandbreite der Energie- und Klimaschutztechnologien weiter auszubauen. Wir streben einen Abschluss der Doha-Runde an, um Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Wir bekennen uns zum

Grundsatz des freien Welthandels und lehnen Protektionismus ab. Wir werden Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten konsequent entgegenreten.“

Mehr Selbstbewusstsein!

Die im CDU-Programm nur implizit angesprochenen Gerechtigkeitsfragen der Rohstoffpolitik kommentierte der hessische Ministerpräsident Roland Koch einst so: „Manche unserer Verhandlungspartner in den sich gerade entwickelnden Staaten werden uns darauf hinweisen, dass die Ausbeutung ihrer Rohstoffe und Arbeitskräfte in den letzten beiden Jahrhunderten unter Beteiligung der Europäer so edel und sozial verantwortungsvoll nun auch nicht gewesen sei. Das ist richtig. Wir werden das Selbstbewusstsein entwickeln müssen, trotz dieser geschichtlichen Verantwortung – teilweise auch Schuld – einzufordern, dass heute Regeln gefunden werden, die unsere Interessen am Erhalt unseres Wohlstandes angemessen berücksichtigen.“⁽³⁾ Also doch Freihandel mit Rohstoffen? Angesichts dieses Kurses der politischen Eliten muss die Umweltbewegung hierzulande mehr Selbstbewusstsein entwickeln, vor und nach der Bundestagswahl entschlossen für eine Umkehr in der Handels- und Rohstoffpolitik zu kämpfen.

Anmerkungen und Literatur

- (1) Zitierweise in diesem Beitrag ohne Auslassungsmarkierungen (...)
- (2) Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Berlin 2007, www.bmwi.de; Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. C.H. Beck, Wuppertal 2005, 278 S., 20,50 €, ISBN 3-406-52788-4
- (3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.6.2007

Der Sozialökonom Peter Fuchs arbeitet in Berlin bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. zu internationaler Handels- und Investitionspolitik sowie Klimagerechtigkeit.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27582614, E-Mail: peter.fuchs@weed-online.org, www.weed-online.org



Bioenergie

Nachhaltig nur auf dem Papier?

Um die entscheidenden Fragen bei der Biokraftstoffherstellung drücken sich alle Parteien herum

Der Einsatz von Bioenergie bietet Chancen, schafft aber auch große Probleme. Einzelne Maßnahmen wie die Zertifizierung werden zwar von allen Parteien befürwortet, können aber nur teilweise Abhilfe schaffen. Ohne einen umfassenden Ansatz sind ökologische Schäden und soziale Verwerfungen nicht zu verhindern. Davon ist in den Programmen zur Bundestagswahl aber nichts zu sehen. ■ VON LÁSZLÓ MARÁZ, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Die Berg- und Talfahrt, die Biomasse und vor allem Biokraftstoffe in den letzten Jahren durchgemacht haben, wird wohl weitergehen. An diesem Auf und Ab dürfte weder die Verabschiedung von Nachhaltigkeitsverordnungen für Biomassestrom und Biokraftstoffe durch die Bundesregierung etwas ändern noch bieten die Wahlprogramme der Parteien Anhaltspunkte dafür, dass eine wie auch immer zusammengesetzte neue Regierung das Problem in den Griff bekommen könnte.

Bioenergie etwa aus Mais, Zuckerrohr oder Holz, zunächst euphorisch als wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels und Ersatz fossiler Energieträger gefeiert, ist in den letzten Jahren stark in die Kritik gekommen. Berichte über die Rodung indonesischer Torfregennwälder für Ölpalmenplantagen, über Sklaverei auf brasilianischen Zuckerrohrfeldern, den Anstieg der Nahrungsmittelpreise im vergangenen Jahr und über die Plünderung mancher heimischer Forste durch überzogenen Holzeinschlag machten die Runde. Die Horrormeldungen wollen einfach nicht enden, wenngleich man sich bei all der berechtigten Kritik an solchen Missständen manchmal eine differenziertere Berichterstattung wünscht, die vor allem auch die anderen und zum Teil viel wichtigeren Ursachen für solche Probleme benennt. Denn schon vor der Geburt von Beimischungsquoten für Biokraftstoffe und der Verabschiedung von Biomasseaktionsplänen gab es über 800 Millionen Hungernde auf der Welt – heute über eine Milliarde –, Regenwälder werden schon seit Jahrzehnten durch Viehzüchter, Holzfäller und Agrarkonzerne abgeholzt und auch

die schweren Menschenrechtsverletzungen auf brasilianischen Fazendas und in vielen anderen Ländern haben eine lange, traurige Tradition. Trotzdem ist es natürlich wichtig, alle zusätzlichen Schäden und Rechtsverstöße zu vermeiden.

Deutschland sieht sich als Vorreiter

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dem Biokraftstoffquotengesetz hat die Bundesregierung die Grundlagen für die Förderung von Bioenergie gelegt. Für den Einsatz von Bioenergie zur Stromgewinnung und für Biokraftstoffe wurden zwei fast inhaltsgleiche Nachhaltigkeitsverordnungen beschlossen. Dabei geht es um flüssige Biomasse, die nach dem EEG vergütet wird (zum Beispiel Raps-, Palm- und Sojaöl) oder die auf die Beimischungsquote für Biokraftstoffe von 6,25 Prozent ab 2010 angerechnet werden soll. Diese Biomasse muss so hergestellt werden, dass ihr Einsatz zur Stromerzeugung mindestens 35 Prozent weniger Treibhausgase als fossile Energieträger freisetzt. Bis zum Jahr 2018 soll diese Mindestanforderung schrittweise auf 60 Prozent angehoben werden. Zudem dürfen die Pflanzen nicht auf Flächen mit hohem Naturschutzwert, wie etwa Regenwälder oder Feuchtgebiete, angebaut worden sein. Mehrere der in der Plattform Nachhaltige Biomasse zusammengeschlossenen Umwelt- und Entwicklungsverbände hatten zu beiden Nachhaltigkeitsverordnungen Stellung genommen und dabei zu lasche soziale und ökologische Kriterien bemängelt.

Doch selbst die Umsetzung der enttäuschend schwachen Nachhaltigkeitsanforderungen ist schwierig. Die Regierung steht

vor einem Problem, denn was ab Januar 2010 in die Tanks fließt, reift gerade auf dem Acker oder wird im Herbst eingesät. Da es bis heute weder anerkannte Zertifizierer noch ausreichende Vorgaben gibt, an die sich Landwirte, Hersteller, Händler oder Kontrolleure halten könnten, kann auch nichts zertifiziert werden. Solange zum Beispiel eine klare Definition des Grünlandbegriffes fehlt, könnte ein Prüfer gar nicht feststellen, ob für den Anbau etwa von Mais oder Raps artenreiches Grünland umgebrochen wurde, das durch die Nachhaltigkeitsverordnungen wegen seines hohen Naturschutzwertes geschützt ist. Die Wiesen und Weiden sind auch wegen des humusreichen Bodens ein wichtiger Kohlenstoffspeicher. Doch wie viel Kohlenstoff muss der Wiesenboden enthalten, um als schützenswert zu gelten?

Das Problem ist weitaus größer

Die Regierung hat für das Problem, dass nachträgliche Zertifizierung nicht möglich ist, eine Übergangsregelung gefunden: Die gesamte Biomasse aus der Ernte und der Aussaat dieses Jahres soll für den Einsatz im kommenden Jahr freigegeben werden. Damit wäre ausgeschlossen, dass diese Biomasse von Feldern stammt, für die Grünland nach dem Stichtag 1. Januar 2008 umgeackert wurde, denn das lässt sich nachträglich feststellen. Und die EU will in Kürze Definitionen vorlegen, damit die Zertifizierer so bald wie möglich ihre Arbeit aufnehmen können.

So, wie die Regelungen sich heute darstellen, werden sich eher die KritikerInnen des Einsatzes von Biokraftstoffen bestätigt fühlen. Und auch wenn in Kürze die Zer-

tifizierung greift: Es muss allen klar sein, dass auch dieses Instrument nur einen Teil der Probleme vermeiden kann, die durch den verstärkten Anbau von Biomasse für energetische Zwecke mit ausgelöst werden. Das räumen auch die Befürworter von Zertifizierungssystemen ein. Denn auch wenn etwa eine Zuckerrohrplantage auf einer ehemaligen Viehweide angelegt wird, kann es ja passieren, dass anderswo Regenwald gerodet wird, um die hungrigen Rinder zu versorgen. Dies zu kontrollieren, ist für die Zertifizierer praktisch unmöglich.

Wahlprogramme der Parteien machen wenig Hoffnung

Obwohl allen Parteien die intensive und teilweise hitzige Debatte um Biokraftstoffe noch in den Knochen stecken dürfte,

besteht kaum Hoffnung auf Besserung – zumindest wenn man ihre Programme zur Bundestagswahl nach Aussagen zum Thema Bioenergie durchsucht. So erwähnen sie zwar die Nachhaltigkeit, die bei der Förderung von Bioenergie zu berücksichtigen sei. Selbstverständlich müssten eine umfassende, lückenlose Zertifizierung etabliert und die Konkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln vermieden werden. Doch spätestens da, wo die Wahlprogramme das Wirtschaftswachstum beschwören und von Infrastrukturausbau und bezahlbarer Energie sprechen, beschleicht den Leser der Verdacht, dass es doch wieder nur um die Beschaffung sicherer und billiger Energie für ein „Weiter so“ geht.

Wichtiger ist, was nicht in den Wahlprogrammen steht. So könnte eine Reduktion sowohl des Energieverbrauchs

als auch anderer ressourcenintensiver Konsumgüter, vor allem von Fleischprodukten, viel Platz schaffen für den Anbau von Nahrungsmitteln und damit die Lösung einer Reihe von Problemen mit der Bioenergie erleichtern, die derzeit nicht nur von Umwelt- und Menschenrechtsverbänden angeprangert werden.

Der Forstwirt László Maráz koordiniert von Berlin aus die Plattform Nachhaltige Biomasse und die AG Wald im Forum Umwelt und Entwicklung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 /
6781775-89, Fax -80,
E-Mail: maraz@forumue.de,
www.forumue.de/41.html,
www.plattform-nachhaltige-bioenergie.de



Fußverkehr

Parteien schlecht zu Fuß

Die natürlichste und umweltschonendste Fortbewegungsart ist kein Wahlkampfthema

Fußgänger: Sind das überhaupt Verkehrsteilnehmer? Jedenfalls keine, um die ein Bundestagswahlkampf geführt werden müsste, glauben die Parteien. Sie haben die energieeffizienteste, billigste und raumsparendste Fortbewegungsform einfach übergangen. Doch der Fußverkehr gehört unbedingt in die Bundespolitik. ■ VON STEFAN LIEB, FUSS E.V.

Ist Gehen überhaupt „Verkehr“ im eigentlichen Sinne? Und wenn ja, warum sollen sich der Bundestag oder gar die Bundesregierung darum kümmern? Fußgänger sind doch eine rein kommunale Angelegenheit! Solche Gedanken scheinen auch die Haltung der Parteien zur Bundestagswahl zu beherrschen. In ihren Wahlprogrammen kommt der Fußverkehr jedenfalls nicht vor.

Damit könnte dieser Beitrag enden. Ich kann Ihnen jedoch einige Nuancen mitteilen und werde versuchen zu vermitteln, wie und warum der Fußverkehr unbedingt auf die Agenda der Bundesebene gehört.

Vielleicht ist auch das schon ein Zeichen für die Wertschätzung: Auf unsere Anfragen hat keine Partei konkret geantwortet. Untersucht habe ich daher die Parteien anhand ihrer im Internet für die

Bundestagswahl zur Verfügung gestellten Materialien. Zur Gliederung der folgenden Befunde: Die Parteien sind nach ihrer (wahrscheinlichen) Größe absteigend sortiert, wobei die Berücksichtigung der Fußgänger im Verlauf tendenziell ansteigt.

In den Parteiprogrammen geht gar nichts

Die CDU ist sich ihrer Sache anscheinend sicher und stellt gleich ein „Regierungsprogramm“ ins Netz. Dort fällt der Begriff „Biokraftstoffe der zweiten Generation“ beim Thema Klima, gegen Straßenlärm werden mehr Lärmschutzwände gefordert und unter „Luftqualität“ immerhin die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) versprochen. Zu unserem Thema jedoch: Sendepause. Das ist schade, denn Fußgänger sind ausgespro-

chene Leisetreter und Lungenschoner!

Die Sozialdemokraten schreiten zwar gern ‚an Seit‘, das jedoch anscheinend lieber mit dem „Zukunftsauto made in Germany“. Beim Klimaschutz fällt der SPD in ihrem „Regierungsprogramm“ immerhin ein und auf, dass die wichtigste Energie diejenige ist, die nicht verbraucht wird. Da könnte man doch glatt auf das Naheliegendste kommen, die Sozialdemokraten wollen jedoch lieber das Prinzip „Top Runner“ in der Wirtschaft fördern und nicht „Top Walking“ im Alltag fördern.

Die FDP gibt sich ganz radikal liberal. Jede und jeder darf und soll sich anscheinend in Deutschland frei fortbewegen, wie er und sie es will: Es gibt noch nicht mal ein Kapitel zum Verkehr im liberalen „Deutschlandprogramm“, ganz zu schweigen von Aussagen zu Fußgängern. Selbst ▶

im FDP-Bundesvorstandsbeschluss von 2008 zur Verkehrssicherheit kommen Fußgänger, obwohl sie doch hier als Schutzlose hingehören, nicht vor.

„Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich stärker gefördert werden“ – damit macht Die Linke nichts falsch, aber auch nicht mehr als nötig. Traditionsgemäß stehen im linken Programm Bahn und ÖPNV im Mittelpunkt. Stets wird die soziale Komponente betont: „Bezahlbare Energie und Mobilität muss auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben.“ Hier zum Beispiel hätte die Partei durchaus im Sinne des Gehens ansetzen können.

Die Grünen gehen zweigleisig vor: Im Bundestagswahlprogramm kommt das Wort „Fuß“ einmal, und zwar in einer Aufzählung, vor. So weit also Niedrigstandard. Etwas besser steht die grüne Bundestagsfraktion da. Die Abgeordneten haben eine Broschüre „Damit es besser läuft!“ erarbeitet, in der Rad- und Fußverkehr gemeinsam, gleichrangig und recht kompetent behandelt werden.⁽¹⁾

Wegen des fehlenden Platzes können wir hier nicht die kleinen Parteien untersuchen. Stichproben ergaben aber, dass sogar Vereinigungen wie die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) oder „Die Grauen – Generationenpartei“ zum Fußverkehr sprachlos bleiben, obwohl ihre Klientel überdurchschnittlich von guter Fußverkehrspolitik profitieren würde.

Einen Fuß in die Tür bekommen

Sieht es im zuständigen Ministerium besser aus als bei den Parteien? Es gibt einen Hoffnungsschimmer: Mitte Juni lud Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) Länder und Verbände ein, an einem „Masterplan Personenverkehr“ mitzuarbeiten. Immerhin erwähnte er dabei Begriffe wie Radverkehr und verkehrsberuhigte Wohnbereiche. Der Fachverband Fußverkehr (FUSS e.V.) darf also hoffen, dass seine umgehende ungefragte Annahme der Einladung nicht ignoriert wird. Ob Herr Tiefensee das Verkehrsministerium in der nächsten Legislaturperiode leiten wird, ist allerdings fraglich.

Warum ist die Vertretung der Gehenden überhaupt so vermessen, so weit oben anzuklopfen? Weil sie sich die Schweiz ein bisschen zum Vorbild genommen hat. Hier ist der Fußverkehr inhaltlich und institutionell schon länger auf der Bundesebene angekommen.⁽²⁾

Wie kann auf Bundesebene dem Fußverkehr auf die Sprünge geholfen werden? Ähnlich wie in der Schweiz besitzt auch in Deutschland der Bund eine Rahmenkompetenz, die er besser oder überhaupt erst einmal ausfüllen sollte. FUSS e.V. schlägt vor:

- ▶ das Oberziel einer Förderung von Nahraumstrukturen und seine Konkretisierung in einem „Nahversorgungsgesetz“ zu verankern;

- ▶ die Bundesmittel zur Förderung des Zufußgehens auf zehn Prozent der gesamten Verkehrsinvestitionen zu erhöhen, was eine deutliche Steigerung wäre;
- ▶ institutionelle und personelle Kapazitäten auf der Ebene der Bundesministerien und in den Anstalten des Bundes mit mindestens 50 Mitarbeitenden für den Bereich Fußverkehr aufzubauen;
- ▶ das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder eine entsprechende Nachfolgeregelung auch nach 2019 weiterzuführen und so zu reformieren, dass statt Großprojekten mehr kleinteilige, intelligente Maßnahmen finanziert werden können, und
- ▶ die Straßenverkehrsordnung zu einer bürgernahen Straßennutzerordnung zu überarbeiten.

Stimmen Sie mit den Füßen ab!

Das aber ist leider noch Zukunftsmusik. Als aktuelles Resümee haben wir dennoch eine Empfehlung für den 27. September für Sie: Die durchschnittliche Entfernung von Ihrer Wohnung zum Wahllokal beträgt etwa einen Kilometer. Gehen Sie zu Fuß zur Urne! Zumindest damit haben Sie eine gute Wahl getroffen. Hoffentlich haben Sie und wir bei der nächsten Wahl eine bessere Wahl. Wir arbeiten dran.

Anmerkungen

- ▶ (1) Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: Damit es besser läuft! Heft 16/195. Download: www.gruene.de (Publikationen – Verkehr und Bau)
- ▶ (2) Schad, H.; Schweizer, T.: Fußgänger-Masterplan auch für Deutschland? In: *mobilogisch!* 2-09. www.langsamverkehr.ch

Stefan Lieb ist Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland (FUSS e.V.) in Berlin und Redakteur der Zeitschrift *mobilogisch!*. Er hat Philosophie studiert und lange als Krankenpfleger auf der Intensivstation gearbeitet.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 4927-473,
E-Mail: info@fuss-ev.de,
www.fuss-ev.de,
www.mobilogisch.de



Gehen bewegt die Stadt

„Menschen, die durch Land und Stadt gehen, können die Zusammenhänge erkennen und kreativ an deren Verbesserung arbeiten.“

- ▶ „Gehen gehört zur Stadt, wie die Menschen überhaupt;
- ▶ Gehen erhöht die subjektive und objektive Sicherheit;
- ▶ Gehen vernetzt und belebt die Quartiere;
- ▶ Gehen verbindet das Leben der Generationen;
- ▶ Gehen hält und macht gesund;

- ▶ Gehen stärkt die kommunale Wirtschaftskraft;
- ▶ Gehen spart Flächen und Kosten;
- ▶ Gehen sichert den Öffentlichen Personennahverkehr;
- ▶ Gehen wird gefördert durch die Schönheit der Stadt;
- ▶ Gehen weitet den Blick.“

Aus: FUSS e.V. (Hrsg.): Gehen bewegt die Stadt. Nutzen des Fußverkehrs für die urbane Entwicklung. www.fuss-ev.de/gehen-und-gesundheit

Vom Großen Bruder zum grünen Mäntelchen

Als George Orwell vor 60 Jahren seinen Roman „1984“ veröffentlichte, wollte er vor einer Gedankendiktatur warnen. Sein „Neusprech“ gilt als Prototyp der Manipulation durch Sprache. Mit Demagogen werden heutige Demokratien recht gut fertig. Doch auch bei PR-Profis gehört Neusprech mittlerweile zum Repertoire. Atom-, Chemie- oder Genteckonzerne zahlen lieber für „Greenwash“ als für Produktsicherheit und Umweltschutz.

■ 1949 erschien der berühmte Roman „1984“ von George Orwell. Er beschreibt darin eine düster-realistische Zukunftsvision, eine moderne Diktatur, einen Überwachungsstaat, in dem der allwissende, allsehende „Große Bruder“ die Macht hat. Eine wichtige Form der Herrschaft in dieser Gedankendiktatur ist die Manipulation der Sprache.

Die Manipulation von Sprache als Mittel der Machtausübung ist vermutlich so alt wie die Sprache selbst. Auch heute wird Sprache zur Desinformation missbraucht. Dies gilt insbesondere für die Sprache des Militärs, gerade auch in Kriegszeiten. Das

„Krieg ist Frieden
Freiheit ist Sklaverei
Unwissenheit ist Stärke“

George Orwell

vom Nürnberger Waffenproduzenten Werner Diehl in Kooperation mit dem Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall gegründete Gemeinschaftsunternehmen „Gesellschaft für intelligente Wirksysteme“ stellt nach einem Bericht der Taz unter anderem „intelligente“ Streubomben her, die nicht Streubomben genannt werden dürfen. Erschreckend erfolgreich waren die Vorkriegs- und Kriegslügen der Bush-Regierung. Dass Diktatoren lügen, wissen wir. Unsere Aufgabe als Demokraten ist es, den Lügen in der Demokratie entgegenzuwirken.

- ▶ Tötung von Zivilisten – Kollateralschäden
- ▶ Waffen, Streubomben – Intelligente Wirksysteme
- ▶ Militärischer Auftrag mit der Option zu töten – Robustes Mandat
- ▶ Angriff – Vorwärtsverteidigung
- ▶ Folter – Umstrittene Verhörmethode

Selbst bei „unpolitischen“ Naturschutzthemen gibt es Neusprech. „Ausgestorben“ ist zum Beispiel ein seltsam beschönigendes Wort. Es klingt nach „still von uns gegangen“. Bekämpft, verfolgt, ausgerottet – diese Begriffe beschreiben den Umstand des „Aussterbens“ etwas treffender.

- ▶ Verfolgt, ausgerottet, ausgemerzt – Ausgestorben

Wenn es um die Durchsetzung von Industrieinteressen gegen Mensch, Natur und Umwelt geht, setzen Atom-, Chemie- und Gentecklobbyisten schon lange auf Greenwash. Neusprech ist bei den großen PR-Firmen inzwischen Tagesgeschäft, gerade auch wenn nach großen Industrieunfällen (Bhopal, Seveso, Toulouse) Krisenkommunikation als gezielte Desinformation betrieben wird. Mit dem Kampfbegriff „Ökologismus“ versuchen Industrielobbyisten und neoliberale Netzwerke positiv besetzte Begriffe wie Umweltschutz und Ökologie zu ersetzen, Zukunftsfähigkeit zu diskreditieren und die Umweltbewegung in die Nähe von Sekten zu stellen.

- ▶ Umweltschutz, Ökologie – Ökologismus
- ▶ Pestizid – Pflanzenschutzmittel
- ▶ Gift – Wirkstoff
- ▶ Beseitigung von Giftmüll – Entsorgung
- ▶ Abwrackprämie – Umweltprämie
- ▶ Müllverbrennung – Thermische Abfallbehandlung

Eine Blüte der Desinformation erleben wir im Zusammenhang mit Klimawandel und Atomenergie. „Es gibt keine menschengemachte Klimaveränderung“ war eine der Werbeaussagen der PR-Firma Burson-Marsteller im Auftrag der Öl- und Kohlekonzerne in den USA. „Wegen der drohenden Klimaveränderung brauchen wir mehr Atomkraftwerke“ ist nun die gegensätzliche, neue Werbebotschaft von Burson-Marsteller, denn die Meinungsmacher

arbeiten jetzt auch für die Atomkonzerne. Den Begriff Atomkraftwerk assoziieren vielen Menschen mit der Atombombe. Darum wurde schon vor Jahrzehnten der harmloser klingende Begriff Kernenergie eingeführt. Aus Katastrophenschutz wurde Notfallschutz und Radioaktivität tritt bei einem Atomunfall nicht etwa unkontrolliert aus, sie wird nur freigesetzt ...

- ▶ Atomkraftwerk – Kernkraftwerk
- ▶ Plutonium-AKW – Schneller Brüter
- ▶ Atommülllager – Entsorgungspark
- ▶ Atomunfall – Ereignis
- ▶ Atomkatastrophe – Bedeutsames Ereignis
- ▶ Katastrophenschutz – Notfallschutz
- ▶ Austritt von Radioaktivität – Freisetzung von Radioaktivität
- ▶ Entgiftung – Dekontamination

George Orwell war ein realistischer Visionär. Er hat Neusprech, Gedankendiktatur und Überwachungsstaat beschrieben. Viele Diktaturen des letzten Jahrhunderts in Ost und West waren schrecklich, aber glücklicherweise technisch noch unvollkommen. Heute, in der Demokratie, sind wir technisch „weiter“. Unser zentrales Problem sind nicht die unter entsetzlichen Opfern überwundenen Katastrophen und Diktaturen, sondern unsere offensichtliche Unfähigkeit, daraus zu lernen. Gegen Neusprech und Greenwash lässt sich in der real existierenden Demokratie leichter angehen als in einer Diktatur. Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir beginnen, uns gegen die Manipulation der Sprache und des Denkens zu wehren? **[Axel Mayer]**

Der Autor ist Geschäftsführer des BUND-Regionalverbandes Südlicher Oberrhein in Freiburg. Er vertritt in diesem Beitrag seine persönliche Meinung. Für eine längere Fassung dieses Textes sowie weitere Informationen zum Thema Greenwash siehe www.bund-freiburg.de und www.mitwelt.org.

DNR INTERN

DNR-Präsidiumssitzung

Naturschutzgesetze unter Beobachtung

■ Am 16. Juni traf sich das Präsidium des Deutschen Naturschutzrings in Berlin und verständigte sich über zahlreiche Themen.

Der DNR will die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und des Wasserhaushaltgesetzes genau prüfen und sich intensiv bei den politischen Entscheidungsträgern für die Behebung der Schwächen und Vollzugsdefizite einsetzen.

Das Präsidium beschloss, eine dreijährige Kampagne zur Umsetzung der nationalen Biodiversitätsstrategie durchzuführen. Den geplanten Ausbau von Donau und Elbe will der DNR als Themen für die Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl einfordern.

Der DNR lädt mit zwei Regionalkonferenzen am 28. August in Köln und am 11. September in München zum Dialog zwischen Naturschutzverbänden, Wirtschaft, Politik und Medien ein (siehe S. 38).

Das Präsidium beschließt die Schaffung einer Arbeitsgruppe „Aktion Ökobündnis für Beschaffungswesen“.

In Form eines gemeinsamen Workshops mit dem Bundesnetzwerk Bürgerliches Engagement am 24. Juni startet der DNR-Arbeitskreis Ehrenamt in eine neue Phase – mit einem neuen Arbeitskonzept, der Entwicklung eines Engagement-Portals und der Vernetzung mit Verbänden, Unternehmen und staatlichen Stellen.

Die vorpommersche Hafenstadt Stralsund ist im September 2010 auf Einladung des Landes Mecklenburg-Vorpommern der Tagungsort des 30. Deutschen Naturschutztages (DNT). Das Motto wird sich um das Thema Wasser drehen.

Die nächste Präsidiumssitzung findet am 10. September in Berlin statt. [hih]

► DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Umweltschutz ins Web 2.0 – Teil 3

Bei Wikipedia ist der neutrale Standpunkt das A und O

■ Wikipedia kennen und nutzen alle. In Deutschland und weltweit zählt sie zu den meistbesuchten Internetseiten. Bei der Suche nach einzelnen Schlagwörtern landet die Internet-Enzyklopädie bei Google & Co. meist auf dem ersten Platz der Ergebnisliste. Journalisten und Wissenschaftlerinnen, Schüler und Studierende nutzen sie zur schnellen Recherche. Die deutschsprachige Ausgabe ist mit fast einer Million Artikeln dreimal so umfangreich wie der Brockhaus. Die Informationen sind in den meisten Fällen zuverlässig und ausführlich genug. Doch was, wenn in einem Artikel wichtige Informationen fehlen, einseitig oder falsch dargestellt sind? Dann werden diese Sichtweisen in Schularbeiten, Uni-Referaten und Zeitungen wiederholt.

Aber sich nur über eine falsche Darstellung zu ärgern bleibt folgenlos. Hier zeigt die digitale Enzyklopädie ihre größte Stärke gegenüber jedem Druckwerk. Bei Wikipedia kann jeder Internetnutzer und jede Nutzerin, sogar ohne Anmeldung, einen Eintrag ergänzen und ändern. Dieses offene System sorgt auch dafür, dass viele Fehler behoben werden. Dennoch sollte man einerseits nicht allen Informationen blind vertrauen und andererseits selbst aktiv mithelfen, Wikipedia zu verbessern und wichtige Informationen zu ergänzen. Das offene System bietet eine Chance, ökologisches Fachwissen einer breiten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Reichweite von Wikipedia liegt meistens weit über der einer eigenen Webseite.

Die Bearbeitung von Wikipedia-Artikeln ist relativ einfach. Für neue aktive Benutzer sind die Wikipedia-Funktionen in einem Tutorial erklärt. Zudem gibt es ein Mentorenprogramm von erfahrenen Autoren, die Anfängern Unterstützung bieten. Bei Streitigkeiten über eine Bearbei-

tung kann man sich an sogenannte Administratoren wenden, eine „dritte Meinung“ einholen oder im schlimmsten Fall eine Vandalismusbildung schreiben.

Oberstes Gebot bei der Bearbeitung ist ein neutraler Standpunkt. Eine Enzyklopädie ist kein Flugblatt! Pauschale Aussagen wie „Atomkraft ist gefährlich“ werden schnell gelöscht, so richtig sie aus Sicht von engagierten Umweltschützern sein mögen. Sachlich vorgetragene und mit Quellen belegte Kritik ist dagegen erlaubt und erwünscht. Wissenschaftliche Arbeiten haben als Quelle Vorrang, aber auch Medienberichte und Internetseiten sind als Quellenangaben anerkannt. Im Gegenzug darf und soll man falsche Informationen natürlich löschen, solange diese nicht belegt werden können. Kontroverse Meinungen sind erlaubt, wenn sie als Sichtweise von Kritikern gekennzeichnet sind.

Industrielobbys haben die Bedeutung von Wikipedia längst erkannt. So hat beispielsweise eine Gruppe von Kernenergiebefürwortern, die sich „Bürger für Technik“ nennt und der enge Kontakte zum Lobbyverband der Atomindustrie nachgesagt werden, umfangreiche technische Informationen in diesem Themenbereich zusammengetragen. Den Wikipedia-Artikeln ist die Begeisterung für die Atomkraft anzumerken – sie sind sachlich aber nicht unbedingt falsch und enthalten nützliches Wissen auch für Atomkraftgegner. Was dort gänzlich fehlt, sind kritische Sichtweisen oder Berichte über Störfälle. Ähnliches gilt für viele Artikel, die Umwelt- und Naturschutzaspekte berühren.

Doch es gibt keinen einzelnen Verfasser oder Herausgeber von Wikipedia, an den man sich wenden und verlangen könnte, die Artikel zu ergänzen. Die vorhandenen Informationen zu überprüfen, gegebenenfalls glaubhafte Belege zu fordern und die Artikel um wichtige Informationen zu ergänzen, ist Sache von Umweltschützern.

[Florian Noto]

(Fortsetzung folgt.)

- Empfohlener Einstieg für Wikipedia-AutorInnen: www.de.wikipedia.org/wiki/Hilfe:Tutorial
- DNR, Florian Noto, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177584, E-Mail: florian.noto@dnr.de



Nachhaltigkeit trotz(t) Krise

IMPULSKONFERENZ KÖLN | MÜNCHEN

Wir laden Sie herzlich zum Dialog zwischen Naturschutzverbänden, Wirtschaft, Politik und Medien ein und freuen uns auf Ihr Kommen.

GREEN NEW DEAL • KLIMAWANDEL • BIODIVERSITÄT •
ZUKUNFT DER MOBILITÄT • ATOMAUSSTIEG • LANDNUTZUNG

KÖLN: FREITAG • 28. AUGUST 2009 • 17.30 BIS 22.00 UHR

MÜNCHEN: FREITAG • 11. SEPTEMBER 2009 • 16.00 BIS 22.00 UHR

Jetzt online registrieren unter www.verantwortungjetzt.de

Konferenzorganisation Köln: Tel.: +49 (0)221 / 94 40 48 -22, E-mail: bruse@katalyse.de

Konferenzorganisation München: Tel.: +49 (0)89 / 74 66 11 -11, E-mail: f.lietsch@eco-world.de

Konferenzveranstalter



EHRENAMT

Bürgergesellschaft

Forum für Engagement

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) hat im Juni das unabhängige „Nationale Forum für Engagement und Partizipation“ durchgeführt. In zehn Dialogforen bei zwei Fachkongressen beteiligten sich mehr als 300 ExpertInnen an den Debatten. Der erste Zwischenbericht über diesen Dialogprozess wurde Mitte Juni an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen übergeben. Das Forum soll die Bundesregierung bei der Entwicklung einer nationalen Engagementstrategie unterstützen. Der Bericht macht für mehr als 60 Handlungsfelder konkrete Vorschläge. [jg]

- BBE, Projekt Nationales Forum, Andreas Pautzke, Tel. +49 (0)30 / 62980636, E-Mail: andreas.pautzke@b-b-e.de, www.b-b-e.de/?forum

Auslobung

Deutscher Engagementpreis

Im Rahmen der Kampagne „Geben gibt.“ hat das Bündnis für Engagement unter Beteiligung des DNR den Deutschen Engagementpreis ausgelobt. Jährlich sollen damit freiwillig engagierte Menschen geehrt werden, um dem ehrenamtlichen Engagement ein Gesicht zu verleihen und die Anerkennungskultur auf eine neue Stufe zu heben. Bis zum 31. August können alle BürgerInnen ihre „persönlichen Helden“ für die diesjährige Ehrung vorschlagen. Eine Jury aus Kampagnenvertretern und Expertinnen vergibt die Auszeichnung in den Kategorien Wirtschaft, Staat, dritter Sektor und Einzelpersonen. Ab Oktober wird außerdem im Internet ein Publikumspreis gewählt. [mb]

- Kampagne „Geben gibt.“, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 897947-62, Fax -11, E-Mail: info@geben-gibt.org, www.geben-gibt.de/wettbewerb.html

DNR ruft zum konstruktiven Dialog in der Krise auf

Aufgerüttelt von der Klima- und Finanzkrise und dem kaum aufzuhaltenden Artensterben hinterfragen immer mehr Funktionsträger in Medien, Wirtschaft und Politik ihr Wertesystem sowie die Werte ihrer Organisationen. Knapper werdende Ressourcen und steigender Verbrauch erfordern neue Ideen und zukunftsweisende Produkte. KonsumentInnen werden sich ihrer Verantwortung bewusst und beeinflussen durch ihr Einkaufsverhalten die Märkte.

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ruft deshalb zusammen mit forum Nachhaltig Wirtschaften zum konstruktiven Dialog zwischen Naturschutzverbänden, Wirtschaft, Politik und Medien auf. Dabei geht es dem Dachverband auch um einen Wandel in der Gesprächskultur: Statt Natur und Wirtschaft als unvereinbare Gegensätze zu thematisieren, sollen gemeinsam Lösungswege entwickelt werden.

Am 28. August in Köln und am 11. September in München veranstaltet der DNR dazu zwei Impulskonferenzen (siehe oben).

Im Vorfeld der Konferenzen hat der DNR Positionspapiere zu den Themen Wirtschaftskrise und ökologischer New Deal, biologische Vielfalt, Klimaschutz, Atomausstieg und nachhaltige Mobilität auf der Internetplattform www.verantwortungjetzt.de zur Diskussion gestellt. VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Verbänden sind eingeladen, zu einem Thema ihrer Wahl Stellung zu beziehen, den Thesen des DNR zu widersprechen oder eigene Thesen vorzustellen. [DNR]

- Deutscher Naturschutzring, Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de
- www.verantwortungjetzt.de

REZENSIONEN

Bald hat er es geschafft

Der Kapitalismus sägt fleißig am eigenen Ast. Die Frage ist nur noch, auf welche Weise er verschwindet. Der einzige nicht autoritäre Weg zu einer ökokompatiblen Industriegesellschaft ist die Norm des „Ausreichenden“, meint der französische Sozialphilosoph André Gorz.



Das Ende des vorherrschenden Finanz- und Wirtschaftssystems steht bevor – ganz ohne Revolution. Die gegenwärtige weltweite Krise ist nur eine der geplatzten Blasen, denen

André Gorz die Fähigkeit zur Auflösung des Kapitalismus bescheinigt. Umso bezeichnender, dass er seine Aufsatzsammlung bereits 2007 zusammengestellt hat, kurz vor seinem Tod und ein Jahr bevor die US-Immobilienkrise ausbrach.

Auf weiten Strecken liest sich sein Buch wie eine Anwendung der Marxschen Theorie auf die heutige Gesellschaft mit all ihren ökologischen und sozialen Problemen. Deren Ursache sieht der Autor im Kapital, dessen einziger Zweck in der Vermehrung besteht und das frei von allen ethischen, moralischen oder ökologischen Werten ist. Es diktiert den Menschen (unsinnige) Bedürfnisse sowie in der Folge ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und beutet die ökologischen Ressourcen rücksichtslos aus. Das Kapital handelt bei Gorz aktiv, die Menschen sind zu bloßen Erfüllungsgehilfen geworden, an welcher Position sie auch stehen. Einige Aussteiger versuchen bereits, sich dem System zu entziehen und in Subsistenzwirtschaft die dringend für alle notwendige Norm des „Ausreichenden“ zu erfüllen. In ihr steckt der Kern der Lösung, hier ist der einzige „nicht autoritäre, demokratische Weg zu einer ökokompatiblen Industriegesellschaft“. Als ausreichend kann jedoch nur empfunden werden, was der traditionellen Lebensweise entspricht, die allerdings hat der Kapitalismus erfolgreich abgeschafft.

Man muss Gorz nicht in allem zustimmen, etwa wenn er das Verkehrsproblem

am Auto als Statussymbol ausrichtet: „Man hatte ihnen [den zukünftigen Autofahrern] ein bürgerliches Privileg versprochen; sie hatten sich verschuldet, um Zugang zu ihm zu bekommen, und nun stellten sie fest, dass alle Welt gleichzeitig Zugang dazu hatte.“ Vermutlich liegt der Siegeszug des Autos daneben auch im Komfort und der individuellen Fortbewegungsmöglichkeit – zumindest außerhalb des Berufsverkehrs – begründet. Dennoch ist sein Schluss richtig: „Somit ist das Auto aus einem Luxusgegenstand und einem ursprünglichen Privileg zum Gegenstand einer Lebensnotwendigkeit geworden: man braucht das Auto, um der städtischen Autohölle zu entinnen.“

Ein anderes Beispiel ist seine Sichtweise der Ferien, „eine programmierte Unterbrechung des erwerbstätigen Lebens, eine Zeit reinen Konsums“, die den Erwerbstätigen aber „weder zu größerer Autonomie noch zu einem anderen Inhalt als dem der Berufsrolle verhilft“. Doch es gibt nicht wenige, die in dieser Phase eine Bereicherung erleben und mit einer veränderten Sicht auf die Arbeit zurückkommen – oder gleich Alternativen zu ihr entdecken.

Gorz erteilt dem herrschenden System eine umfassende und präzise Absage – „der Weg aus dem Kapitalismus wird also auf jeden Fall stattfinden, ob auf zivilisierte oder barbarische Weise“. Es sei den Menschen gewünscht, dass sie das „Überlebensgebot“ des Wachstumsrückgangs ernstnehmen und das bessere Leben verwirklichen. Die Voraussetzungen sind allesamt gegeben. Allein die Gestaltung einer Kultur, in der das Gebot des „Ausreichenden“ gilt, ist die große Aufgabe der politischen Ökologie. **[Volker Eidems]**

► Gorz, A.: Auswege aus dem Kapitalismus. Beiträge zur politischen Ökologie. Rotpunktverlag, Zürich 2009, 124 S., 16,- €, ISBN 978-3-85869-391-4

Greenwash überall

Lügen. Halbwahrheiten. Frechheiten. Wie die Werbeindustrie Umweltschuld argumentiert und VerbraucherInnen täuscht, analysiert der Journalist Toralf Staud.



Energiekonzerne, Autohersteller, Fluggesellschaften – Toralf Staud zerlegt ihre Werbekampagnen gnadenlos. Präzise und fundiert klärt er über Halbwahrheiten und verdrehte

Aussagen auf. Und der Leser staunt ob der auf über 260 Seiten gesammelten Beispiele, ja man kann sie schon fast Frechheiten nennen, die uns Produzenten und Großkonzerne, aber auch Politiker unterjubeln wollen. Der Autor untermauert zielsicher das mulmige Gefühl, das einen bei der Lektüre mancher Anzeigen überkommt, etwa solchen für „effiziente Geländewagen“. Und er stellt die ISO-Norm 14021 vor, nach der bislang kaum eine Werbeagentur arbeitet. Danach soll nämlich Werbung, in der die Umwelt eine Rolle spielt, so konzipiert sein, dass sie „das Verbraucherinteresse an der Umwelt oder mögliche Wissenslücken der Verbraucher in Bezug auf die Umwelt nicht ausnutzt“.

Was bei der Lektüre hin und wieder stört, ist der Dampfhammer, mit dem die Argumente vorgebracht werden. Zu diesem Eindruck trägt auch der häufige Fettdruck im Text bei, das einzige weniger gelungene Layoutmittel. Denn ansonsten ist der Eindruck sehr gut, in eingeschobenen Kästen werden Quellen und Hintergrundinfos erläutert, die gescannten Zeitungsausschnitte der Annoncen machen die Kritik anschaulich.

Etwas enttäuschend ist die Fokussierung auf den Klimaschutz. Der Titel verriet nicht, dass es in fast allen Kapiteln um CO₂-Emissionen geht, zu häufig stehen Energiekonzerne am Pranger. Schade, dass das Buch hier dem Trend der vergangenen Jahre folgt, nach dem Umweltschutz

nahezu gleich Klimaschutz gesetzt wird. Auch in anderen Bereichen wäre Stoff für spannende Geschichten zu finden.

Trotz der kleinen Kritik sei das Buch wärmstens empfohlen. Es eignet sich hervorragend als Sommerlektüre und ist jenseits aller trockenen Vermittlung von nachhaltigem Konsum beziehungsweise Klimafragen anzusiedeln. So sind der Umwelt wie dem Autor viele LeserInnen zu wünschen – am besten natürlich aus der Zielgruppe hochpreisiger Werbekampagnen.

[Volker Eidems]

- ▶ Staud, T.: Grün, grün, grün ist alles was wir kaufen. Lügen bis das Image stimmt. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2009, 272 S., 8,95 €, ISBN 978-3-462-04106-4

Was zieh´ ich denn bloß an?



■ So ziemlich alles, was den Kleiderkauf umweltfreundlich(er) macht, findet sich in der neuen Textil-Fibel aus dem Haus des Greenpeace Magazins. Auf fast 150

Seiten im handlichen Postkartenformat wird präzise und knapp erklärt, wo beim Kleiderkauf die Fallstricke lauern. Das eher als Nachschlagewerk zu verstehende Büchlein beginnt mit dem Kapitel Moral: Auch wenn Fairtrade- und Biolabels auf dem Vormarsch sind, wird das Gros der Mode noch immer unter fragwürdigen Bedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern produziert. Zügig wird auf den Punkt gebracht, wie es möglich ist, dass fair gehandelte Bio-T-Shirts 25 Euro, konventionell produzierte aber nur fünf Euro kosten.

Nach diesem Abstecher geht es unter die Haut. Die Chemie ist an der Reihe und nach der Lektüre lässt sich auch der Juckreiz erklären, den das jüngst erstandene Hemd verursacht hat. Zahlreiche Veredelungsprozesse machen Kleidung zur Reizwäsche, Prädikate wie „pflegeleicht“ bedeuten für die Haut das genaue Gegenteil,

wenn etwa Kunstharze eingesetzt werden, die Formaldehyd freisetzen.

Im hinteren Teil der Fibel geht es um umweltschonende Pflege von Textilien, angefangen bei der energiesparenden Waschmaschine bis hin zu altbewährten Hausmitteln, die giftige Fleckenentferner ersetzen können. Es folgt ein Abschnitt zum Konsum, in dem eine Übersicht von Ökolabels erläutert wird. Positiv ist anzumerken, dass auch herstellereigene Labels vorgestellt werden. Eine vollständige Auflistung kann in diesem Rahmen sicher nicht verlangt werden, dennoch hätte die Auswahl ein wenig umfassender sein dürfen, beispielsweise bezogen auf die zehn größten deutschen Modeanbieter.

Bei dem 30-seitigen Lexikon, das Stoffe und Fasern von A bis Z erläutert, verwundert ein wenig die Positionierung in der Mitte des Buches. Dies scheint jedoch der Aufteilung von Farb- und Schwarzweißseiten geschuldet und ist angesichts der Fülle von Informationen auf engstem Raum völlig in Ordnung. Zu guter Letzt runden Hinweise für Allergiker und Adressen von Ökolabels sowie Literaturtipps den Inhalt ab. Die Fibel bietet eine sehr gute Hilfestellung im Modedschungel, Probleme und deren Verursacher werden klar benannt, damit ist sie ein Muss für alle, die sich kurz informieren oder beim nächsten Einkauf ein kleines Nachschlagewerk mitnehmen wollen.

[Volker Eidems]

- ▶ Baum, A.; Brodde, K.: Textil-Fibel 3, Greenpeace Media, Hamburg 2009, 148 S., 9,90 €, ISBN 978-39811689-3-8

Hurra, die Krise ist vorbei!



■ In Zeiten von sozialer, ökologischer, Wirtschafts- und Finanzkrise ist es erfrischend, ein Buch zu finden, das frech behauptet: Die Krise ist vorbei!

Die Großmeister des spitzfindigen Humors Achim Greser und Heribert Lenz zeichnen – wie Urban Priol im Vorwort

schreibt, „das pralle Leben, wie es besser nicht sein könnte, stets wissend, dass es doch besser werden muss“. Angesichts der „globalen Weltfinanzklimaterroropelossamabinbushvermerkellung“ (Priol) zaubern Greser & Lenz-Karikaturen in knappen Botschaften die gesamte Komplexität der Welt aufs Papier. Wo Journalisten drei Spalten brauchen, genügt den beiden Grafikern ein einziges Bild. „Die Autoindustrie denkt um“ – zu sehen ist die Stretch-Limousine mit einem 3-Liter!-Reklameschild. Denn beim Sofortkauf des Luxus-schlittens gibt es eine 3-Liter-Schampusflasche für die Bordbar. Die Sensibilität der Deutschen für den Klimawandel wächst. Aber bitte nicht auf der Überholspur!

Kampf der Kulturen, Doping im Sport, Atomstreit mit dem Iran, Energiedebatte, Onlinespionage – frivol oder zynisch, schlicht oder spektakulär karikieren Greser und Lenz den politischen und privaten Alltag. Humor stählt definitiv die Krisenfestigkeit!

[Juliane Grüning]

- ▶ Greser, A.; Lenz, H.: Hurra, die Krise ist vorbei! Kunstmann, München 2009, 192 S., 18,90 €, ISBN 978-3-88897-556-1

Die Sicht des Südens

■ Seit bald 50 Jahren bietet die unabhängige Nachrichtenagentur Inter Press Service (IPS) mit ihren Korrespondenten in mehr als 150 Ländern Berichte zu politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Entwicklungen in Afrika, Asien und Lateinamerika an. Wegen der Fülle von Beiträgen zu Umweltthemen gibt IPS Europa auch ein monatliches Umweltmagazin in deutscher Sprache heraus. „IPS zur Umwelt“ richtet sich an Organisationen, die mit authentischen Informationen aus unterschiedlichen Weltregionen versorgt werden wollen, und ist als Heft sowie auch elektronisch erhältlich. Das Jahresabo für 500 Euro netto berechtigt zur Veröffentlichung der Beiträge in hauseigenen Fachzeitschriften und Webseiten. [mb]

- ▶ IPS, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482361, E-Mail: contact@ipseuropa.org, www.ipseuropa.org

Umweltpolitik A–Z

■ Von A wie Århus-Konvention bis Z wie Zulassungsverfahren erläutert das Bundesumweltministerium in einer 147-seitigen Broschüre plus CD-ROM den neuesten Stand des staatlichen Umweltschutzes. Jedes Stichwort wird auf zwei Seiten mit Text, Grafiken und Links zu wichtigen Gesetzestexten erläutert. Nationale, europäische und internationale Bezüge sind berücksichtigt. Hilfreicher Überblick! [jg]

► www.bmu.de/bestellformular/content/4159.php

Going Green

■ Das Sprachlernmagazin Business Spotlight hat in seiner Sommerausgabe einen Schwerpunkt Umwelt. Neben Artikeln über Umwelttechnologien und den Klimawandel sowie einem Aktivisteninterview gibt es Vokabellisten und einen Umweltbewusstseinstest. Auch im Rest des Heftes findet sich Nützliches für den Büroalltag, zum Beispiel Telefontipps für den Umgang mit englischsprachigen AnruferInnen. Kein umfassender Umweltsprachkurs, aber ein vergnüglicher Einstieg. [jg]

► Business Spotlight. Englisch für Ihren beruflichen Erfolg. 4/2009, 92 S., 9,90 €, ISSN 1617-1888

Umweltinformationsgesetz

■ Das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) hat einen BürgerInnenleitfaden über das Umweltinformationsrecht veröffentlicht. Mit vielen Praxistipps für Anträge und Vorgehen bei Ablehnung verschaffen die AutorInnen einen Überblick über die Rechte auf Umweltinformationen. Auch voraussichtliche Kosten sind aufgelistet. Sehr löblicher und nötiger Inhalt, schlichtes Layout. [jg]

► Jänsch, M.; Sperfeld, F.; Zschiesche, M.: Ihr Recht auf Umweltinformationen. Leitfaden für Bürgerinnen und Bürger. 60 S., 10,- €. Bezug: UfU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 42849930, Fax 42800485, E-Mail: mail@ufu.de, www.ufu.de

INTERNET

Schlag nach im Risikoregister

■ Viel ist in diesem Jahr nicht übrig geblieben an Daten zu Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Deutschland. Eine Handvoll experimenteller Freisetzungen und natürlich die Vermehrung der Amflora-Saatkartoffeln der BASF für das kommende Jahr: alles in allem gut 31 Hektar in ganz Deutschland, davon 21 in Mecklenburg-Vorpommern. Was immer es noch zu vermelden gibt – auch unbeabsichtigte Freisetzungen, etwa von gentechnisch verändertem Raps –, finden Freunde der elektronischen Geografie im Risikoregister Gentechnik-Landwirtschaft, liebevoll aufbereitet in Google-Maps, mit einem großen Fundus an historischen Daten und gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt. [Benedikt Haerlin]

► www.risikoregister.de

Wärmewechsel für Ihr Haus

■ www.waermewechsel.de ist ein Informationsportal rund um das Thema Heizen mit erneuerbaren Energien. Initiiert wurde es von der Agentur für Erneuerbare Energien. Es richtet sich an HausbesitzerInnen, die den Einsatz regenerativer Energien befürworten, denen allerdings die Übersicht über die Technologien und deren Eignung fehlt. Ein interaktiver Hauskonfigurator hilft als Kennenlernelement, beim Hausbau oder der -modernisierung, schnell und einfach die geeignete Heizanlage zu finden. Auch ein Kostenrechner wird bereitgestellt und im Experten-Blog erhält man von professionellen BeraterInnen Antworten auf seine Fragen. Das Portal wird vom Bundesumweltministerium, dem Bundesverbraucherschutzministerium, allen Verbänden der erneuerbaren Energien und der Klimainitiative CO₂-online unterstützt. Schirmherrin ist die Fernsehmoderatorin Nina Ruge. [ans]

► www.waermewechsel.de

100 Prozent Erneuerbare selber machen

■ Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW, Eurosolar und der Deutsche Naturschutzring haben im Superwahljahr eine Kampagne für den Atomausstieg und ein zügiges Umsteuern auf 100 Prozent erneuerbare Energie gestartet. Kern der Kampagne ist ein Faltblatt mit dem Titel „Glaubst du das wirklich?“, das Atomlügen und fossile Unwahrheiten aufdeckt. Doch es geht auch darum, mithilfe finanzieller Beteiligungen an Bürgerkraftwerken selbst etwas zu tun, um das 100-Prozent-Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. [jg]

► www.buerger-kraftwerke.de

► www.neue-energie-deutschland.de

Pendler-Rechner

■ Wie viel Lebenszeit und wie viel Geld verlieren wir auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsort? Das können Interessierte auf einer Plattform zur Gesellschafts- und Regionalentwicklung ausrechnen lassen. Zwar bleiben steuerliche Aspekte und die Anschaffung des Fahrzeugs sowie die Umweltkosten unberücksichtigt. Doch welches Potenzial an Zeit und Geld freiwürde, wenn Arbeiten und Leben besser organisiert wären, wird auch schon hier deutlich. Der Pendler-Rechner liefert die Daten – neue Wege finden muss im Spannungsfeld von Ressourcenknappheit, Klimawandel und Mobilitätsansprüchen jeder und jede für sich selbst. [jg]

► www.regionalentwicklung.de/pendler

Freiwilligendienst – aber wo?

■ Der Wegweiser Freiwilligendienste bietet deutschlandweit Informationen zu zahlreichen Diensten und Aktivitäten im Freiwilligendienst. Er richtet sich an potenzielle Freiwillige, an Organisationen, Institutionen und die Fachöffentlichkeit. Eine Suchmaske hilft beim Finden von Trägern, Dienstformen und Einsatzmöglichkeiten der Freiwilligendienste im In- und Ausland. [jg]

► www.freiwilligendienste.de

NEU ERSCHIENEN

- ▶ Arthus-Bertrand, Y.: **Home. Erkennen, sich informieren, fragen, verstehen, handeln.** Kneesebeck, München 2009, 192 S., 19,95 €, ISBN 978-3-86873-114-9
- ▶ Friedman, T. L.: **Was zu tun ist. Eine Agenda für das 21. Jahrhundert.** Suhrkamp, Frankfurt/M., 544 S., 24,80 €, ISBN 978-3-518-42058-4
- ▶ Gammel, S.; Lösch, A.; Nordmann, A. (Hrsg.): **Jenseits von Regulierung: Zum politischen Umgang mit der Nanotechnologie.** AKA, Berlin 2009, 190 S., 8,- €, ISBN 978-3-89838-088-1
- ▶ Heinberg, R.: **Öl-Ende. The Party's Over – Die Zukunft der industrialisierten Welt ohne Öl.** Riemann, München 2008, 464 S., 21,- €, ISBN 978-3-570-50104-7
- ▶ Hoffmann, V.; Thomas, A.; Gerber, A.: **Transdisziplinäre Umweltforschung. Methodenhandbuch.** oekom, München 2009, 272 S., 29,90 €, ISBN 978-3-928244-84-8
- ▶ Hönicke, M.: **Landwirtschaft für Tank, Teller oder Trog. Der Anbau von Agrarkraftstoffen und die Folgen für die Ernährungssicherung.** FIA, Hamburg 2009, 64 S., 8,- €, ISBN 978-3-9807654-7-3. Download: www.kurzlink.de/ttt.pdf
- ▶ Howarth, R. W.; Bringezu, S. (Hrsg.): **Biofuels. Environmental Consequences and Interactions with Changing Land Use.** Cornell, Ithaca 2009, 302 S. Download: <http://cip.cornell.edu/biofuels>
- ▶ Jacob, U.; Menz, V.: **Erfolgsprodukt Umweltschutz. Innovationen aus dem Mittelstand.** DBU, Osnabrück 2009, 38 S. Download: www.dbu.de/643publikation886.html
- ▶ Jensen, D.: **Endgame. Zivilisation als Problem (Band 1). Öko-Manifest. Wie nur 50 Menschen das System zu Fall bringen und unsere Welt retten können (Band 2).** Pendo, München 2009, je 500 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86612-192-8, -215-4
- ▶ Kahle, M.; Nöh, I.: **Biozide in Gewässern. Eintragungspfade und Informationen zur Belastungssituation und deren Auswirkungen.** UBA, Dessau 2009, 52. S., ISSN 1862-4804. Download: www.umwelt-daten.de/publikationen/fpdf-l/3811.pdf
- ▶ Lethmate, J. (Hrsg.): **Luft, Boden, Wasser, Wald. Geoökologische und ökologiedidaktische Untersuchungen in Westfalen.** Aschendorff, Münster 2009, 260 S., 19,80 €, ISBN 978-3-402-15567-7
- ▶ Mayntz, R.: **Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung.** Campus, Frankfurt/M. 2009, 171 S., 24,90 €, ISBN 978-3-593-38892-2
- ▶ Mutter, J.: **Gesund statt chronisch krank! Der ganzheitliche Weg: Vorbeugung und Heilung sind möglich.** Natura Viva, Weil der Stadt 2009, 450 S., 29,90 €, ISBN 978-3-89881-526-0
- ▶ Reichholf, J. H.: **Rabenschwarze Intelligenz. Was wir von Krähen lernen können.** Herbig, München 2009, 224 S., 19,95 €, ISBN 978-3-7766-2600-1
- ▶ Scherfose, V.: **Nationalparkarbeit in Deutschland. Beispiele aus Monitoring, Gebietsmanagement und Umweltbildung.** BfN, Bonn 2009, 208 S., 16,- €, ISBN 978-3-7843-3972-6
- ▶ Seidel-Schulze, A.: **Lebenszufriedenheit in europäischen Städten. Auswertung des Urban Audit European Perception Survey.** Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2009, 32 S., 5,- €. Download: www.difu.de/publikationen
- ▶ Verbücheln, M.: **Rückübertragung operativer Dienstleistungen durch Kommunen am Beispiel der Abfallwirtschaft.** Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin 2009, 24 S., 5,- €. Download: www.difu.de/publikationen
- ▶ Volkmann, K.: **Regional – und trotzdem global. Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld zwischen Regionalität und Globalität. Eine explorative Studie zu Regionalwährungen.** LIT, Münster 2009, 288 S., 29,90 €, ISBN 978-3-643-10067-2
- ▶ Wahl, P.: **Entwaffnet die Märkte! Der Finanzcrash – Ursachen, Hintergründe, Alternativen.** VSA-Verlag, Hamburg 2009, 96 S., 6,50 €, ISBN 978-3-89965-309-0
- ▶ Weber, E.: **Pflanzenleben der Schweiz.** Haupt, Bern 2009, 208 S., 25,- €, ISBN 978-3-258-07431-3

Impressum

umwelt aktuell August/September 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Bjela Vossen [bv], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Florian Noto [fn], Anne Schweitzer [ans], Kerstin Wolter [kw]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Nina Rehbach, München. **Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier. **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang. **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@rhenus.de. **Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger des Deutschen Geographentages bei.



TERMINE

AUGUST

12.–15.08., Tampere (FIN)
3rd International Dry Toilet Conference
 ▶ Tampere University of Technology, Varpu Taavetila, drytoilet@tavicon.fi, www.drytoilet.org/dt2009

16.–22.08., Stockholm (S)

Stockholm World Water Week

▶ SIWI, Katarina Andrzejewska, Tel. +46 (0)8 / 522139-60, Fax -61, E-Mail: sekretariat.www@siwi.org, www.worldwaterweek.org

16.08.–15.09., Poppau/Altmark (D)

Ecovillage Design Education. Sustainability Training

▶ Ökodorf e. V., Tel. +49 (0)39000 / 51235, E-Mail: kosha@siebenlinden.de, www.siebenlinden.de

26.–29.08., Helsinki (FIN)

4. Internationale Konferenz zu Nanotechnologie

▶ Finnish Institute of Occupational Health, Kai Savolainen, Tel. +358 (0)9 / 7089-611, www.kurzlink.de/nanoeh2009

28.08., Köln (D)

Nachhaltigkeit trotz(t) Krise. Impulskonferenz

▶ DNR, forum Nachhaltig Wirtschaften; Maïke Bruse, Katalyse Institut, Tel. +49 (0)221 / 94404822, E-Mail: bruse@katalyse.de, www.verantwortungjetzt.de

28.08., Zürich (CH)

Klimawandel, Ölnknappheit, Wirtschaftskrise: Zeit für eine Wachstumsdebatte. Fachtagung

▶ Schweizerische Energiestiftung, Tel. +41 (0)44 / 2715464, Fax 2730369, www.energiestiftung.ch/service/fachtagungen/fachtagung09

31.08.–02.09., Halle/Saale (D)

6th European Dry Grassland Meeting. Tagung

▶ Martin-Luther-Universität, Ute Jandt, Tel. +49 (0)345 / 5526412, E-Mail: ute.jandt@botanik.uni-halle.de, www.botanik.uni-halle.de (Aktuelles)

31.08.–03.09., Schlierbach/Oberösterreich (A)

KonsumTräume – LernRäume.

Ökolog-Sommerakademie 2009. Workshop
 ▶ Forum Umweltbildung, Marion Kaar, Tel. +43 (0)662 / 8044-5815, Fax -5822, E-Mail: marion.kaar@umweltbildung.at, www.umweltbildung.at

SEPTEMBER

02.09., Wuppertal (D)

Juristische Klagemöglichkeiten gegen die Agro-Gentechnik

▶ PEGAH, Attac, Dr. Wolfgang Wiebecke, Tel. +49 (0)178 / 7657436, E-Mail: kigwa.www@web.de, www.keine-gentechnik.de/termine/events/de/10691

03.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Umweltmanagementsysteme nach DIN EN ISO 14001 oder EMAS II. Einführung in die Grundlagen

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

05.09., Berlin (D)

Anti-Atom-Treck und Großdemonstration

▶ BUND, BBU, Robin Wood u. a.; Birgit Huneke, Lüchow, Tel. +49 (0)5841 / 961500, E-Mail: info@anti-atom-treck.de, www.anti-atom-treck.de

06.–09.09., Wien (A)

4th international Conference on the Environmental Effects of Nanoparticles and Nanomaterials

▶ Uni Wien, Tel. +43 (0)1 / 427753391, E-Mail: nano2009@univie.ac.at, http://nano2009.univie.ac.at

07.–10.09., Frankfurt am Main (D)

Naturschutz Kompakt. Workshop

▶ Umweltinstitut Offenbach, Tel. +49 (0)69 / 810679, www.umweltinstitut.de/programme/naturschutz.pdf

08.–09.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Landschaftsmanagement, Naturschutz und Großraumbeweidung

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

09.–10.09., Linz (A)

14. Österreichische Umweltrechtstage. Wasserkraft? Im Widerstreit öffentlicher Interessen

▶ ÖWAV, Martin Waschak, Wien, Tel. +43 (0)1 / 535572075, E-Mail: waschak@oewav.at, www.oewav.at

09.–15.09., Berlin, bei Magdeburg, bei Rostock (D)

Aktionstage zu Seilschaften in der Gentechnik

▶ Hanna Poddig, Tel. +49 (0)175 / 9767027, www.keine-gentechnik.de/termine

10.–13.09., Verden/Aller bei Bremen (D)

Unsichtbares Theater. Workshop

▶ Bewegungsakademie, Tel. +49 (0)4231 / 957512, www.bewegungsakademie.de

11.09., München (D)

Nachhaltigkeit trotz(t) Krise. Impulskonferenz

▶ DNR, forum Nachhaltig Wirtschaften; Fritz Lietsch, ECO-World, Tel. +49 (0)89 / 74661111, E-Mail: f.lietsch@eco-world.de, www.verantwortungjetzt.de

13.09., Ulm (D)

Vielfalt ernährt die Welt ... natürlich ohne Gentechnik. Bundesweite Großveranstaltung

▶ Vielfalt, Claudia Schüle, Tel. +49 (0)721 / 6090620, www.vielfalt-ernaehrt-die-welt.de

19.–19.09., Gamprin bei Vaduz (FL)

Wachstum auf Teufel komm raus? Die Alpen auf der Suche nach dem Glück. CIPRA-Jahresfachtagung

▶ CIPRA, Schaan, Tel. +423 (0)23753-53, Fax -54, E-Mail: international@cipra.org, www.cipra.org

21.–23.09., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Mobilität und Verkehr der Zukunft

▶ Evangelische Akademie, Monika Müller, Tel. +49 (0)5766 / 81108, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, http://vera.evlka.de/ausgabe_kurz.php?id=199649

22.–23.09., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Naturschutz und Wasserrahmenrichtlinie

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 989070, www.nna.de

25.–27.09., Rehburg-Loccum bei Hannover (D)

Forum für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie

▶ Stiftung Mitarbeit, Claudia Leinauer, E-Mail: leinauer@mitarbeit.de, www.mitarbeit.de

27.09.–02.10., Poppau/Altmark (D)

Permakultur: Das Problem zur Lösung machen

▶ Ökodorf e.V., Sandra Campe, Sieben Linden, Tel. +49 (0)39000 / 512-35, Fax -32, www.siebenlinden.de

27.09., bundesweit (D)

Bundestagswahl

▶ www.bundeswahlleiter.de. Siehe auch S. 29

28.09.–01.10., Insel Vilm bei Rügen (D)

Nachhaltigkeit als Prinzip der Landschaftsentwicklung. Tagung

▶ BfN, Martina Finger, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de (Naturschutzakademie – Tagungen)

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 48

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Nachhaltigkeit in Hochschulen

Verschläft Deutschland den Trend?

Im Vergleich zu internationalen Hochschulen haben nur wenige deutsche Einrichtungen den Trend zur Nachhaltigkeit aufgegriffen. Dabei käme ihnen die Aufgabe zu, die komplexen Probleme einer zunehmend globalisierten Weltgesellschaft zu erkennen und substanzielle Beiträge für deren Lösung zu erarbeiten.

□ Die Hochschulen haben aus mehreren Gründen bei der Umsetzung der Ziele von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) eine Schlüsselstellung – vorausgesetzt, sie fühlen sich einer nachhaltig orientierten Weltentwicklung verpflichtet und setzen dies verantwortungsvoll in ihren eigenen Aufgaben- und Handlungsfeldern um:

- ▷ Hochschulen leisten die Grundausbildung für sämtliche Berufe, die eine wissenschaftliche Ausbildung benötigen, darunter künftige Führungspersönlichkeiten und Lehrpersonen mit Multiplikatorfunktion. Gleichzeitig obliegt Hochschulen die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Um all dies auf der Basis neuester Erkenntnisse leisten zu können, ist eine hoch qualifizierte Forschung in Grundlagen- und Anwendungsfeldern unverzichtbar.
- ▷ Über die wissenschaftliche Forschung sind Hochschulen Werkstätten des Erkenntniszuwachses. Im Kontext von BNE kommt ihnen eine besondere gesellschaftliche Aufgabe als Denkfabrik zu, die ein wissenschaftsbasiertes Planen und Erproben möglicher nachhaltiger Zukünfte einschließt.
- ▷ Zu den Kernaufgaben von Hochschulen gehört auch der Transfer von Wissensbeständen und Forschungsergebnissen in die Gesellschaft. Außerdem sollen sich Hochschulen gesellschaftlich engagieren, indem sie nachhaltige Entwicklungsprozesse unterstützen.
- ▷ Ansätze zu einem nachhaltigen Lebens- und Konsumstil sind auch im Universitätsbetrieb gefragt, etwa in Administration, Management oder Beschaffung. Dies bietet insbesondere für Studierende – etwa im Rahmen eines

Freiwilligenengagements – zugleich Chancen für wertvolle informelle Lernprozesse, die nicht institutionell und/oder didaktisch organisiert sind.

Europäische Vorbilder

Über 320 europäische Hochschulen haben die Copernicus-Charta von 1993 unterzeichnet, die von der Europäischen Hochschulrektorenkonferenz initiiert wurde. Damit verpflichten sich die Hochschulen, nach Wegen zu suchen, um die Idee der Nachhaltigkeit im universitären Bereich zu verankern. Doch bislang haben sich nur wenige Hochschulen der Herausforderung Nachhaltigkeit gestellt. Hierzu gehören in Großbritannien die University of Plymouth, in Schweden die Chalmers University of Technology in Göteborg, in den Niederlanden die Universität Amsterdam, in der Schweiz die Pädagogische Hochschule Zürich, in Österreich die Universität Graz und in Spanien die Technische Universität Kataloniens in Barcelona. In Deutschland gibt es Ansätze bei den Universitäten Lüneburg, Oldenburg und Bremen, der Hochschule Zittau und der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven.

Systemischer Ansatz in Lüneburg

Die Leuphana Universität Lüneburg hat seit ihrem Beitritt zur Copernicus-Charta im Jahr 1997 versucht, Ansätze einer nachhaltigen Entwicklung in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen zu realisieren. Die besondere Herangehensweise der Lüneburger Projekte liegt darin, die Binnensicht auf die eigene Institution mit einer Systemanalyse des eigenen Hochschulsystems und einem spezifischen Methodenansatz, dem Fallstudiendesign, zu verknüpfen. Damit sich eine Hochschu-

le in Richtung Nachhaltigkeit bewegt – so viel lässt sich aus der bisherigen Arbeit festhalten – müssen drei Ebenen beteiligt sein:

- ▷ die Institution selbst (Rahmenbedingungen, Organisationsstruktur, Management),
- ▷ die verschiedenen Akteure (Lehrende, Lernende, nichtwissenschaftliche Mitarbeiter, Interessenvertreter) und
- ▷ nicht zuletzt die ablaufenden Prozesse (transdisziplinäre Zusammenarbeit).

Doch inter- und transdisziplinäres Denken und Arbeiten, das Studierende zu erfolgreichem selbstständigen Handeln und globaler Verantwortung befähigt, ist bisher im universitären Bereich die Ausnahme. Wissenschaftspolitisch eher marginal, wird es in der Scientific Community noch nicht honoriert. So bleibt die Aufgabe, mehr Hochschulen für eine Einbindung von BNE zu gewinnen.

Lübecker Erklärung legt Fahrplan vor

Die Universität Lüneburg arbeitet daher verstärkt in universitären Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften mit, etwa in der „Norddeutschen Partnerschaft zur Unterstützung der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005–2014“ (NUN) und auch in der AG Hochschule des Runden Tisches zur UN-Dekade. Unter Lüneburger Federführung wurde 2005 auf der 1. NUN-Konferenz die „Lübecker Erklärung zu Hochschule und Nachhaltigkeit“ verabschiedet. Sie macht Vorschläge, wie Hochschulen in Richtung Nachhaltigkeit bewegt werden können. Auf der 2. NUN-Konferenz 2007 wurde eine Erklärung „Klimawandel & Hochschulen“ nachgeschoben, die alle Hochschulen sowie die Verantwortlichen in Hochschulpolitik und -verwaltung auffordert, ihren Beitrag zur strukturellen und konzeptionellen Verankerung des Themas Klima und Energie in den Hochschulen zu leisten.

[Maik Adomßent]

- ▷ Dr. Maik Adomßent, Leuphana Universität Lüneburg, Institut für Umweltkommunikation, Tel. +49 (0)4131 / 6772924, E-Mail: adomssent@uni-leuphana.de, www.leuphana.de/institute/infuleuphana.de
- ▷ www.nun-dekade.de/themenbereiche/hochschule/materialien

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern: Neue Markenträger geehrt

□ Im Juni überreichte Bayerns Umweltminister Markus Söder auf einer feierlichen Veranstaltung im Naturschutz- und Jugendzentrum Wartaweil neuen Markenträgern das Qualitätssiegel „Umweltbildung Bayern“. Derzeit gibt es 98 Dachmarkenträger in Bayern. Grundvoraussetzungen für das Siegel sind ein ganzjähriges Angebot, das sich an ökologischen Prinzipien orientiert, qualifiziertes Personal, aktive Mitwirkung in Umweltbildungsnetzwerken und eine kontinuierliche Evaluation. Seit Juli können auch freiberuflich in der Umweltbildung Tätige das Qualitätssiegel erhalten.

▷ www.umweltbildung.bayern.de

ANU Brandenburg: Landesaktionsplan BNE in der Diskussion

□ Der Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg veranstaltete Ende Juni in Potsdam eine Konferenz über „Chancen nachhaltiger Entwicklung – Brandenburg auf dem Weg zur Modellregion“. Am ersten Tag wurden Themen der Landesnachhaltigkeitsstrategie diskutiert. Der zweite Tag widmete sich der BNE, für die ein hoher Handlungsbedarf festgestellt wurde. In fünf Bildungsforen wurde der Entwurf eines Landesaktionsplanes BNE diskutiert. Der Aktionsplan orientiert sich stark an den Zielen des Nationalen Aktionsplans. Er kann von der Webseite der ANU Brandenburg heruntergeladen werden.

▷ www.nachhaltigkeitsbeirat.brandenburg.de/info/konferenz

▷ www.anu-brandenburg.de

ANU Mecklenburg-Vorpommern: Schulen und Umweltbildungsanbieter kooperieren

□ Im April begann unter dem Titel „Lebenslanges Lernen – regionale Koordination in der BNE“ ein dreijähriges Vorhaben der ANU Mecklenburg-Vorpommern. In den Schulamtsbezirken Rostock, Schwerin,

Greifswald und Neubrandenburg unterstützen seitdem vier sogenannte RegionalkoordinatorInnen die außerschulischen Bildungsakteure des Landes dabei, qualitativ hochwertige und den Bedürfnissen der Schulen angepasste Angebote bereitzustellen. Als Mittler und Wegbereiter sollen sie die Angebote bündeln und mit den Bedürfnissen der Schulen des Landes in Einklang bringen, damit BNE im schulischen Alltag kontinuierlich Einzug hält.

▷ www.umweltbildung-mv.de/projekte_bne.htm

ANU-Projekt „Leuchtpol“: Erfolgreiche Fortbildung in Hessen

□ Ende Juni wurden in Wiesbaden 53 ErzieherInnen ausgezeichnet, die sich beim bundesweiten Bildungsprojekt Leuchtpol engagiert haben. Auf eine dreitägige Einführung im März folgten Praxisphasen und ein eintägiges Vertiefungsseminar. In dieser Zeit waren die Kinder beispielsweise mit Warnwesten als Stromdetektive unterwegs. Bei der Suche nach „Energielecks“ schalteten sie alles aus, was unnötig Strom verbraucht.

Ab Herbst werden die kostenlosen berufsbegleitenden Fortbildungen im gesamten Bundesgebiet angeboten. Bis 2012 sollen bundesweit 4.000 Einrichtungen erreicht werden.

▷ www.leuchtpol.de

Zehn Jahre Umweltbibliothek Stralsund

□ Die Umweltbibliothek Stralsund ist zehn Jahre alt. Neben dem Verleih von Büchern und Broschüren bietet sie inzwischen auch selbst entwickelte Materialkisten an. Diese enthalten Bücher, Spiele, Demonstrationsmaterialien und Ausrüstungen für kindgerechte Experimente. Die Umweltbibliothek engagiert sich auch bei der Vernetzung von Umweltbildungsakteuren auf regionaler und Landesebene. Die Umweltbibliothek Stralsund ist zugleich Geschäftsstelle der ANU Mecklenburg-Vorpommern e.V.

▷ www.umweltschulen.de/bibo

Neues Klimahaus in Bremerhaven

□ Im neuen „Klimahaus Bremerhaven 8° Ost“ können die Besucher zu Fuß einmal rund um die Welt spazieren und dabei Temperaturunterschiede von über 40 Grad erleben. Die Tour führt durch Kräuterwiesen, ausgetrocknete Flussbetten, den Bauch eines Wals und den Rumpf eines gesunkenen Schiffes mit Aquarien. Mehr als 100 interaktive Exponate veranschaulichen die Physik des Klimas, seine komplexen Zusammenhänge und beeindruckenden Phänomene. Die Klimageschichte von der Erdentstehung vor 3,9 Milliarden Jahren bis zum Jahr 2050 wird ebenfalls gezeigt. Auf rund 11.500 Quadratmetern bietet das Klimahaus einzigartige Erlebnisse und fundierte Informationen. Erwartet werden bis zu 600.000 Besucher im Jahr, das sind bis zu 5.000 Menschen täglich.

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

THEMA: GLOBALES LERNEN

Deutschland: Globales Lernen mit neuem Internetportal

□ Das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein will die Zusammenarbeit von Schulen und developmentspolitischen Akteuren verbessern. Das soll vor allem durch eine neue Webseite geschehen, die als Teil des Projekts „Gemeinsam auf Kurs Richtung eine Welt“ in Kooperation mit dem Infozentrum Eine Welt in Lübeck realisiert wurde. Die Themenpalette ist umfassend und reicht von wichtigen internationalen Abkommen über Menschenrechte und Klimaschutz bis zu Migration und Religionen. Daneben gibt es Angebote für Schulklassen, wichtige Nachrichten sowie aktuelle Termine.

▷ www.daara.de

Schweiz: Fachverband Naturerleben

□ Vor etwa zwei Jahren gründete sich in der Schweiz der Fachverband „Erleben und Bildung in der Natur“ (Erbinat). Er richtet sich an Natur-, Erlebnis- und Umweltpäd-

agogInnen sowie Institutionen und Schulen, die Bildungs- und Erlebnisangebote in der Natur organisieren und die Natur als erlebnisreiches Lernumfeld nutzen. Auf seiner neuen Internetseite versammelt der Verband Nachrichten aus den Mitgliedsvereinen, berichtet über die Arbeit seiner Fachgruppen und stellt Institutionen und Einzelmitglieder vor.

▷ www.erbinat.ch

USA: Passivhaus als „grüne Brücke“ nach Deutschland

□ Die Organisation Concordia Language Village hat in Moorhead im US-Bundesstaat Minnesota das erste Passivhaus der Vereinigten Staaten erbaut. Das „Biohaus Waldsee“ wurde von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Firma Bosch gefördert und nach deutschem Standard zertifiziert. Jedes Jahr lernen hier mehrere Tausend Jugendliche die deutsche Kultur und Sprache sowie umweltpädagogische Angebote kennen. Durch die Verschränkung mit anderen Programmen etwa des Goethe-Instituts fungiert das Umweltbildungszentrum heute als „grüne Brücke“ zwischen Deutschland und den USA.

▷ www.waldseebiohaus.typepad.com

Madagaskar: Kochherde und Waldgeister

□ Madagaskar ist die viertgrößte Insel der Welt mit vielen nur hier anzutreffenden Tier- und Pflanzenarten. Der hohe Bedarf an Holzkohle und die damit einhergehende Rodung riesiger Waldflächen zerstört jedoch die Lebensgrundlage der verarmten Bevölkerung und das Entwicklungspotenzial Madagaskars. In einer kostenlosen Broschüre mit DVD und CD beschreibt die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) diesen typischen Prozess und stellt Lösungsansätze vor. Sie reichen von internationaler Klimaschutzhilfe über verbesserte Kochherde zur Einsparung von Holzkohle bis zum Einbezug lokaler Ältestenräte und alter Bräuche.

▷ www.gtz.de (Suche: Madagaskar)

Ecuador: Indianer heute

□ Der junge Quechua-Indianer Raul aus dem Hochland Ecuadors träumt davon, Maler zu werden und durch das Land zu reisen. Der Filmemacher Siegmund Thies hat ihn begleitet und die Erlebnisse in fünf jeweils rund 20-minütigen Filmen dokumentiert. Die Kurzfilme finden sich auf der Begleit-DVD zu der 36-seitigen Broschüre „Indianer heute – Streifzüge durch Ecuador“. Hintergrundinformationen und Arbeitsblätter für den Unterricht ergänzen das Heft, das die Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA) herausgegeben hat. Es kostet 17,50 Euro.

▷ www.araonline.de (Shop)

Stiftung Internationaler Gärtneraustausch

□ Zur Förderung des praktischen Austauschs zwischen den Botanischen Gärten in Deutschland und der Welt gründete Loki Schmidt 1987 die Stiftung Internationaler Gärtneraustausch. Der Austausch von Fachwissen, gemeinsame Exkursionen und der Austausch von Samen und Pflanzen dienen dem Erhalt der biologischen Vielfalt. Ein jährlicher Rundbrief berichtet in Deutsch und Englisch über die Projekte. So können sich zum Beispiel Junggärtner für ein Stipendium für Auslandsreisen bewerben.

▷ www.gaertneraustausch.de

Umweltbildung im Ostseeraum

□ Das Baltic Sea Region Eagle Project hat mit Förderung durch die EU ein den ganzen Ostseeraum umspannendes Umweltbildungsprojekt aufgebaut. Rund 40 Umweltbildungseinrichtungen und Naturschulen arbeiten in einem Netzwerk zusammen, um sich über praktische Fragen und informelle Umweltbildung auszutauschen. Eine kleine Broschüre stellt die Einrichtungen und Aktivitäten vor und bietet eine ausgezeichnete Grundlage, den eigenen Kontakt in den Ostseeraum auszuweiten.

▷ www.bsreagle.net/files/misc/Final_Deutsch.pdf

NEUE MATERIALIEN

Natur erleben und Umweltlernen in Hamburg

□ Eine Broschüre der Hamburger Umweltbehörde stellt über 30 Umweltbildungsstätten der Hansestadt als attraktive Familienausflugsziele vor. Auf 80 reich bebilderten Seiten werden Feste, Märkte, Aktionstage sowie Umwelt- und Naturschutzaktivitäten für Menschen jeden Alters mit Adressen und Anreisemöglichkeiten vorgestellt. Zugleich weist das kostenlose Heft darauf hin, dass alle Angebote sowie aktuelle Veranstaltungshinweise im Internetkalender „Uport“ der Hamburger S.O.F.-Umweltstiftung zu finden sind.

▷ www.hamburg.de/nachhaltigkeitlernen/veroeffentlichungen, www.uport-hh.de

Leben unter dem Datenhighway

□ Die neue Ausgabe von *umwelt&bildung* 2/09 befasst sich mit dem Web 2.0 und der Biodiversität von Brachflächen. Scheinbar besteht kaum ein Zusammenhang zwischen Internet und Großstadtdschungel, doch gibt es gemeinsame Grundmuster: Kreativität und Wildnis. Das Internet ist für Jugendliche interessant, weil sie dort weniger kontrolliert werden und Raum zur kreativen Entfaltung finden – genauso wie die Brachfläche ein freies Experimentierfeld für die verschiedenen Lebensformen ist. Weitere Beiträge befassen sich mit Biodiversität auf dem Sportplatz und Tieren beim Museums- oder Zoobesuch.

▷ www.umweltbildung.at

WEITERBILDUNG

Fernstudium Sustainability Management

□ Eine Fortbildung an der Universität Lüneburg richtet sich an Personen, die einen Karrieresprung in Verbindung mit Nachhaltigkeitsthemen anstreben. Vermittelt werden Fähigkeiten, Soft Skills und Handlungskompetenz für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung. Einheiten zu

Innovationsmanagement sollen die Absolventen befähigen, Marktchancen zu erkennen und zu nutzen. Zulassungsvoraussetzungen sind ein Hochschulabschluss, zwei Jahre Berufserfahrung sowie PC- und Englischkenntnisse. Bewerbungsschluss ist der 30. September.

▷ www.sustainability.de

Bachelorstudium Umweltpädagogik

□ Im letzten Jahr begann erstmals das in Österreich einzigartige Bachelorstudium Umweltpädagogik an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien. Der Studiengang legt großes Augenmerk auf die fachliche Qualifikation in den Bereichen Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Pädagogik. Lokale und regionale Nachhaltigkeit, der Umgang mit Naturräumen oder Klimaschutz und Energieeffizienz stehen genauso im Programm wie allgemeine Bildungswissenschaften, Umweltpädagogik, Persönlichkeitsbildung sowie Projekt- und Prozessmanagement. Mehrwöchige Praktika in Bildungs- und Beratungsorganisationen folgen. Der Abschluss ist Bachelor of Education. Ein Masterstudium kann angeschlossen werden.

▷ www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

Langzeitfortbildung Pflanzenpädagogik

□ Die Beziehung zu Pflanzen und Tieren ist aus psychischer und physischer Sicht wichtig für die kindliche Entwicklung. Die Entfremdung des Menschen gegenüber Pflanzen nimmt mit dem Erwerb von Kenntnissen über ihre Verwendung und Vielfalt ab. Die zweijährige Fortbildung vermittelt in fünf Modulen ein breites Wissen von Mythologie über Biologie bis zu den pädagogischen Methoden, mit denen Pflanzen für Kinder und Jugendliche erlebbar und begreifbar gemacht werden können. Start ist am 7. September in der Evangelischen Landjugendakademie Altenkirchen (LJA) im Westerwald.

▷ LJA, Tel. +49 (0)2681 / 9516-23, E-Mail: heuser@lja.de, www.wildwaerts.de

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

03.–13.08., Barsinghausen bei Hannover (D)
Internationales Umweltpädagogikcamp für 18- bis 27-Jährige

▷ www.janun.de/veranstaltungen

14.–16.08., Winsen/Aller bei Celle (D)
Lebensräume. Zeltlager für Familien

▷ www.nna.de

20.–21.08., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)
Naturschutz durch privates Engagement. 100 Jahre Verein Naturschutzpark e.V.

▷ www.nna.de

28.–29.08., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)
Für die Zukunft begeistern. BNE für sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene

▷ www.nna.de

31.08.–03.09., Schlierbach/Oberösterreich (A)
KonsumTräume – LernRäume. 3. Ökolog-Sommerakademie

▷ www.umweltbildung.at/soak09

03.–04.09., Schwerin (D)
Partizipation – eine Herausforderung in der BNE. 3. Norddeutsche Konferenz BNE

▷ www.nun-dekade.de

06.09., Bad Bramstedt/Schleswig-Holstein (D)
Eekholter Wassermarkt 2009. Informationen, Aktivitäten, Spiele

▷ www.wildpark-eekholt.de

06.–12.09., bei Passau (D)
Hüter der Erde. Wildnisfestival

▷ www.hde.at, www.myhde.org

12.–13.09., Bischofsheim/Rhön (D)
Inspirationen aus Kulturlandschaft und Wildnis. Fachtagung zur Bedeutung von Naturerleben

▷ www.naturschule-freiburg.de

14.–18.09., Hannover (D)
Schulprojekt Verkaufsförderungsaktion „Hannover handelt fair“

▷ www.hannover-handelt-fair.de

18.–20.09. + 20.–22.11., bei Bern (CH)
Naturerlebnispädagogik. Weiterbildung

▷ www.wwf.ch/bildungszentrum

18.–27.09., bundesweit (D)
Aktionstage der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung

▷ www.bne-aktionstage2009.de

25.–27.09., Gunzesried/Allgäu (D)
Landart in den Allgäuer Alpen. Workshop

▷ www.naturerlebnis-landart.de/workshop.pdf

28.09.–02.10., Linz (A)
act4rivers. Europäische Lehrerfortbildung

▷ www.freeyourriver.net

01.–02.10., Kelheim bei Regensburg (D)
Online-Kommunikation. Qualifizierungsworkshop

▷ www.umweltbildung-bayern.de

01.–02.10., Lyss bei Aarberg (CH)
Waldnetz. 4. Waldpädagogik-Kongress. Mit Postersession europäischer Anbieter

▷ www.silviva.ch

06.10. München (D)
Landart und Kunst. Farb- und Formkompositionen. Seminar

▷ www.mobilspiel.de/oekoprojekt

07.–10.10. Portland/Oregon (USA)
North American Association for Environmental Education. NAAEE's 38th Annual Conference

▷ www.naaee.org/conference

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),
jfs@oekopaednews.de;
Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt a. M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de